



Омбудсман України
Ombudsman of Ukraine

BEAUFTRAGTER DES UKRAINISCHEN PARLAMENTS FÜR MENSCHENRECHTE

**SONDERBERICHT
zur Lage in den von der Russischen Föderation
vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine**

**Mit welchen Mitteln besetzt und unterjocht Russland
die Bevölkerung in den vorübergehend
besetzten Gebieten der Ukraine?**

MÄRZ 2025

INHALT

Liste der Abkürzungen	4
Eröffnungsrede des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments	5
Zusammenfassung	7
Methodologie	11
ABSCHNITT 1. Handlungen und Politiken der Russischen Föderation, die der vorübergehenden Besetzung eines Teils des ukrainischen Hoheitsgebiets vorausgingen	14
1.1. Informationssektor	17
1.2. Kultur und Religion	20
1.3. Jugendpolitik und Bildung	22
1.4. Politische Bewegungen und Parteien. Öffentliche Vereinigungen	24
ABSCHNITT 2. Der Einsatz grober Menschenrechtsverletzungen zur Unterwerfung der Zivilbevölkerung (von der Landnahme bis zur Machtübernahme)	26
2.1. Wahlloser Beschuss und gezielter Angriff auf zivile Objekte. Einsatz von menschlichen Schutzschilden	30
2.2. Beschränkungen für das Verlassen der besetzten Gebiete, Beschränkungen für die Lieferung von humanitärer Hilfe	31
2.3. «Filtrationsmaßnahmen»	34
2.4. Zwangsumsiedlung und Deportation	35
2.5. Illegale Inhaftierungen und gewaltsames Verschwindenlassen	36
2.6. Folter oder Misshandlung	38
2.7. Tötungen und außergerichtliche Hinrichtungen	40
2.8. Gezielte Strafverfolgung von lokalen Behörden	41
ABSCHNITT 3. Systematische Praktiken der Menschenrechtsverletzungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Gebiete (grobe Verstöße, Politik).	43
3.1. Auferlegung der russischen Staatsbürgerschaft	46
3.2. Zwang zum Dienst in den Streitkräften eines feindlichen Staates / zur Teilnahme an Feindseligkeiten gegen das eigene Land	48
3.3. Nutzung des russischen Justiz- und Strafverfolgungssystems zur Verfolgung der lokalen Bevölkerung	51
3.4. Verbreitung des russischen Bildungssystems	55
3.5. Erfassen des Informationsraums	57
3.6. Enteignung von Eigentum	59
3.7. Zerstörung des Unternehmens.	62
3.8. Zerstörung der Beziehungen zur Ukraine	64
ABSCHNITT 4. Reaktion auf und Gegenmaßnahmen gegen russische Aggression (rechtswidrige Handlungen, Praktiken) auf nationaler und internationaler Ebene: Lehren aus der Ukraine	68
Empfehlungen	94

Liste der Abkürzungen

AR Krim	Autonome Republik Krim
ATO	Anti-Terror-Einsatz
IDP	Binnenflüchtlinge
NAVY	Seestreitkräfte
GA	Generalversammlung
DPR	die so genannte Donezker Volksrepublik, d. h. das Gebiet der Region Donezk, das vorübergehend von der Russischen Föderation besetzt ist
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
HEI	Hochschuleinrichtung
EECPS	Einreise-/Ausreisekontrollstelle
LNR	die sogenannte Volksrepublik Luhansk, d. h. das Gebiet der Region Luhansk, das vorübergehend von der Russischen Föderation besetzt ist
MFA Ukraine	Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine
ISS	Internationaler Strafgerichtshof
NATO	Nordatlantikvertragsorganisation, Nordatlantisches Bündnis
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OGP	Büro des Generalstaatsanwalts
LSV	lokale Selbstverwaltungsorgane
UN	Vereinte Nationen
OCU	Orthodoxe Kirche der Ukraine
UOC-MP	Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats
RB	Republik Belarus
ROC	Russisch-Orthodoxe Kirche
RF	Russische Föderation
CIS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
VBG	vorübergehend besetztes Gebiet

Eröffnungsrede des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments



Mit ihrer bewaffneten Aggression gegen die Ukraine hat die Russische Föderation den ersten kontinentalen Krieg in Europa im 21. Jahrhundert ausgelöst und das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene globale kollektive Sicherheitssystem untergraben. Die Menschheit sieht sich erneut mit einem Regime konfrontiert, das Grenzen mit Gewalt verändern will und auf einen neuen Totalitarismus zusteuert.

Elf Jahre nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine können wir über die Lehren und Erfahrungen sprechen, die unser Land gemacht hat und die für uns und unsere Partner wichtig sind, um sie zu analysieren. Und auch darüber, wie das Land des Aggressors die Besetzung von Territorium durch Soft Power vorbereitet – Kultur- und Bildungsprogramme, vereinfachte Ausstellung von Pässen, Eroberung des Informationsraums usw. Auf die Soft Power folgen

dann die Truppen, die die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete unterwerfen, indem sie grobe Menschenrechtsverletzungen, das Verschwindenlassen von Personen und das «Filtern» instrumentalisieren, und die dann ihre Politik durchsetzen, um die Bevölkerung und die besetzten Gebiete unter Kontrolle zu halten.

Dieser Sonderbericht ist **das Ergebnis einer Analyse der Erfahrungen mit der Besetzung eines Teils des ukrainischen Territoriums und der Suche nach gemeinsamen Handlungs- und Politikmustern der Russischen Föderation**, die vor und nach der Besetzung der Halbinsel Krim umgesetzt wurden, sowie der Frage, wie diese Praktiken später auf andere Gebiete der Ukraine, die derzeit unter russischer Besetzung stehen, angewendet wurden.

Ziel des Berichts ist es, die Praktiken massiver Menschenrechtsverletzungen durch die Russische Föderation als eines der wichtigsten Instrumente für die Übernahme und Aufrechterhaltung der Kontrolle über ukrainische Gebiete sowie die Umsetzung der Politik des Aggressorlandes zur Unterwerfung der Zivilbevölkerung in diesen Gebieten zu systematisieren und zu analysieren.

Der Bericht deckt den Zeitraum seit dem Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2014 ab und analysiert die Ereignisse, die zur Besetzung ukrainischer Gebiete führten, sowie die systematischen Praktiken der Menschenrechtsverletzungen während der Inbesitznahme und der Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Gebiete. Der Bericht versucht auch, die Wirksamkeit der Reaktion des ukrainischen Staates auf die massiven Verstöße Russlands gegen das Völkerrecht zu analysieren.

**SONDERBERICHT
ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION
VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE**

Ich habe mich entschlossen, einen Sonderbericht zu verfassen, weil es heute leider keine vollständigen und detaillierten Berichte gibt, die Bedingungen des Lebens im VGB der Ukraine sowie das System der Maßnahmen der russischen Behörden zur Unterwerfung der Bevölkerung der besetzten Gebiete beschreiben. Für die Russische Föderation war die Okkupation nie eine vorübergehende Maßnahme: Schon vor Beginn der Okkupation und in den Jahren danach hat die Russische Föderation alles getan, um die ukrainischen Bürger unserer besetzten Gebiete zu Russen zu «machen» – stumm, willensschwach, unterwürfig. Und diejenigen Bürger, die mutig Widerstand leisten, sollen getötet, ihrer Freiheit beraubt oder gezwungen werden, die besetzten Gebiete zu verlassen.

Dieser Bericht ist ein Versuch, die Praktiken und die Politik der Russischen Föderation im Zusammenhang mit der Besetzung der ukrainischen Gebiete durch das Prisma der Menschenrechtsverletzungen zu betrachten, die keine isolierten Handlungen sind, sondern eine ganzheitliche staatliche Politik der Russischen Föderation darstellen. Die internationale Gemeinschaft ist sich nicht vollständig darüber im Klaren, was in den

besetzten ukrainischen Gebieten geschieht und wie die Russische Föderation vorgeht. Mit diesem Bericht wollen wir die tatsächliche Lage aufzeigen und das Leben unter der Besetzung so darstellen, wie es ist. Wir wollen auch zeigen, wie die Besatzungsbehörden systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, um die Kontrolle über die VGB der **Ukraine** zu gewährleisten und das Besatzungsregime einzuführen und aufrechtzuerhalten. Wir wollen nicht nur die Situation aufzeigen und den Menschen unter der Besetzung eine Stimme geben, sondern auch ein wichtiges Gespräch darüber beginnen, wie diese schreckliche ukrainische Kriegserfahrung in der Mitte Europas untersucht werden kann und sollte, um ähnliche Verbrechen in Zukunft zu verhindern.

Ich bin dem gesamten Team des Büros des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments, den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die Erstellung des Sonderberichts sowie dem Expertenteam von aufrichtig dankbar für den erstellten Sonderbericht und die Empfehlungen, die – da bin ich mir sicher – sowohl den Vertretern der ukrainischen staatlichen Behörden als auch den internationalen Partnern von Nutzen sein werden.¹

**Dmytro Lubinets,
Kommissar für Menschenrechte
im ukrainischen Parlament
für Menschenrechte**

¹ Das Expertenteam bestand aus Aljona Lunjowa – Direktorin für Advocacy im Menschenrechtszentrum ZMINA, Daria Swyrjadowa – Rechtsanwältin, Partnerin bei AZONES, Onysija Synjuk – Rechtsanwältin im Menschenrechtszentrum ZMINA.

Zusammenfassung

1. Lange vor den aktiven Feindseligkeiten zur Einnahme der Halbinsel Krim und von Teilen der Regionen Donezk und Luhansk im Jahr 2014 verfolgte Russland seit langem eine systematische Vorbereitungspolitik für eine solche Einnahme. Sie zielte vor allem darauf ab, bei den ukrainischen Bürgern ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Russischen Föderation zu schaffen (gemeinsame Geschichte, Kultur, Sprache usw.). Der Einsatz von Soft Power erfolgt durch die Finanzierung russischer Bildungseinrichtungen in bestimmten ukrainischen Gebieten und die Russifizierung des ukrainischen Bildungssystems, die Verbreitung russischer Kultur- und Medienprodukte in der gesamten Ukraine und andere Informationseinflüsse, die Vereinfachung des Zugangs zur russischen Staatsbürgerschaft und die Ausstellung von Reisepässen für ukrainische Bürger, die Einschleusung russischer Agenten in Politik, Sicherheit und Verwaltung usw. Später, nach 2014, nutzte Russland diese Politik, um eine umfassende Invasion vorzubereiten und zu rechtfertigen, insbesondere durch die massenhafte Passisierung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Ukraine, die Einflussnahme auf die ukrainische politische Agenda und die starke Beeinflussung der Zivilbevölkerung in den von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine durch Informationen.

rechtsverletzungen beinhalten, und rechtswidrige Inhaftierungen bei Evakuierungen, Behinderung der Evakuierung der Bevölkerung usw.) Bei militärischen Vorstößen, der Einnahme von Militär- und Verwaltungsgebäuden oder dem Rückzug werden häufig die lokale Bevölkerung und die zivile Infrastruktur als menschliche Schutzschilde benutzt. Das Ausmaß der Gewalt hat nach der Einnahme ukrainischer Gebiete durch russische Truppen nicht abgenommen, sondern wurde von der vollständigen Zerstörung von Siedlungen auf gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung (Verschwindenlassen von Personen, illegale Verhaftungen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, harte Haftbedingungen usw.) umgestellt, um jeglichen Widerstand gegen die Besetzung und die Unterstützung der ukrainischen Staatlichkeit durch die Bevölkerung zu unterdrücken.
2. Während und mit dem Ziel der Einnahme von Gebieten nutzt und instrumentalisiert die Russische Föderation Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, insbesondere durch den massiven Einsatz wahlloser Gewalt gegen die Zivilbevölkerung (militärische Angriffe auf zivile Objekte und Infrastrukturen, wahlloser Beschuss und vollständige Zerstörung von Siedlungen, «Filtrationsmaßnahmen», die Menschen-
3. Ein gesondertes Ziel von Angriffen der Russischen Föderation bei der Inbesitznahme von Gebieten und der Unterwerfung von Behörden sind Personen mit formeller und informeller Macht und Einfluss auf lokale Gemeinschaften (Vertreter lokaler Regierungen und staatlicher Verwaltungen, Aktivisten usw.). Die Angriffe und der Druck umfassen sowohl direkte Gewalt (Inhaftierung, Folter, Hinrichtungen) als auch psychologischen Druck, wirtschaftlichen Zwang zur Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation und die Einrichtung von Besatzungsverwaltungen, Unterwerfung und Kontrolle über die Zivilbevölkerung der besetzten Gemeinden. Die Erfahrung der groß angelegten Invasion zeigt, dass die Russische Föderation Bürger aus den zuvor besetzten Gebieten der Ukraine oder ihre eigenen Bürger aus dem Gebiet der Russischen Föderation einsetzt (importiert), um Besatzungsverwaltungen in den besetzten

Gebieten zu bilden. Dies wiederum ermöglicht es der Russischen Föderation, die Gewaltanwendung zu intensivieren oder die Zivilbevölkerung, die nicht bereit ist, dem Besatzer zu gehorchen oder bei der Einrichtung und Tätigkeit der Besatzungsbehörden mitzuwirken, zum Verlassen der besetzten Gebiete zu zwingen.

4. Die Besetzung ukrainischer Gebiete durch die Russische Föderation geht mit systematischen und weit verbreiteten Verwaltungspraktiken einher, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen führen. Einige dieser Praktiken sind eine Fortsetzung solcher Verstöße gegen die eigene Bevölkerung auf dem Gebiet der Russischen Föderation. Infolgedessen wurden nach der Besetzung alle besetzten Gebiete der Ukraine unrechtmäßig in die Russische Föderation «eingegliedert». Sie unterliegen den Gesetzen, der Politik und dem Regierungssystem der Russischen Föderation, was insbesondere die Ursache für zahlreiche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte ist. Das Hauptziel dieser Verstöße und der «Integration» in die Rechtsordnung der Russischen Föderation besteht darin, die vollständige Kontrolle über die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete aufrechtzuerhalten, sie in «neue Russen» zu verwandeln und illoyale Bürger, die sich der Russischen Föderation nicht unterworfen haben, physisch aus den besetzten Gebieten zu vertreiben. Beispiele für derartige Verstöße und Nötigungen sind unter anderem:
 - Legitimierung früherer Massengewalt durch ihre «Normalisierung» und die Verfolgung von Personen durch die Verfahren des russischen Strafverfolgungs- und Justizsystems unter Anwendung von «antiextremistischen», «antiterroristischen» und anderen repressiven Rechtsvorschriften, Praktiken der Folter, des Freiheitsentzugs, des Rechts auf Verteidigung, des Rechts auf ein normales und faires Verfahren usw;
 - Schaffung von Bedingungen für die Zivilbevölkerung, unter denen es unmöglich ist, in den besetzten Gebieten zu leben, ohne einen russischen Pass zu erhalten und sich in die Rechtswirklichkeit der Russischen Föderation zu integrieren. Personen ohne ein solches Dokument werden de facto zu «Ausländern» auf ihrem eigenen Territorium, mit erhöhter Aufmerksamkeit seitens der russischen Sonderdienste, Einschränkungen des Aufenthaltsrechts, keinem Zugang zu medizinischem und sozialem Schutz, Einschränkungen oder Entzug von Eigentumsrechten, Bildungs- und Arbeitsrechten usw;
 - Gleichzeitig können Personen, die einen russischen Pass erhalten, zum Militärdienst verpflichtet werden. Infolgedessen gibt es zahlreiche Fälle, in denen Zivilisten in den besetzten Gebieten rekrutiert werden, um gegen ihr eigenes Land zu kämpfen. Der Zwang der lokalen Bevölkerung in der VGB-Ukraine, in den russischen Streitkräften zu dienen und an Feindseligkeiten gegen ihr eigenes Land teilzunehmen, wird sowohl zur Erhöhung der Mobilisierungsreserve und der Zahl der russischen Streitkräfte als auch zur zusätzlichen Kontrolle und Einschüchterung durchgeführt. Die Propaganda für den Dienst in den russischen Streitkräften schafft bei der örtlichen Bevölkerung auch ein verzerrtes Bild von den Ursachen und dem Verlauf der bewaffneten Aggression Russlands gegen die Ukraine;
 - Beschlagnahme des Informationsraums und der Medienressourcen als einer der vorrangigen Schritte bei der Errichtung der Besatzung, Ersetzung der ukrainischen Medien durch russische Propaganda, Verbot und Verfolgung abweichender Meinungen und öffentlicher Meinungsverschiedenheiten mit den Maßnahmen der Russischen Föderation

ation, strafrechtliche Verfolgung, Deportation, Einschüchterung, Verhaftung und Ermordung unabhängiger Journalisten;

- Umsetzung einer Politik der Assimilierung und Auslöschung der Identität, insbesondere durch Bildungsprozesse (Verdrängung jeglicher ukrainischer oder krimtatarischer Bildungskomponente aus dem Lehrplan, Integration von Kindern und Jugendlichen in russische Bildungs- und Propagandaprogramme, Entwicklung eines breit angelegten Systems der außerschulischen Bildung und Jugendbewegungen, in deren Mittelpunkt Russifizierung und Militarisierung stehen), Verfolgung ukrainischer Aktivisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie von Vertretern des autochthonen krimtatarischen Volkes, einschließlich des Verbots der Tätigkeit ihrer Vertretungsorgane (z. B. des Mejlis des krimtatarischen Volkes);
- Die Beschlagnahme von Eigentum ist eine weitere Methode, die die Russische Föderation seit 2014 aktiv einsetzt, um die VBG der Ukraine und die lokale Bevölkerung zu kontrollieren. Neben der Beschlagnahme und Verstaatlichung von Eigentum des ukrainischen Staates haben es die Besatzungsbehörden auch auf das Eigentum großer Privatunternehmen sowie auf das Privateigentum von Einheimischen abgesehen. Die Eigentumspolitik der Russischen Föderation ist ein zusätzliches Mittel, um es unmöglich zu machen, sich im VBG der Ukraine aufzuhalten, ohne russische Dokumente zu erhalten, Einkommen zu beziehen, ohne für ein russisches Unternehmen zu arbeiten, Eigentum zu behalten, ohne es nach dem russischen Verfahren umzumelden. All diese Maßnahmen zielen darauf ab, die russische Präsenz in der VBG der Ukraine zu festigen;
- Russlands konsequente Zerstörung jeglicher Mittel und Wege zur Aufrechter-

haltung von Verbindungen zwischen der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete und dem ukrainischen Staat durch die Schaffung physischer Unmöglichkeit, in die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete zu reisen, die potenzielle Androhung strafrechtlicher Verfolgung bei jeglichen Kontakten mit der Ukraine, die Zerstörung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Überzeugung der Menschen, in den «offiziellen» Strukturen des Besatzers mitzuarbeiten und zu arbeiten, die Blockierung des Zugangs zu ukrainischen Informationsquellen, die Erleichterung des Zugangs junger Menschen zur russischen Hochschulbildung usw.

5. Die ukrainische Regierung ist bei der Entwicklung einer Politik für die VBG und der Pflege der Beziehungen zur dortigen Zivilbevölkerung überwiegend reaktiv. Die Fähigkeit des Staates, systemische Praktiken und politische Maßnahmen umzusetzen, die Russlands Bemühungen um die Unterwerfung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten entgegenwirken können (Zugang zu Informationskanälen für die Frontlinie und die besetzten Gebiete, Bildungsprogramme für junge Menschen, Zugang zu ukrainischen Pässen und anderen Dokumenten, Ansätze für Formen der Verantwortung für die Zusammenarbeit der Zivilbevölkerung mit dem Besatzer, usw.) Die Antwort des Staates an die Bevölkerung auf die Frage, wie Gerechtigkeit erreicht werden kann, konzentriert sich derzeit vor allem auf die Gewährleistung von Gerechtigkeit, was im Hinblick auf die Unausweichlichkeit der Bestrafung internationaler Verbrechen wichtig ist und eine Herausforderung für die Kapazität des Justizsystems darstellt. Gleichzeitig ist es wichtig, dass der Staat andere Instrumente entwickelt, um Gerechtigkeit zu schaffen, wie z. B. eine Gedenk- und Erinnerungspolitik, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens in die

**SONDERBERICHT
ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION
VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE**

Regierung (Lustration), die Entwicklung einer vorhersehbaren Politik zur Wiederherstellung des Lebens nach der Entlassung usw. Gleichzeitig bilden bestimmte politische und rechtliche Maßnahmen, die von den ukrainischen Behörden ergriffen wurden, um der russischen Aggression und den Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten zu begegnen (Entscheidungen internationaler Gerichte, Resolutionen internationaler und interparlamentarischer Strukturen usw.), wichtige

Präzedenzfälle für die Erfassung von und die Reaktion auf internationale Verbrechen durch internationale rechtliche und politische Institutionen. Darüber hinaus bilden sie die Grundlage für die Untersuchung bewährter Praktiken am Beispiel der russischen Aggression gegen die Ukraine, bei der massive Verstöße gegen die Rechte der Zivilbevölkerung als Mittel zur Vorbereitung und anschließenden Einnahme von Gebieten und zur Unterwerfung der dortigen Bevölkerung eingesetzt wurden.

Methodologie

Im September 2024 setzte der Beauftragte eine Arbeitsgruppe² ein, der Vertreter ukrainischer staatlicher Behörden, einschließlich Strafverfolgungsbehörden, Forschungseinrichtungen, Experten aus der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, internationalen Organisationen, UN-Organisationen und anderen angehörten, um den Sonderbericht zu erstellen. Die Arbeitsgruppe trat in Form regelmäßiger Treffen zusammen.

Während der Arbeit an dem Bericht analysierte und systematisierte die Expertengruppe einzigartige Daten, die von der Ombudsstelle dokumentiert wurden, Berichte internationaler Missionen und Menschenrechtsorganisationen, Informationen von Behörden, Zeugenaussagen von Opfern russischer Verbrechen, Informationen aus offenen Quellen, Gerichtsentscheidungen, Entschließungen und Berichte von interparlamentarischen und internationalen Organisationen. Bei der Arbeit an dem Sonderbericht ließ sich die Expertengruppe von den Grundsätzen der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit sowie von den Interessen und der Sicherheit der Opfer von Menschenrechtsverletzungen leiten.

Am 30. Oktober 2024 fand ein Workshop statt, bei dem die Mitglieder der Arbeitsgruppe die wichtigsten Instrumente der Besetzung und Unterwerfung der Zivilbevölkerung der von der Russischen Föderation besetzten Gebiete sowie die Formen und Methoden der Reaktion des ukrainischen Staates auf diese Handlungen des Aggressorlandes ermittelten. Die allgemeinen Hypothesen des Berichts wurden ebenfalls entwickelt.

Die wichtigsten Instrumente der Besetzung und Unterwerfung der Zivilbevölkerung

wurden in vier Kontexten betrachtet:

- 1) Identifizierung und Analyse von Russlands vorbereitenden Maßnahmen für die Besetzung und Inbesitznahme von Gebieten (ohne die militärische Komponente);
- 2) die Anwendung schwerer Menschenrechtsverletzungen zur Unterwerfung der Zivilbevölkerung nach der Einnahme von Gebieten und vor der Einrichtung von zivilen Besatzungsverwaltungen;
- 3) Aufbaupolitik und Institutionen in den besetzten Gebieten nach der Einrichtung von Besatzungsverwaltungen und der illegalen Eingliederung ukrainischer Gebiete in die Russische Föderation;
- 4) Reaktion der ukrainischen Behörden und der internationalen Gemeinschaft auf die bewaffnete Aggression Russlands gegen die Ukraine und die Folgen der Besetzung eines Teils des ukrainischen Staatsgebiets.

Die Ergebnisse des Workshops, an dem 55 Mitglieder der Arbeitsgruppe teilnahmen, flossen in die Erstellung des Sonderberichts ein.

Darüber hinaus wurden die von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellten Materialien bei der Erstellung des Sonderberichts verwendet. Dazu gehören insbesondere Antworten staatlicher Stellen auf Anfragen der Ombudsstelle (30), mehr als 50 Berichte und Berichte von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, Foto- und Videomaterial, etwa 200 Zeugenaussagen von Opfern und Zeugen von Verbrechen, die von Vertretern der Ombudsstelle dokumentiert wurden, Material und Recherchen des Verteidigungsnachrichtendienstes der Ukraine, des Staatlichen Grenzschutzes der

² Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wurde durch die Verordnung des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments Nr. 118.15/24 vom 18. September 2024 genehmigt.

Ukraine, der Mission des Präsidenten der Ukraine in der Autonomen Republik Krim, des Nationalen Instituts für strategische Studien und andere Quellen

Die wichtigsten Hypothesen, mit denen das Team bei der Erstellung des Sonderberichts arbeitete, waren:

Die Russische Föderation nutzt die Informations- und Bildungspolitik der Expansion, um auf die Besetzung vorzubereiten (Einflussnahme auf die Medien, kulturelle Veranstaltungen, Bildung).

- Die Russische Föderation nutzt das vereinfachte Verfahren zur Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft als Instrument zur Unterwerfung der Bevölkerung und zur Rechtfertigung künftiger aggressiver Maßnahmen.
- Die systematische Begehung internationaler Verbrechen durch die Russische Föderation während der Feindseligkeiten ist eine bewusste Politik der militärischen und politischen Führung der Russischen Föderation zur Eroberung von Gebieten und der dortigen Zivilbevölkerung.
- Das Ausmaß der aggressiven Handlungen und die Schwere der von der Russischen Föderation begangenen Verstöße gegen die Zivilbevölkerung bei der Einnahme von Gebieten hängt von der Loyalität (oder der Erwartung einer solchen Loyalität) der Bevölkerung in den Gebieten ab, in denen die Feindseligkeiten stattfinden, sowie vom Ausmaß der Unterstützung des Widerstands durch die ukrainischen Behörden, einschließlich der lokalen Selbstverwaltung.
- Die weit verbreitete Einführung der meisten Verwaltungspraktiken durch die Russische Föderation, die zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten führen, ist eine Ausweitung bestehender Praktiken und Strategien, die die Russische Föderation seit Jahren auf ihrem eigenen Gebiet anwendet.
- Die russischen Besatzungsbehörden verfolgen eine gezielte Politik, um die örtliche Bevölkerung zur Zusammenarbeit (Kollaboration) zu bewegen, um jede künftige Verbindung mit dem ukrainischen Staat abubrechen, u. a. durch die Zerstörung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Bedingungen für ihre Entwicklung, wodurch die Voraussetzungen für ein «wirtschaftliches Überleben» durch Arbeit für die Besatzer geschaffen werden.
- Die ukrainische Regierung muss ihre Fähigkeit zur Umsetzung von Maßnahmen, die Russlands Bemühungen um die Eroberung und Unterwerfung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten entgegenwirken können, erheblich stärken.
- Bestimmte politische und rechtliche Maßnahmen, die von den ukrainischen Behörden ergriffen wurden, um der russischen Aggression und den Menschenrechtsverletzungen in der gesamten Ukraine entgegenzuwirken, stellen wichtige Präzedenzfälle für die Erfassung internationaler Verbrechen und die Reaktion darauf dar und sind ein Feld für die Untersuchung bewährter Verfahren.

Die Arbeitshypothesen wurden auf der Grundlage der Analyse von aus offenen Quellen verfügbarem Material über die Politik der Russischen Föderation im VGB der Ukraine und die systematischen schweren Menschenrechtsverletzungen formuliert. Sie wurden auf dem Workshop und in den Sitzungen der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Sonderberichts der Ombudsperson erörtert und verfeinert.

Bei der Erstellung dieses Dokuments wurde kein eingeschränktes Material verwendet. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Online-Quellen mit Informationen zu Daten aus den derzeit besetzten Gebieten eingeschränkt oder entfernt (z. B. die offizielle Website des Ministeriums für die Reintegration der vorübergehend besetzten



**MIT WELCHEN MITTELN BESETZT UND
UNTERJOCHT RUSSLAND DIE BEVÖLKERUNG
IN DEN VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE?**

Gebiete der Ukraine oder einige Daten von der Website der Zentralen Wahlkommission zu den Ergebnissen der Wahlen auf dem Gebiet der Autonomen Republik Krim usw.), wodurch auch der Zugang zu Primärquellen und für diesen Bericht relevanten Informationen eingeschränkt wurde. Der Bericht zielt nicht darauf ab, alle Menschenrechtsverletzungen, die seit Beginn der

russischen Aggression im Jahr 2014 in der VBG-Ukraine begangen wurden, detailliert zu erfassen, aber er bietet einen Überblick und Verweise auf eine beträchtliche Anzahl von Berichten, Erklärungen und anderen Materialien, die von Menschenrechts- und anderen Organisationen zu verschiedenen Aspekten der Verletzungen infolge der Besetzung seit 2014 erstellt wurden.

ABSCHNITT 1

**Handlungen und Politiken
der Russischen Föderation,
die der vorübergehenden
Besetzung eines Teils des
ukrainischen Hoheitsgebiets
vorausgingen**

Handlungen und Politiken der Russischen Föderation, die der vorübergehenden Besetzung eines Teils des ukrainischen Hoheitsgebiets vorausgingen

Am 20. Februar 2014 begann der moderne russisch-ukrainische Krieg. Es war das erste Mal, dass die russischen Streitkräfte die Staatsgrenze der Ukraine durch die Meerenge von Kertsch überschritten. Dies wurde in der Entschließung der Werchowna Rada der Ukraine vom 21. April 2015 Nr. 337-VIII «Zur Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine ‘Zur Abwehr der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation und Überwindung ihrer Folgen’» festgehalten³.

Gleichzeitig ist zu bedenken, dass die Besetzung ein komplexer Prozess ist, der vorbereitende Maßnahmen erfordert, die eine rasche Unterwerfung der Bevölkerung der besetzten Gebiete nach dem Grenzübertritt und der Herstellung der Kontrolle über das Gebiet erleichtern.

In den letzten Jahren hat die Ukraine eine Strategie der kognitiven De-Okkupation entwickelt, insbesondere der Halbinsel Krim⁴. Stattdessen gibt es nur sehr wenige Studien über die Praxis der «kognitiven Okkupation» – die Inbesitznahme von Informations-, Kultur- und Bildungsräumen durch die Russische Föderation als Voraussetzung, als Vorbereitungsphase für eine mögliche Okkupation mit Hilfe von Streitkräften⁵.

In diesem Abschnitt werden die Maßnahmen der Russischen Föderation vor der Besetzung der ukrainischen Gebiete, die Auswirkungen auf die örtliche Bevölkerung, die örtlichen Behörden, den Informations-, Kultur- und Bildungsraum sowie die russische Politik der Passportierung der Bevölkerung der ukrainischen Gebiete als eines der Elemente der Vorbereitung dieser Gebiete auf eine mögliche Eroberung analysiert. In letzter Zeit werden immer häufiger Studien über die «Kolonisierung» der Ukraine durchgeführt.

Darüber hinaus werden das Handeln und der Einfluss der Russischen Föderation in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens direkt auf dem Gebiet der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol vor der Besetzung dieser Gebiete im Februar 2014, auf dem Gebiet der Regionen Donezk und Luhansk (vor der Besetzung eines Teils der Gebiete im Jahr 2014 und anschließend der nach 2022 besetzten Gebiete) sowie auf dem Gebiet der Regionen Saporischschja und Cherson untersucht. Leider gibt es derzeit keine umfassenden Analysen oder Untersuchungen über den Einfluss Russlands in der Zeit vor

3 Zur Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine „Über die Zurückweisung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation und die Überwindung ihrer Folgen«: Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 21. April 2015, Nr. 337-VIII. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/337-19#Text>.

4 Strategie der kognitiven De-Okkupation der Krim. Mission des Präsidenten der Ukraine in der AR der Krim. 06.11.2023. URL: <https://ppu.gov.ua/documents/stratehiiia-kohnityvnoi-deokupatsii-krymu/>

5 Der Krieg in der Ukraine ist ein Kolonialkrieg. Von Timothy Snyder. 28.04.2022. URL: <https://www.newyorker.com/news/essay/the-war-in-ukraine-is-a-colonial-war>

ABSCHNITT 1

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

der Besetzung der Gebiete 2014 und 2022. Wenn wir also versuchen, die Handlungen und den Einfluss der Russischen Föderation auf die später besetzten Gebiete der Ukraine zu bewerten, so tun wir dies in der Zeit vor 2014 und speziell in Bezug auf die Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol.

Diese Analyse bezieht sich nicht direkt auf die militärischen Vorbereitungen Russlands auf eine Invasion der Ukraine. Wir unterscheiden zwischen Vorbereitungen für die Übernahme der Ukraine in der einen oder anderen Form (politische Aktionen, die darauf abzielen, die Ukraine in einen Vasallenstaat zu verwandeln und eine von Russland kontrollierte Marionettenregierung einzusetzen) und konkreten Maßnahmen zur Vorbereitung militärischer Operationen auf dem Gebiet der Ukraine. Gegenstand der Analyse ist auch nicht die Geschichte der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine, sondern frühere Konflikte, die bereits entstanden sind, insbesondere über den Bau eines Staudamms durch die Straße von Kertsch zur ukrainischen Insel Tuzla (2003)⁶.

Gleichzeitig ist es wichtig, festzustellen, in welchen Bereichen des öffentlichen Lebens in der Ukraine, insbesondere in den später vorübergehend besetzten Gebieten, der Einfluss der Russischen Föderation so groß war, dass er als Teil der vorbereitenden Maßnahmen des Aggressorstaates für die Eroberung und Besetzung der ukrainischen Gebiete angesehen werden kann. Zu diesen Gebieten gehören:

- Informationsbereich;
- Kultur und Religion;
- Bildungs- und Jugendpolitik;
- politische Bewegungen und Parteien, soziale Bewegungen.

Aktionen in diesen Bereichen können als «Soft Power»⁷ bezeichnet werden, die Russland systematisch gegen die Ukraine einsetzt. Eine besondere Rolle bei der Anwendung von Soft Power wurde der Föderalen Agentur für GUS-Angelegenheiten, im Ausland lebende Landsleute und internationale humanitäre Zusammenarbeit («Rossotrudnichestvo», russisch für «Rossotrudnichestvo», eine russische Agentur, deren Ziel es ist, «Russlands humanitären Einfluss in der Welt zu stärken»)⁸ zugewiesen, die als Hauptzentrum der Soft Power Russlands «Soft Power» in der Ukraine und koordinierte die Aktivitäten der pro-russischen Organisationen. Ein wichtiger Akteur war außerdem der Föderale Migrationsdienst der Russischen Föderation, dessen Tätigkeit sich auf die Förderung der Umsiedlung von Bürgern anderer Staaten, einschließlich der Ukraine, die unter die Kategorie «russische Landsleute» fallen, nach Russland konzentriert.

Bei der Ermittlung spezifischer Maßnahmen der Russischen Föderation in den oben genannten Bereichen, die auf die gezielte Vorbereitung einer weiteren Besetzung abzielen, sollten die folgenden Faktoren berücksichtigt werden:

- Konsistenz;
- Verflechtung;
- das Bestehen eines Kausalzusammenhangs zwischen den Handlungen und der Errichtung einer weiteren Kontrolle im Hoheitsgebiet der Ukraine.

Für eine genauere Analyse der vorbereitenden Maßnahmen ist es notwendig, sich nacheinander auf bestimmte Bereiche zu konzentrieren und herauszufinden, wie Russland die so genannte «sanfte Macht» einsetzte und die Besetzung vorbereitete.

6 Lessons from Russia's First Assault on Ukraine: 20 Years Since Tuzla. Hanna Shelest. URL: <https://cepa.org/article/lessons-from-russias-first-assault-on-ukraine-20-years-since-tuzla/>

7 Das Konzept der „Soft Power« ist im außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation definiert. Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation: Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 12. Februar 2013, Nr. Pr-251. URL: <https://www.garant.ru/products/ipo/prime/doc/70218094/>

8 Rossotrudnichestvo. URL: <https://rs.gov.ru/about-foiv/>

1.1. Informationssektor

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine gab es de facto keine Abtrennung und Bildung eines eigenen Informationsraums der Ukraine. Bis zum Beginn der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine investierte die Russische Föderation erhebliche Mittel in die Förderung und Unterstützung des russischen Informationsangebots in der Ukraine und die Schaffung eines einheitlichen Informationsraums. Dies wurde durch die Ausstrahlung russischer Fernsehkanäle in der Ukraine, die Präsenz russischer Satellitenkanäle, russischer Radiosender usw. erleichtert. Aufgrund der Propaganda von Krieg und Gewalt wurden 2014 russische Propaganda-Fernsehsender in der Ukraine verboten – NTV, Rossiya-24, Pervyi Kanal, Rossiya-1, Zvezda (russisch: Россия-24, Первый канал, Россия-1, Star), Life News, Russia Today und mehrere andere⁹.

Viele Medien, die russische Narrative verbreiten, wurden direkt oder indirekt von der Russischen Föderation finanziert. Zusätzlich zu den nationalen Sendern förderte Russland die Schaffung regionaler (lokaler) Medien, die russische Narrative verbreiteten, insbesondere in den Grenzregionen (Oblasts Luhansk und Donezk). Regionale Medien können auch mit russischen Unternehmen verbunden sein (z. B. der Fernsehsender Alex)¹⁰ oder Teil politischer Projekte sein (z. B. die Partei der Regionen).

Ein wichtiges Element bei der Schaffung eines gemeinsamen Informationsraums und der Einflussnahme der Russischen Föderation auf die ukrainische Gesellschaft war die Schaffung eines einheitlichen In-

ternetraums durch die Popularisierung russischer sozialer Netzwerke (Vkontakte, Odnoklassniki, Telegram), russischer Influencer und Blogger.

Seit Dezember 2013 erörtern russische Staatsmedien sowie nichtstaatliche regierungsnahe Medien die Aussichten auf eine «Teilung» der Ukraine und insbesondere auf eine Abtrennung der Krim vom Rest des Landes. Russische Medien arbeiteten aktiv daran, eine «künstliche» Identität der Krimbewohner als «andere», der Ukraine feindlich gesinnte Menschen zu schaffen¹¹.

Bereits Ende Februar 2014 hat sich die große Mehrheit der russischen Medien dem Informationskrieg gegen die Ukraine angeschlossen und versucht, die Militäroperation zu unterstützen. Publikationen wie Vesti, Rossiyskaya Gazeta, Moskovskiy Komsomolets, Kommersant, Vzglyad (russisch: Известия, Российская газета, Московский комсомолец, Коммерсантъ, Взгляд) sowie die Nachrichtenagenturen RIA Novosti, ITAR-TASS (russ. – RIA Novosti, ITAR-TASS), ROSBALT und AIS haben nicht nur ungeprüfte Nachrichten nachgedruckt, sondern auch selbst Falschmeldungen erstellt. Ein Beispiel ist der Versuch von Fernsehsendern, darunter die Satellitensender Rossiya-24 und NTV Mir (russisch: Россия-24, NTV Mir), die Nachricht über die Anwesenheit zahlreicher Flüchtlinge aus der Ukraine in Russland mit der entsprechenden Videosequenz zu bestätigen¹².

Ein wichtiger Bestandteil der Informationskampagne gegen die Ukraine war die Verbreitung von Informationen über den raschen Vormarsch russischer Truppen in die

9 Verbotene Fernsehsender in der Ukraine und weltweit: Infografik der letzten 20 Jahre. Apostroph. 05.02.2021. URL: <https://apostrophe.ua/ua/news/politics/government/2021-02-05/kakie-telekanalyi-zapreschali-v-ukraine-i-mire-infografika-za-poslednie-20-let/222247>

10 «Alex TV» war der älteste kommerzielle Fernsehsender in der Region Saporischschja und sendete in Saporischschja, Berdiansk, Melitopol und Orichiw. Der Sender unterstützte traditionell den Lokalpolitiker Wjatscheslaw Boguslajew, der der Partei der Regionen und dem Oppositionsblock nahestand. ZavodoTV. Eigentümer des Fernsehsenders von Zaporizhzhya, Detector Media. 02.01.2020. URL: <https://detector.media/rinok/article/173613/2020-01-02-zavodotelebachennya-khto-volodiie-teleprostorom-zaporizhzhya/>

11 Wie russische Medien den Separatismus auf der Krim fördern. Media Detector. 07.03.2014. URL: <https://detector.media/roziiski-zmi/article/164470/2014-03-07-kak-rossyyskye-smj-pooshchryaly-separatyzm-v-krymu/>

12 Zum Beispiel, die Nachrichten: Der Strom von Flüchtlingen aus der Ukraine in die Region Rostow hat deutlich zugenommen – der Gouverneur der Region. Interfax. 01.03.2014. URL: <http://www.interfax-russia.ru/South/main.asp?id=477460>

ABSCHNITT 1

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Regionen der Ukraine (insbesondere in die Regionen Saporischschja und Cherson). Diese Informationen wurden später nicht bestätigt und dienten offensichtlich dazu, Panik zu verbreiten und die Verteidigungsanstrengungen des ukrainischen Staates zu desorganisieren und den Eindruck einer groß angelegten Invasion zu erwecken. Heute ist jedoch klar, dass diese Nachrichten eine Art Informationsvorbereitung für die Umsetzung des Noworossija-Projekts waren und nicht nur das Militär desorganisieren, sondern auch die lokale Bevölkerung moralisch auf die Möglichkeit einer Invasion vorbereiten sollten.¹³ Russland wandte diese Taktik auch bei der groß angelegten Invasion im Jahr 2022 an¹⁴.

Die Besetzung der Autonomen Republik Krim, die die erste Etappe der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine darstellte, war vor allem das Ergebnis der langen und gezielten Informations- und Propagandaaktivitäten Russlands.¹⁵ Seit der Besetzung der AR Krim haben die russischen Behörden aktive Schritte unternommen, um ein autoritäres Modell des Informationsraums auf der Halbinsel zu etablieren, das die Informationspolitik der Russischen Föderation auf ihrem Territorium widerspiegelt – der Informationsraum wird nicht als Raum der Meinungsfreiheit gesehen, sondern als eine weitere Quelle des Schutzes der russischen Behörden vor jeglicher Kritik seitens der Opposition oder der Protestkräfte. Vor der Besetzung der Krim war die Informationsinfrastruktur auf der Halbinsel recht umfangreich: 83 audiovisuelle Medienunternehmen mit 141 Lizenzen waren in der Autonomen Republik Krim tätig (Stand: September 2013); 19

audiovisuelle Medienunternehmen (analoger Rundfunk), 32 digitale Rundfunkkanäle, 7 Anbieter audiovisueller Dienste und 19 Radiosender (UKW)¹⁶ waren in Sewastopol tätig (Stand: Dezember 2013). Seit Beginn der Besetzung hat sich die Medienlandschaft auf der Halbinsel aufgrund illegaler Eingriffe in die Medienaktivitäten und der Verfolgung durch die Besatzungsbehörden stark verändert.

Die Inbesitznahme des Informationsraums auf der Krim, in den Regionen Donezk und Luhansk bestand aus zwei Hauptelementen: der Kontrolle über Rundfunkeinrichtungen, Druckereien, Telekommunikations- und Internetstrukturen sowie der Kontrolle des Informationsinhalts durch administrative Kontrolle der Medien, Druck auf Journalisten usw.

Nach Beginn der Besetzung der Krim hat Russland weiterhin Einfluss auf die ukrainische Bevölkerung in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten, insbesondere in der Region Cherson, genommen. Dieser Informationseinfluss wurde durch die «Beschlagnahmung» von UKW-Radiofrequenzen ausgeübt. So wurde nach Beobachtungen der Krim-Menschenrechtsgruppe ab Juli 2021 der ukrainische Rundfunk in der Region Cherson durch russische Sender in Siedlungen wie Schtschasljowzewe blockiert, Henicheska Hirka, Henichesk, Chongar, Mykolaivka, Novooleksiyivka, Mayachka, Novotroitske, Hromivka, Novomykolaivka, Strohanivka, Hryhorivka, Chaplynka, Myrne, Kalanchak, Oleksandrivka, Khorly, Rozdolne, Skadovsk. Die Situation der Blockade ukrainischer Radiosender wurde auch von in der Nähe der Kontrollpunkte Chaplynka und Chongar

13 Donbas und Krim: der Preis der Rückkehr: eine Monographie / herausgegeben von V.P. Horbulin, O.S. Vlasiuk, E.M. Libanova, O.M. Liashenko. Kyiv: NISS, 2015. S. 233.

14 Der SBU warnt: Feindliche Fälschungen tauchen jeden Tag auf. Ukrinform. 05.03.2022. URL: <https://web.archive.org/web/20220306235740/https://www.ukrinform.ua/rubric-ato/3420585-sbu-vorozi-fejki-zavlautsa-sodna.html>

15 Donbas und Krim: der Preis der Rückkehr: eine Monographie / herausgegeben von V. P. Horbulin, O. S. Vlasiuk, E. M. Libanova, O. M. Liashenko. Kyiv: NISS, 2015. S. 242.

16 Bericht des Vertreters des Nationalen Rates der Ukraine für Fernsehen und Hörfunk in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, Wolodymyr Ljaschenko. Nationaler Rat der Ukraine für Fernsehen und Hörfunk. URL: <https://webportal.nrada.gov.ua/zvity/>

registriert. In diesen Städten und Dörfern haben die Besatzungsbehörden der Russischen Föderation mindestens 34 Funkfrequenzen ganz oder teilweise beschlagnahmt. Diese Frequenzen werden von 37 verschiedenen russischen Radiosendern genutzt.¹⁷ Gleichzeitig haben die Besatzungsbehörden Schritte unternommen, um das UKW-Signal aus dem von der Regierung der Ukraine kontrollierten Gebiet zu blockieren. So wurde beispielsweise im Jahr 2020 in der Nähe des Kontrollpunkts Chaplynka in den besetzten Gebieten der Krim ein neuer Fernseh- und Radioturm errichtet, der mit speziellen Antennen ausgestattet ist, die die Ausstrahlung von Fernseh- und Radiosignalen in das Gebiet der Krim und Teile der Region Cherson ermöglichen. Damit haben die Besatzungsbehörden im Norden der Krim ein weiteres Instrument geschaffen, um den ukrainischen FM-Rundfunk zu blockieren¹⁸.

Die Medien im VGB der Ukraine verbreiten systematisch Hassreden. So überwachte die Menschenrechtsgruppe der Krim in den Jahren 2014-2017 im Rahmen einer Studie über die Situation der Meinungsfreiheit auf der besetzten Krim¹⁹ den Inhalt der im Informationsraum der Krim ausgestrahlten krimianischen und russischen Medien und erfasste 718 Beispiele für Hassreden. Vor der vollständigen Invasion gehörten zu den Hauptmanifestationen von Hassreden Botschaften, die sich auf anti-ukrainische

und antiamerikanische Rhetorik bezogen. Zielscheibe der negativen Botschaften sind auch Personen, die bestimmte Aspekte der Außen- und Innenpolitik der russischen Regierung kritisieren, wie Journalisten, Aktivisten der Zivilgesellschaft, politische Oppositionelle und Bürger anderer Länder, deren Handlungen in irgendeiner Weise den Interessen der Russischen Föderation widersprechen²⁰.

Später «exportierte» die Russische Föderation viele ihrer Praktiken und Erfahrungen von der Krim in andere besetzte Gebiete. Journalisten und technisches Personal wurden nach Februar 2022 von der Krim in andere VBGs der Ukraine geschickt, um den Besatzungsverwaltungen dabei zu helfen, einen Teil des ukrainischen Informationsraums zu erobern und ihre eigene Medienlandschaft aufzubauen²¹. Die Krim wurde zu einem wichtigen logistischen und infrastrukturellen Sprungbrett für eine groß angelegte Invasion der Ukraine im Jahr 2022. Die Besatzungstruppen waren in der Lage, die Telekommunikationsnetze der Krim zu nutzen, um den Internetverkehr aus anderen Regionen der Ukraine, insbesondere aus den Regionen Cherson und Saporischschja, umzuleiten²².

Was den Informationsraum in den von der Regierung kontrollierten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk betrifft, so war dieser weiterhin stark von prorussischen Narrativen beeinflusst. Obwohl die ukrai-

17 In der Region Cherson sendet das Radio der russischen Besatzungsbehörden auf mindestens 34 Frequenzen. Menschenrechtsgruppe Krim. URL: <https://crimeahrg.org/uk/na-hersonshhini-radio-rosijsko%d1%97-okupaczijno%d1%97-vladi-movit-yak-minimum-na-34-h-radiochastotah/>

18 Im Norden der Krim haben die Besatzungsbehörden einen neuen Sendemast errichtet, um das Signal der ukrainischen FM-Sender zu blockieren. Menschenrechtsgruppe auf der Krim URL: <https://crimeahrg.org/uk/na-pivnochi-krimu-okupaczijna-vlada-obladnala-novu-vezhu-dlya-blokuvannya-signalu-ukra%d1%97nskih-fm-stanczij-2/>

19 Hassreden im Informationsraum der Krim (Forschung). Crimean Human Rights Group. 29.03.2018. URL: <https://crimeahrg.org/ru/yazyik-vrazhdyi-vinformatsionnom-prostranstve-kryima/>

20 Hassrede in Online-Medien, die über die Ereignisse auf der Krim berichten: Informations- und Analysebericht über die Verbreitung von Hassreden in russischsprachigen Online-Medien, die regelmäßig über den bewaffneten Konflikt zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation und die damit verbundenen Ereignisse auf der Krim berichten (Dezember 2020 – Mai 2021) / herausgegeben von I. Sedova und Y. Krylova-Grek. Kyjiw, 2022. 68 S. URL: https://crimeahrg.org/wp-content/uploads/2022/06/mova-vorozhnechi_fin_ua.pdf

21 Bürgermeister von Melitopol: Russische Besatzer bauen in Saporischschja ein Propaganda-TV und einen «Mobilfunkanbieter» auf. Detektor Medien. 16.07.2023. URL: <https://detektor.media/infospace/article/214293/2023-07-16-mer-melitopolya-na-zaporizhzi-rosijski-okupanty-nalagodzhuyut-robotu-propagandystskogo-telebachennya-i-mobilnogo-operatora/>

22 Blockade und Kontrolle des Internets – was in den vorübergehend besetzten Gebieten geschieht. KrymSOS. 31.05.2022. URL: <https://krymsos.com/blokada-ta-kontrol-internetu-shho-vidbuyetsya-na-tymchasovo-okupovanyh-terytoriyah/>

ABSCHNITT 1

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

nischen Behörden Maßnahmen ergriffen, um den russischen Rundfunk in diesen Gebieten zu behindern²³, einschließlich der Installation spezieller Vorrichtungen zur Störung des Signals und des Baus²⁴ von Hochfrequenz-Fernsehtürmen, waren russische Fernsehsender in den meisten Regionen Donezk und Luhansk weiterhin verfügbar, insbesondere über Satellitenschüsseln. Nach und nach wurde Telegram zu einem der wichtigsten Werkzeuge der russischen Propaganda, das bereits den Status des beliebtesten sozialen Netzwerks in der Ukraine und der gefährlichsten Quelle russischer Einflussnahme erlangt hat²⁵.

1.2. Kultur und Religion

Der Einfluss der russischen Kultur auf die ukrainischen Bürger war sehr aktiv und hörte auch nicht auf, als die Ukraine unabhängig wurde. Der zentrale Gedanke der humanitären Politik Russlands war die Idee der «einen Nation», d. h. der Einheit des ukrainischen und des russischen Volkes, allerdings unter dem Gesichtspunkt der Unterlegenheit des ukrainischen Volkes. Die Russische Föderation hielt auch aktiv ihre Präsenz auf dem Gebiet der Ukraine aufrecht, insbesondere auf der Krim.

Russland finanzierte aktiv die Aktivitäten russischer Kulturzentren und «Häuser» auf der Krim. So genehmigte beispielsweise der Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow 2010 den Plan der Moskauer Regierung für gezielte Ausgaben für internationale Pro-

jekte im Jahr 2010. Diesem Plan zufolge sollten 4,5 Millionen Rubel (155 Tausend Dollar) für die Instandhaltung und den Betrieb des Internationalen Kultur- und Geschäftszentrums «Haus Moskaus in Sewastopol» (russisch: «Дом Москвы в Севастополе»), für die Organisation von Veranstaltungen zum Jahrestag der Russischen Revolution); für die Organisation von Veranstaltungen zum 65. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg – 3,8 Millionen Rubel (131 Tausend Dollar); für die Unterstützung von Veteranenorganisationen im Ausland – 1 Million Rubel (34 Tausend Dollar); für die Unterstützung historischer Denkmäler für russische und sowjetische Soldaten im Ausland – 700 Tausend Rubel (24 Tausend Dollar)²⁶.

Im Moskauer Haus in Sewastopol fanden verschiedene kulturelle Veranstaltungen und Konferenzen zur Stärkung der Position Russlands auf der Krim statt (z. B. die wissenschaftliche und praktische Konferenz «Russisch als Sprache der interethnischen Kommunikation» im Jahr 2012)²⁷.

Die Russische Föderation hat auf dem Gebiet der Ukraine, insbesondere auf der Halbinsel Krim, schon lange vor Beginn der Besetzung zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Festivals durchgeführt. So findet beispielsweise seit 2007 jährlich das Internationale Festival der russischen und slawischen Kultur «Großes Russisches Wort» (russisch: «Великое русское слово») auf der Krim statt, mit dem Ziel, «die russische Kultur zu entwickeln, die Stellung der russischen Sprache zu stärk-

23 Russisches TV-Signal in der ATO-Zone blockiert. Detector Media. 19.04.2018. URL: <https://detector.media/infospace/article/136792/2018-04-19-u-zoni-ato-pochaly-blokuvaty-rosiyskyy-telesygnal/>

24 Auf Lugansk Region gebaut 134-Meter-TV-Turm. Korrespondent.net. 04.08.2017. URL: <https://korrespondent.net/ukraine/4000993-na-donetchyne-stroiat-televyshku-dlia-transliatsyi-v-dnr>; In Donetschna bauen einen Fernsehturm für Sendungen an die DNR. Korrespondent.net. 15.08.2018. URL: <https://korrespondent.net/ukraine/4000993-na-donetchyne-stroiat-televyshku-dlia-transliatsyi-v-dnr>

25 Telegramm-Besetzung. Wie Russland ein Mediennetzwerk aufbaute und in einem Potemkinschen Dorf endete. Texty.org.ua. 29.10.2022. URL: <https://texty.org.ua/projects/108016/telehram-okupaciya-yak-rosiya-vybudovuvala-mediamera-zhu-vyjshlo-potomkinske-selo>

26 Über den Plan der internationalen Zielprojekte im Jahr 2010 mit Beteiligung der Moskauer Stadtregierung: Beschluss der Moskauer Stadtregierung Nr. 141-PP vom 16. Februar 2010. URL: https://base.garant.ru/5713197/#block_1000

27 Die Konferenz „Russische Sprache – die Sprache der interethnischen Kommunikation“ hat in Sewastopol begonnen. ForPost News Service. 23.03.2012. URL: <https://sevastopol.su/news/v-sevastopole-nachala-rabotu-konferenciya-russkiy-yazyk-yazyk-mezhnacionalnogo-obshcheniya>

en, die internationale Zusammenarbeit im humanitären Bereich auszubauen²⁸».

Die russische Kulturpolitik gegenüber der Ukraine ist vollständig in die Gesamtstrategie zur Beseitigung der ukrainischen Staatlichkeit integriert. Nicht nur die Medien, sondern auch die Kultur- und Unterhaltungsindustrie werden in großem Umfang für die russische Propaganda genutzt: Kino, Showbusiness, scheinbar unpolitische, «kulturelle» Fernseh- und Radiosendungen usw. Die russische Kulturexpansion gegen die Ukraine wurde in den Jahren der Unabhängigkeit bewusst und hartnäckig betrieben, was durch die Unwirksamkeit der staatlichen humanitären und kulturellen Politik begünstigt wurde²⁹.

Die russische Filmindustrie entwickelte sich aktiv, verbreitete beleidigende Stereotypen über Ukrainer und zeigte Ukrainer als Kriminelle, Wanderarbeiter, kurzsichtige Menschen, die schlecht sprechen, usw.) Die Verbreitung russischer Film- und Fernsehprodukte in der Ukraine war auf die gemeinsame Sprachumgebung zurückzuführen.

Es ist erwähnenswert, dass ein großer Teil der so genannten Dokumentarfilme, die von der Russischen Föderation produziert wurden, offen propagandistisch waren. Beispielsweise verbreitete der Film *Drei Schwestern* als Allegorie über Ukrainer, Russen und Weißrussen im Jahr 2010 das russische Propagandanarrativ über die Dreieinigkeit der Völker der Ukraine, Russlands und Weißrusslands, um Russlands re-

gionale Ambitionen durch Manipulation der Geschichte zu stärken³⁰.

Die UOC-MP war ein separater Kanal für die Verbreitung des russischen Einflusses auf dem Gebiet der Ukraine, einschließlich der derzeit besetzten Gebiete³¹. Die Priester der UOC-MP verurteilten die Besetzung der Krim nicht, sondern segneten stattdessen russische Militärausrüstung. In der Region Donezk gilt die Lawra der Heiligen Dormitio Sviatohirsk (ein UOC-MP-Kloster in Sviatohirsk, Region Donezk) als eines der Zentren für die Verbreitung russischer Narrative. Verschiedenen Berichten zufolge unterstützte das Kloster aktiv den russischen Einmarsch in die Region Donezk im Jahr 2014: Neben der Organisation von Massengebeten zur Unterstützung von Vertretern der bewaffneten Gruppen der DVR nahmen die Hieromönche des Klosters direkt an den Kampfhandlungen auf der Seite der prorussischen paramilitärischen Gruppen teil³².

Trotz der Befreiung der Region, in der sich das Kloster befindet, durch die ukrainischen Streitkräfte im Frühjahr 2014 setzten die Priester des Swjatohirsker Klosters ihre pro-russischen Aktivitäten fort. Der Abt des Klosters, Metropolit Arsenij, unterstützte aktiv den Moskauer Patriarchen Kirill, bezeichnete den Krieg in der Ukraine als Bürgerkrieg und beschuldigte die ukrainischen Truppen, 2014 Sloviansk zu beschließen und die ATO im Donbass im Allgemeinen zu führen. Das Kloster organisierte

28 Das große internationale Festival des russischen Wortes. URL: <https://artvision-center.ru/%D0%BC%D0%B5%D0%B6%D0%B4%D1%83%D0%BD%D0%B0%D1%80%D0%BE%D0%B4%D0%BD%D1%8B%D0%B9-%D1%84%D0%B5%D1%81%D1%82%D0%B8%D0%B2%D0%B0%D0%BB%D1%8C-%D0%B2%D0%B5%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%BE%D0%B5-%D1%80%D1%83%D1%81>

29 «Krim. Krieg: Voraussetzungen für eine russische Aggression». Der Direktor des Nationalen Instituts für Strategische Studien und Akademiemitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Wolodymyr Horbulin, präsentierte analytische Materialien. Nationaler Sicherheits- und Verteidigungsrat, 18.02.2016. URL: <https://www.rnbo.gov.ua/ua/Diialnist/2399.html>

30 Propaganda der „LNR«: halbe Kadaver, Immobilien in Europa und Plotnitsky in der Antarktis. Real Newspaper. 06.06.2017. URL: <https://realgazeta.com.ua/matveev-pt1/>

31 «Kirchliche Annexion». Wie die Krim-Diözesen der UOC-MP an die ROC übergangen, und ob dies der letzte Verlust für die Kirche ist. Krym.Realii. 09.06.2022. URL: <https://ua.krymr.com/a/krym-tserkva-perepidporiadkuvannia-moskovskomu-patriarkhatu/31890688.html>

32 Der SBU untersucht die Aktivitäten von Vertretern der UOC-MP im Donbas zur Unterstützung der russischen Aggression. In der Zeit. 28.03.2018. URL: <https://vchasnoua.com/news/sbu-rozslidue-diyalnist-predstavnikiv-upts-mp-na-donbasi-v-pidtrimsi-rosijskoji-agresiji>

ABSCHNITT 1

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Paraden des «Unsterblichen Regiments» während der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges am 9. Mai, bei denen die Teilnehmer den Opfern des «Bruderkriegs» in der Ukraine gedachten und «für den Frieden beteten»³³.

Die Aktivitäten der Russisch-Orthodoxen Kirche sind mit dem russischen Staat «verschmolzen» und stellen eine Unterstützung für das Besatzungsregime dar³⁴. Schon vor Beginn der Besetzung im Jahr 2014 verurteilten die Kirchenführer der ROC den Euromaidan aktiv in ihren Predigten. Es waren auch die Kirchen der Russisch-Orthodoxen Kirche, die direkt für den Beginn der Besetzung in den Regionen Donezk und Luhansk genutzt wurden (z. B. in der Stadt Sloviansk, Region Donezk).

1.3. Jugendpolitik und Bildung

Im Rahmen ihrer strategischen Ziele, die Kontrolle Russlands über den post-sowjetischen Raum wiederherzustellen, ergriff ihre Führung lange vor Beginn der bewaffneten Aggression im Jahr 2014 eine Reihe gezielter Maßnahmen zur Stärkung des russischen Einflusses in der Ukraine. Gleichzeitig schenkte die russische Seite der ukrainischen Jugend, die als der aktivste Teil der Bevölkerung gilt, besondere Aufmerksamkeit. Die Jugend wurde ermutigt, in Russland zu studieren, an russischen internationalen, gesellschaftspolitischen, sozioökonomischen, wissenschaftlichen, bildungspolitischen und kulturellen Veranstaltungen, Festivals, Konferenzen, Foren, Seminaren, Vorträgen, Sportveranstaltungen, kreativen Wettbewerben und Ausstel-

lungen teilzunehmen (z. B. das jährliche Allrussische Jugendbildungsforum «Seligler»; das jährliche internationale Jugendforum MolGorod; das Jugendsportfestival; die Wettbewerbe «Russisches Lied», «Landsmann des Jahres» und «Landsmann des Jahres» (russ. – «Русская песня», «Соотечественник года»), usw.)

Bildung ist ein entscheidender Faktor bei der Bildung einer politischen Nation, der die Kontinuität des Wissens und die Weitergabe historischer und kultureller Narrative gewährleistet. Das Bildungswesen in den 2014 besetzten Gebieten der Halbinsel Krim sowie der Oblaste Donezk und Luhansk war durch den systemischen Einfluss der Russischen Föderation und die vorherrschende Verwendung der russischen Sprache im Bildungswesen auf allen Ebenen (von der Vorschule bis zur Hochschule) gekennzeichnet.

So wurde in den Jahren der Unabhängigkeit eine aktive Russifizierungspolitik auf der Krim betrieben, insbesondere durch die Einschränkung des Unterrichts in der Staatssprache (Ukrainisch), die Verringerung der Zahl der ukrainischen Bildungseinrichtungen und der Einrichtungen mit ukrainischem Unterricht. Im Jahr 2013 gab es 7 Schulen mit Ukrainisch als Unterrichtssprache, 76 Schulen mit Ukrainisch und Russisch als Unterrichtssprache und 829 Klassen mit Ukrainisch als Unterrichtssprache, mit insgesamt 12.694 Schülern³⁵ im Jahr 2013. Zum Vergleich: In der Region Donezk konnten im Schuljahr 2013/2014 bereits 50,5 Prozent der Schüler auf Ukrainisch und 49,5 Prozent auf Russisch lernen. In Donezk selbst gab es 20 Schulen mit ukrainischem Unterricht,

33 «Wir kämpfen nicht – wir beten». Swjatogorsker Lawraging auf eine Prozession. 6262. Standort der Mista Slov'yanska. 09.05.2017. URL: <https://www.6262.com.ua/news/1646745/my-ne-boremsa-my-molimsa-svatogorskaa-lavra-vysla-na-krestnyj-hod>

34 Die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche im Krieg gegen die Ukraine. BBC Ukraine. 24.11.2024. URL: <https://www.bbc.com/ukrainian/articles/c7519y16dl3o>

35 «Krim-Szenario 2.0»: Wie die Russische Föderation die ukrainische Identität der Kinder in den besetzten Gebieten zerstört. Analytischer Bericht / M. Sulyalina, O. Shapoval. Kyjiw: Almenda, 2024. S. 9. URL: <https://almenda.org/wp-content/uploads/2025/01/Crimean-Scenario-web-1.pdf>

74 Schulen mit russischem Unterricht und 56 zweisprachige Schulen, in denen 29 Prozent der Schüler auf Ukrainisch und 71 Prozent auf Russisch lernten³⁶.

Im Hoheitsgebiet der Ukraine, insbesondere auf der Halbinsel Krim, gab es vor der Besetzung des Gebiets im Jahr 2014 mehrere Niederlassungen russischer Bildungseinrichtungen, nämlich: Staatliche Lomonossow-Universität Moskau, Humanitäre Gewerkschaftsuniversität St. Petersburg, Staatliche Industrieuniversität Moskau, Staatliche Technologische Akademie für Baumaterialien Belgorod, Moderne Humanitäre Akademie und andere. Das Krim-Zentrum für Fernunterricht der Staatlichen Industrieuniversität Moskau und das Krim-Kosaken-Kadettenkorps, eine private Bildungseinrichtung, waren ebenfalls auf der Krim tätig.³⁷

Darüber hinaus gibt es in Sewastopol seit 1998 eine Schule Nr. 8 des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, die nach dem 850-jährigen Jubiläum Moskaus benannt ist und hauptsächlich von Kindern von Militärangehörigen und zivilem Personal der russischen Marine besucht wird. Die Schule wurde auf der Grundlage des russischen Bildungsprogramms eingerichtet³⁸.

Tatsächlich wurden prorussische Narrative in die Lehrpläne ukrainischer Bildungseinrichtungen integriert, und ukrainische Studenten, Lehrer und Wissenschaftler wurden in Russland ausgebildet.

Die Russische Föderation nutzte verschiedene Wege, um die ukrainische Jugend zu beeinflussen: Beteiligung am Studium in Russland, Beeinflussung junger Menschen über russische soziale Netzwerke, Organ-

isation von Militärsportspielen, Entwicklung von Computerspielen, insbesondere zu historischen Themen, die verschiedene Formen der Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland beinhalten, usw.³⁹.

Diese Aktivitäten werden sowohl regelmäßig als auch durch Prämien für die Teilnahme an kulturellen und sportlichen Massenveranstaltungen, Stipendien, Lizenzgebühren für Veröffentlichungen und Sponsoring durch private Unternehmen finanziert. So wurden beispielsweise die Haushaltsmittel für die von Rossotrudnichestvo geplanten Aktivitäten für die Arbeit mit jungen Menschen aus den GUS-Ländern im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 um 413 Mio. RUB (13,8 Mio. USD) erhöht. Von diesem Betrag wurden mehr als 250 Mio. RUB (8,3 Mio. USD) für die Arbeit mit Vertretern der Ukraine bereitgestellt. Die Finanzierung wurde auf der Grundlage der Anzahl der eingeladenen jungen Menschen geplant. Im Jahr 2013 nahmen 650 Personen an einigen Rossotruda-Veranstaltungen teil (250-300 Personen aus der Ukraine), für 2014 war geplant, bis zu 1.000 Personen einzuladen (450-500 Personen aus der Ukraine) und für 2015 – 1.500 Personen (bis zu 950-1.000 Personen aus der Ukraine).

Vor der bewaffneten Aggression verstärkte die Russische Föderation also ihren Einfluss auf die Ukraine, um die ukrainische Bevölkerung zu einer positiven Haltung gegenüber Russland zu bewegen. Um dies zu erreichen, bediente sich die russische Seite verschiedener Formen und Methoden der Einflussnahme, wobei der ukrainischen Jugend als dem aktivsten und produktivsten Teil der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

36 Schulung unter Beschuss. Wie Donezk gewaltsam «russifiziert» wird. Radio Liberty. 17.12.2014.. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/26749027.html>

37 Russland gegen die Ukraine (1990-2016): von der Politik der Erpressung und des Zwangs zum Absorptionskrieg und den Versuchen der Zerstörung. Kyjiw: MP Lesya, 2017. S. 293.

38 Russisch, Moskau! Die Schule Nr. 8 des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation feiert ihr Jubiläum. ForPost. 21.09.2013. URL: <https://archive.ph/Y8f1P#selection-361.0-361.92>

39 Call of Duty im Donbas: Wie der Krieg in der Ukraine in Computerspielen dargestellt wird. Die Krim. Realitäten. 30.10.2019. URL: <https://ua.krymr.com/a/viy-na-v-ukraini-v-kompyuternykh-ihrahkh/30244615.html>

ABSCHNITT 1

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

1.4. Politische Bewegungen und Parteien. Öffentliche Vereinigungen

Russland hatte auch einen erheblichen Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Leben in der Ukraine. Pro-russische Narrative wurden durch kontrollierte politische Parteien verbreitet, ebenso wie die Position, dass es keine Alternative zum gemeinsamen Entwicklungsweg der Ukraine mit Russland gebe und dass die Integrationsprozesse zwischen den Ländern verstärkt werden sollten.

Bei den öffentlichen Verbänden ist ein deutlicher Trend zur Gründung und/oder Unterstützung verschiedener Jagdorganisationen, Kosakenorganisationen (Kuban-Kosaken, Domkosaken usw.), öffentlicher Organisationen von Veteranen der Strafverfolgungsbehörden, der Sonderdienste und des Militärs festzustellen, die aktiv mit ähnlichen Strukturen in der ehemaligen Sowjetunion interagierten und deren Mitglieder später die personelle Basis für Kommandanturen während der Besetzung bildeten.

Seit vielen Jahren bildet die Russische Föderation, insbesondere über die Agentur Rossotrudnischestvo, prorussische NRO und Bewegungen in der Ukraine und unterstützt sie finanziell, darunter den Allukrainischen Koordinierungsrat der russischen Landsleute, den Kongress der Zivilinitiativen, die Russische Einheit, die Russische Gemeinschaft der Krim, die Slawische Garde, die Ukrainische Wahl, Südost (russisch: Юго-Восток). – «Allukrainischer Koordinationsrat der russischen Landsleute», «Kongress der Bürgerinitiativen», «Russische Einheit», «Russische Gemeinschaft der Krim», «Slawische Garde», «Ukrainische Wahl», «Süd-

Ost») usw. Diese Bewegungen spielten eine wichtige Rolle bei der Besetzung und versuchten Annexion eines Teils der Ukraine.

Gleichzeitig war die Präsenz offen prorussischer Kräfte in den lokalen Behörden nicht sehr hoch. So waren beispielsweise in der Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim, die insgesamt 100 Sitze hat, zu Beginn der Besetzung nur drei Abgeordnete der Russischen Einheit (russisch: «Русское Единство»)⁴⁰ – der einzigen offen prorussischen Partei – vertreten (ihr Vorsitzender, Sergej Aksjonow, wurde von Russland unmittelbar nach der Besetzung der Halbinsel zum «Oberhaupt der Republik»⁴¹ ernannt). Daher war der Einsatz der russischen Streitkräfte für die Besetzung der Gebiete von entscheidender Bedeutung, trotz des bedeutenden Einflusses der Soft Power.

Die Russische Föderation unterstützte auch Organisationen wie den Bikerclub Night Wolves mit Haushaltsmitteln. Ihre Mitglieder gehörten zu den sogenannten Krim-Selbstverteidigungseinheiten, die bei den Ereignissen auf der Krim im Februar 2014 eine aktive Rolle spielten. Während der Besetzung der Krim erschienen sie mit russischen Fahnen auf der Halbinsel und schüchterten Menschen ein, die sich der russischen Invasion widersetzen.⁴²

Vor Beginn der bewaffneten Aggression Russlands kam es in der Ukraine (vor allem in der Autonomen Republik Krim) zu einer spürbaren Intensivierung der Aktivitäten russischer Organisationen (sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher), die sich für die Förderung der russischen Ideologie im postsowjetischen Raum einsetzen. Die wichtigsten dieser Organisationen sind die Föderale Agentur «Rossotrudnitschestwo» und die Stiftung «Russische Welt» (russisch: «Русский мир»). Darüber hinaus wurden

40 Liste der Abgeordneten der Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim der VI. Einberufung (2010 – 2014). URL: http://crimea.gov.ru/o_gossovete/sozyvy/6_sozyv

41 Aksjonow zum „Oberhaupt« der Krim gewählt. Radio Liberty. 09.10.2014. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/26628614.html>

42 Donbas und Krim: der Preis der Rückkehr: eine Monographie / herausgegeben von V. P. Horbulin, O. S. Vlasjuk, E. M. Libanova, O. M. Liashenko. Kyiv: NISS, 2015. S. 92, 233.

**MIT WELCHEN MITTELN BESETZT UND
UNTERJOCHT RUSSLAND DIE BEVÖLKERUNG
IN DEN VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE?**

auf dem Territorium der Ukraine neue ideologische Einrichtungen geschaffen, wie z.B. das «Русский центр» («Russisches Zentrum»), das in der Lazarev-Marinebibliothek in Sewastopol angesiedelt ist und von seinem Leiter direkt als «die Vertretung der russischen Welt in der Stadt des russischen Marine-Ruhmes, Sewastopol»⁴³ bezeichnet wird. Gleichzeitig war der Hauptkoordinator der Maßnahmen zur Verbesserung des Systems der «Soft Power» in der Ukraine das Institut der GUS-Länder, das 2013 besonders aktiv wurde.

Das Hauptziel solcher Veranstaltungen ist es, eine positive Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Vertiefung der Beziehungen zu Russland und zur Teilnahme an russischen Integrationsprojekten im post-sowjetischen Raum zu erreichen.

Die obige Liste der Bereiche, in denen die Russische Föderation vor der bewaffneten Aggression Einfluss auf die Ukraine ausübte, ist nicht erschöpfend. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch den Fragen der Bevölkerungspolitik (Umsiedlung russischer Bürger, vor allem pensionierter Soldaten der russischen Schwarzmeerflotte, in das Gebiet der Ukraine) und der Passportisierung mit russischen Dokumenten gewidmet werden, die lange vor der direkten Besetzung eines Teils der Ukraine begann. All diese Faktoren müssen jedoch weiter untersucht und analysiert werden, um daraus Lehren für unser Land und für die Nachbarländer zu ziehen, in denen Russland bereits bestimmte Maßnahmen durchführt, die im Folgenden erläutert werden.

43 «...eine Repräsentation der russischen Welt in der Stadt des russischen Marine-Ruhmes, Sewastopol». «Das Russische Zentrum in Sewastopol: 86. in der Welt, 9. in der Ukraine und besonders zweckmäßig». Krim-Echo. 01.09.2012. URL: <https://kr-eho.livejournal.com/136347.html>

ABSCHNITT 2

**Der Einsatz von groben
Menschenrechtsverletzungen
zur Unterwerfung der
Zivilbevölkerung
(von der Gebietseroberung
bis zur Machtübernahme)**

Der Einsatz von groben Menschenrechtsverletzungen zur Unterwerfung der Zivilbevölkerung (von der Gebietseroberung bis zur Machtübernahme)

Die Inbesitznahme ukrainischer Gebiete durch die Russische Föderation im Jahr 2014 und 2022 erfolgte unter verschiedenen Szenarien, wofür es eine Reihe von Gründen gibt: von der politischen Krise in der Ukraine infolge der Flucht des ehemaligen Präsidenten bis hin zur Fähigkeit der Russischen Föderation, in der Ukraine ungehindert eine aktive Politik der «Soft Power» zu betreiben und ihren Einfluss ins den Bereichen Information, Politik, Kultur, Bildung usw. jahrelang auszubauen. Unter Ausnutzung der durch diese Einflüsse bedingten Verwundbarkeit der Ukraine und unter bewusster Verschleierung des Ausbruchs einer bewaffneten Aggression mit dem Narrativ der «Selbstbestimmung der Bevölkerung», unter Einsatz des eigenen Militärs ohne Insignien oder sogar unter dem Deckmantel von Zivilisten, besetzte Russland die Halbinsel Krim. Zur gleichen Zeit wurde in den östlichen Gebieten der Ukraine ein anderes Szenario angewandt: Trotz der tatsächlichen Beteiligung der russischen Streitkräfte an den Feindseligkeiten und der Kontrolle über die Personen, die später leitende Positionen in den Besatzungsbehörden einnahmen, versuchte die Russische Föderation, eher ihre «Unterstützung» als ihre direkte Kontrolle über diese Gebiete zu demonstrieren, indem sie die «unabhängigen» Entitäten und deren «Unabhängigkeit» anerkannte.

Im Jahr 2022 wählte die Russische Föderation ein anderes Szenario und versteckte ihre bewaffnete Aggression nicht direkt.

Der Widerstand der lokalen Bevölkerung in den von der Russischen Föderation besetzten Gebieten fand sowohl im Jahr 2014 als auch im Jahr 2022 statt. Der größte Unterschied war das Gefühl der Unterstützung und die Fähigkeit, sich auf staatliche Strukturen zu verlassen, wenn man sich zum Widerstand entschloss. Mit einer klaren und eindeutigen staatlichen Position zur Tatsache der russischen Aggression und der Notwendigkeit, sich der russischen Offensive zu widersetzen, hatte die lokale Bevölkerung mehr Vertrauen in die Möglichkeit und den Erfolg ihres eigenen lokalen Widerstands.

Es ist wahrscheinlich, dass die verstärkte Anwendung von Gewalt durch die russische Armee zur schnellen Unterwerfung der Bevölkerung auf diese Überlegungen zurückzuführen ist: Angesichts des staatlichen Widerstands und des Widerstands auf lokaler Ebene, der sich zu einem dauerhaften Widerstand ausweiten konnte, wählte die Russische Föderation Methoden zur brutalen Unterdrückung jeglicher Manifestationen von Illoyalität. Zu diesem Zweck bediente sich Russland grober Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte.

«Wir versammelten uns um 12 Uhr mittags auf dem zentralen Platz, sangen die Nationalhymne und lasen Berichte von der Front. Dann wurde eine Kolonne gebildet, und die Kolonne marschierte durch die Stadt mit Slogans wie «Besetzer, geht

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

weg» und so weiter und so fort. Und dann, nachdem der Bürgermeister verhaftet worden war, als es eine Kundgebung in der Nähe der ehemaligen Bezirksverwaltung gab, nahmen sie die Organisatorin fest, nun ja, sie hielten sie etwa drei Tage lang fest, ließen sie dann frei und nahmen mehrere Aktivisten mit. Danach begannen sie, an den Versammlungsorten Patrouillen zu postieren, und mehrere Aktivisten schnappten sich ihre Jungen und Mädchen, nahmen ihre Handys, setzten sie in Autos, brachten sie aus der Stadt, etwa 10-15 Kilometer weit weg auf ein Feld, warfen sie aus den Autos, das war Prävention, das war Prävention. Und das ist alles, und dann haben sie aufgehört, weil sie angefangen haben, Patrouillen aufzustellen, und wir haben vor den Patrouillen gewarnt, und da waren diese Autos der russischen Garde, so etwas wie ein Auto, versteckt in den Höfen, und da waren auch diese FSB- und russischen Garde-Offiziere versteckt, also haben sie gesagt: «Ja, wir stoppen alle diese Aktionen.»⁴⁴

Seit den ersten Tagen des russischen Einmarsches in der Ukraine sind zahlreiche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zu verzeichnen. Wahlloser Beschuss, gezielte Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte, illegale Verhaftungen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen waren in den Gebieten, in die russische Truppen vorrückten, und in den nach dem 24. Februar 2022 eroberten Gebieten an der Tagesordnung. Die von der Russischen Föderation in dieser Phase begangenen Verstöße waren kein Zufall, keine Nachlässigkeit und kein Exzess des Täters. Sie fanden an mehreren Orten und in verschiedenen Regionen der Ukraine statt – in den Regionen Kyjiw und Tschernihiw, sowie in den Regionen Cherson, Charkiw und Donezk. An all diesen Orten gab es verschiedene

russische Einheiten, die jedoch von einem einzigen Ziel und einer einzigen Methode zur Erreichung dieses Ziels geleitet wurden. Die Übergriffe zielten darauf ab, die Gebiete so schnell wie möglich unter russische Kontrolle zu bringen, koste es, was es wolle, und die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern sowie jegliche Äußerungen von Illoyalität und Versuche, sich gegen eine weitere russische Besetzung zu wehren, zu unterdrücken. Die Gewalt war wahllos, aber systematisch, um in diesen Gebieten eine Atmosphäre der Angst um das eigene Leben und die eigene Sicherheit zu schaffen, in der es keinen Raum für die Sorge um weniger grundlegende Bedürfnisse gibt.

Mit der Etablierung eines gewissen Maßes an Kontrolle über die besetzten Gebiete nahm das Ausmaß der Gewalt nicht ab, sondern änderte sich nur in ihrer Art. Mit dem Erreichen des ersten Ziels – der tatsächlichen physischen Inbesitznahme der Gebiete – gingen die russischen Vertreter dazu über, diese zu unterwerfen und die Kontrolle über die Bevölkerung herzustellen. Die Gewalt wurde von der Beschießung und vollständigen Zerstörung von Siedlungen und Infrastruktur auf gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung umgestellt, um jeglichen Widerstand gegen die Besetzung zu unterdrücken. Bei diesen Aktionen wurden bestimmte Bevölkerungsgruppen, auf die die Gewalt abzielte, viel deutlicher identifiziert, da es die Vertreter dieser Gruppen waren, die nach Ansicht der Russischen Föderation den größten Einfluss auf die Stimmung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten haben konnten. Illegale Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und andere Verstöße richteten sich gegen ehemalige Militärangehörige, darunter Teilnehmer der ATO, Beamte der Strafverfolgungsbehörden, Aktivisten und Freiwillige, zivilgesellschaftliche Aktivisten,

⁴⁴ Hier und im weiteren Text sind Zitate aus Interviews enthalten, die von Experten des Sekretariats des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments geführt wurden. Die Sprache des Befragten wurde so weit wie möglich beibehalten. Interview mit einem Bewohner der Region Saporischschja.

Journalisten und lokale Behörden. Der Kreis der Zivilisten, die in die Kategorie der Gefährdeten fielen, blieb so groß wie möglich – russische Vertreter sahen jede noch so kleine Äußerung von Patriotismus und Unterstützung für die Ukraine als Widerstand gegen die Besetzung an und unterdrückten diese Äußerungen mit Gewalt. Sie dienten auch als Warnung und eine gewisse «abschreckende Wirkung» für andere – alles, was als Nichtunterstützung oder Ungehorsam gegenüber den russischen Behörden aufgefasst werden könnte, würde Konsequenzen haben.

Die Frage der Abgrenzung zwischen der Errichtung der Autorität über das besetzte Gebiet (Besatzungsregime) und der Ausdehnung des Rechtsregimes und der Politik der Russischen Föderation auf dieses Gebiet (Versuche, die Gebiete zu annektieren und unrechtmäßig in die eigene Verfassung einzugliedern) ist ein komplexes Thema. Ohne für jede der VBGs im Rahmen dieser Studie einen spezifischen Punkt festlegen zu wollen, orientieren sich Abschnitt 2 (über die Beschlagnahme von Gebieten) und Abschnitt 3 (über die Umsetzung von Politiken) an der folgenden Logik. Der EGMR hat in seinen Urteilen in der Rechtssache Ukraine/Russland (betreffend die Krim) (Nr. 20958/14 und Nr. 38334/18)⁴⁵ festgestellt, dass das Gebiet der Halbinsel Krim seit mindestens 27. Februar 2014 (d. h. vor dem sogenannten «Referendum») unter der Kontrolle der Russischen Föderation steht. In einem weiteren Urteil in der Rechtssache Ukraine und Niederlande/Russland (Nr. 8019/16, Nr.

43800/14 und Nr. 28525/20)⁴⁶ wurde festgestellt, dass sich die betreffenden Gebiete in der Ostukraine seit dem 11. Mai 2014 unter der Kontrolle der Russischen Föderation befinden. Für die Zwecke dieser Studie wird der Zeitraum, in dem die Kontrolle über die VBG der Krim, die Regionen Donezk und Luhansk hergestellt wurde, und die Anerkennung der Gebiete in der Ostukraine als «unabhängig» durch die Russische Föderation als der Zeitraum betrachtet, in dem diese Gebiete unter russischer Besatzung standen. Gleichzeitig wurde das Rechtssystem der Russischen Föderation fast sofort illegal auf VBG der Krim ausgedehnt, während die Besatzungsbehörden in den VBG der Regionen Donezk und Luhansk von 2014 bis 2022 russische Praktiken und Rechtsvorschriften kopierten, ohne diese Gebiete und Regierungssysteme offiziell in die Russische Föderation aufzunehmen.

Die Abhaltung illegaler Referenden in den Regionen VBG der Krim (2014), Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson (2022), ihre illegale Eingliederung in die Russische Föderation und die Ausdehnung des russischen Rechtssystems auf sie sowie die Eingliederung der Besatzungsbehörden in die russische Staatsstruktur werden in dieser Studie als Beginn der Umsetzung der russischen Politik in diesen Gebieten betrachtet. Dementsprechend werden die Gebiete, die zwar unter russischer Kontrolle standen, aber nicht dem russischen Rechts- und Politiksystem unterworfen waren (Region Charkiw, Region Kyjiw usw.), nur in Abschnitt 2 behandelt.

45 Case of Ukraine v. Russia (Re Crimea) (Applications nos. 20958/14 and 38334/18). HUDOC-Datenbank zur Rechtsprechung des EGMR. 25.06.2024. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-235139>; Rechtssache Nr. 20958/14 und Nr. 38334/18, Ukraine gegen Russland (betreffend die Krim). Website des Virtuellen Museums der russischen Aggression. URL: <https://rusaggression.gov.ua/ua/sprava-ukraina-proty-rosii-shchodo-krymu-za--2095814-ta--3833418-0cff9808a21c12019f8f5c3357383f40.html>

46 Case of Ukraine and the Netherlands v. Russia (Applications nos. 8019/16, 43800/14 and 28525/20). HUDOC-Datenbank zur Rechtsprechung des EGMR. 30.11.2022. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/fre?i=001-222889>

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

2.1. Wahlloser Beschuss und gezielter Angriff auf zivile Objekte. Einsatz von menschlichen Schutzschilden

Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die zivile Infrastruktur und wahllose Angriffe, bei denen der Schaden, der der Zivilbevölkerung zugefügt werden könnte, nicht berücksichtigt wurde, wurden zu einem der ersten Instrumente der russischen Invasion, da sie nicht die vorherige Herstellung der Kontrolle über das Gebiet erforderten. Angriffe auf Verwaltungsgebäude durch nicht gekennzeichnete russische Militärangehörige sowie die weit verbreitete Praxis, Zivilisten zur Beschlagnahme militärischer Einrichtungen einzusetzen, wurden von Russland während der Besetzung der Halbinsel Krim im Jahr 2014⁴⁷ in großem Umfang eingesetzt. Der Beschuss des Entbindungsheims Nr. 3 und eines Krankenhauses in Mariupol⁴⁸, der Luftangriff auf das Schauspielhaus von Mariupol⁴⁹, der wiederholte Beschuss von Wohngebieten in Tschernihiw⁵⁰ und der Verteilungspunkt für humanitäre Hilfe in Charkiw⁵¹ nach Beginn der umfassenden Invasion waren nicht von militärischen Zielen bestimmt. Der Status dieser Objekte als zivile Einrichtungen und die Tatsache, dass sich dort eine große Anzahl von Zivilisten aufhielt, wurden nicht verschwiegen.

Die Angriffe auf diese Einrichtungen und die zivilen Opfer waren für die russischen Vertreter ein erwartetes und erwünschtes Ergebnis, eine «Strafe» für Ungehorsam und eine Warnung, dass dieselben Angriffe fortgesetzt würden, wenn das Gebiet nicht eingenommen würde.

Darüber hinaus war der Beschuss das erste Mittel, um Siedlungen durch Einschüchterung einzunehmen und der lokalen Bevölkerung den Zugang zu den Grundbedürfnissen zu verwehren. So verlor die lokale Bevölkerung infolge des russischen Beschusses von Mariupol im Februar/März 2022 den Zugang zu den Grundbedürfnissen: Strom, Heizung, Kommunikation und später auch die Gasversorgung fielen weg. Eine ähnliche Situation mit dem Verlust der Gasversorgung, des Trinkwassers und der Elektrizität als Folge der russischen Maßnahmen trat im März 2022⁵² in der Region Cherson auf. In Mariupol kamen die Menschen auf der Suche nach Nahrung und Wasser aus den Unterkünften und wurden durch den Beschuss getötet.⁵³

«Nun, die ersten beiden Tage hatten wir Strom. Am zweiten Tag war es dann vorbei. Es gab kein Gas, kein Wasser. Wir hatten nichts. Es gab keine Handy-Verbindung, nichts. Einer der Männer ist verhungert, er saß direkt auf der Bank und ist gestor-

47 Die Studie „Besatzung der Krim. Keine Zeichen, keine Namen, Verstecken hinter Zivilisten«. UHHRU, RCHR. 2019. URL: https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2020/01/Web_Okupation_Crimea_ukr_A4.pdf

48 Drei Tote in Mariupol durch Luftangriff auf Kinderkrankenhaus – Stadtrat. Radio Liberty. 10.03.2022. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/news-mariupol-zahybli/31746083.html>

49 Der Angriff auf das Schauspielhaus von Mariupol: Wie es geschah. Die Überlebenden sprechen. MIPL. 16.03.2023. URL: <https://mipl.org.ua/ataka-na-mariupolskyj-dramteatr-yak-cze-bulo-govoryat-ti-hto-vyzhyv/>

50 Ukraine: Russische Angriffe töten Dutzende von Zivilisten in Tschernihiw. Human Rights Watch. 10.06.2022. URL: <https://www.hrw.org/uk/news/2022/06/10/ukraine-russian-strikes-killed-scores-civilians-chernihiv>; Chronologie der Ereignisse in Tschernihiw und der Region Tschernihiw während des russisch-ukrainischen Krieges vom 24. Februar bis 24. Juni 2022. Menschenrechtsbildungszentrum in Tschernihiw. 24.06.2022. URL: <https://ehrh.org/hronologiya-podij-u-chernigovi-tschernigivskij-oblasti-pid-chas-rosijsko-ukrayinskoyi-vijny-24-lyutogo-24-cherwnya-2022-roku/>

51 In Charkiw beschießt Russland eine humanitäre Hilfsstation: 6 Tote, 15 Verletzte. Suspilne Kharkiv. 24.03.2022. URL: <https://suspilne.media/kharkiv/221135-u-harkovi-rf-obstrilala-punkt-gumdopomogi-6-zagiblih-15-poranenih/>

52 Mehr als 70 Siedlungen ohne Strom, keine Medikamente mehr: Wie ist die Lage in den Rayons des Gebiets Cherson? Suspilne Kherson. 19.03.2022. URL: <https://suspilne.media/kherson/219360-ponad-70-naselenih-punktiv-bez-elektroenergii-zakincuutsa-liki-aka-situacia-v-rajonah-hersonsini/>

53 Abschiebung ukrainischer Bürger in das Gebiet der Russischen Föderation: Anzeichen und Kontext. ZMINA. April 2023. S. 8, 19-20. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/05/deport_people_web.pdf; Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine, 27. Februar bis 31. März 2023, Absatz 27. URL: https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A_HRC_52_62_UA.pdf

ben. Denn wir hatten auch nichts zu essen. In den ersten Tagen, wenn man bedenkt, dass unsere Fenster und Türen herausgesprengt wurden, hatte jeder etwas zu essen zu Hause. Wir hatten auch Kartoffeln zu Hause, und das war's. Alles war gefroren. Nachts war es eiskalt, oder noch schlimmer, der März war ein Monat, Tag und Nacht, 7-8 Grad unter Null, kein Schnee, der Wind hat alles weggeweht, es gab nichts zu essen. Gut, ja, die ersten sechs Monate war es noch möglich, wenn man das herausgenommen hat, was im Kühlschrank war, aber dann gab es nichts mehr, es gab kein Wasser, kein Brot, ich spreche nicht von Fleischprodukten, aber ich habe sogar welche herausgenommen, wir haben davon geträumt.»⁵⁴

Um ihre Streitkräfte zu schützen und einen wirksamen Widerstand der ukrainischen Seite zu verhindern, bedienten sich die russischen Vertreter der Praxis der «menschlichen Schutzschilde».⁵⁵ Das russische Militär wurde zusammen mit militärischer Ausrüstung in Wohngebieten in der Nähe von zivilen Objekten stationiert, um die Möglichkeit eines Angriffs auf diese zu verringern. Gleichzeitig schränkten sie die Möglichkeiten der Zivilisten ein, diese Gebiete zu verlassen, und zwangen sie, in ihren Häusern zu bleiben, was sie in Gefahr brachte.⁵⁶ Diese Praxis wurde von der Russischen Föderation seit Beginn der bewaffneten Aggression aktiv angewandt – bei der Einnahme militärischer Einrichtungen auf der Krim im Jahr 2014 wurden Zivilisten als menschliche Schutzschilde eingesetzt. Darüber hinaus gab es aktive Propaganda, die darauf abzielte, die Zivilbevölkerung zur aktiven

Teilnahme an den Ereignissen anzustacheln, einschließlich der Beschlagnahme des südlichen Marinestützpunkts der ukrainischen Marine, der Beschlagnahme des Hauptquartiers der ukrainischen Marine in Sewastopol, der Beschlagnahme der nach Olexandr Pokryshkin benannten 204. In allen Fällen waren bei den Beschlagnahmungen Zivilisten, darunter auch Kinder, anwesend, und in vielen Fällen waren es vor allem Zivilisten, die die Beschlagnahmungen durchführten, während «Kosaken», Vertreter der «Krim-Selbstverteidigung» sowie russisches Militärpersonal zurückblieben.⁵⁷ Diese Taktik wurde von der Russischen Föderation nach dem Beginn der bewaffneten Aggression im Jahr 2022 angewandt.

«Es war sehr beängstigend, vor meinem Haus, genau vor meinem Haus, hatte ich eine Plattform für ein Auto, sie hielten die Hagelkörner dort an und beschossen Charkiw direkt von meinem Haus aus.»⁵⁸

2.2. Beschränkungen für das Verlassen der besetzten Gebiete, Beschränkungen für die Lieferung humanitärer Hilfe

Eines der Mittel zur Kontrolle der lokalen Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über das beschlagnahmte Gebiet war die Einschränkung der Möglichkeit, das Gebiet zu verlassen. Diese Praxis war im Jahr 2014 weit verbreitet. Der erste Schritt war die willkürliche Beschränkung der Ein- und Ausreise in das bzw. aus dem Hoheitsgebiet der Krim.

54 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Donezk.

55 Siehe die Bestimmungen von Art. 8(b) xxiii „Nutzung der Anwesenheit einer Zivilperson oder einer anderen geschützten Person zum Schutz bestimmter Punkte, Gebiete oder Streitkräfte vor militärischen Operationen« des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 21. August 2024. URL: https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/995_588#Text

56 Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine. 18.10.2022. URL: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-10/A-77-533-AUV-UA.pdf>

57 Besetzung der Krim: „Keine Zeichen, kein Name, versteckt hinter Zivilisten«. UHHRU. 2019. URL: https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2020/01/Web_Okupation_Crimea_ukr_A4.pdf

58 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Charkiw.

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Diese Aufgabe übernahmen insbesondere ehemalige Angehörige der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der Berkut-Einheit, die der Russischen Föderation die Treue geschworen hatten. Ohne dazu befugt zu sein, organisierten sie Kontrollen an «Checkpoints», inspizierten Fahrzeuge, überprüften Dokumente und hinderten internationale Beobachter, Journalisten, Strafverfolgungsbeamte und Militäranghörige daran, die Halbinsel zu betreten.⁵⁹ Darüber hinaus wurden an diesen Kontrollpunkten Maidan-Aktivisten und Journalisten rechtswidrig festgenommen und dem russischen Militär übergeben, nachdem sie wegen ihrer patriotischen Ansichten und Überzeugungen misshandelt worden waren.⁶⁰

Später, auch ohne den Kontext aktiver Feindseligkeiten, verhängten Vertreter der Russischen Föderation Beschränkungen der Freizügigkeit von Personen aus dem oder in das Gebiet der besetzten Krim in Übereinstimmung mit der illegal verbreiteten russischen Migrationsgesetzgebung (insbesondere unter Bezugnahme auf das Vorhandensein der russischen Staatsbürgerschaft und in Ermangelung eines russischen Passes die Anforderung an ukrainische Bürger, Dokumente für Ausländer zu erhalten, die ihnen den Aufenthalt im Ge-

biet der Russischen Föderation erlauben)⁶¹. Maßnahmen der Russischen Föderation zur Einschränkung der Freizügigkeit ukrainischer Bürger im Zusammenhang mit der Krim wurden vom EGMR als Verstoß gegen das Recht auf Freizügigkeit anerkannt.⁶²

Die Besatzungsbehörden nutzten die Situation im Zusammenhang mit der Ausbreitung von COVID-19 auch als formalen Vorwand, um die Bewegungsfreiheit der lokalen Bevölkerung an den Kontrollpunkten einzuschränken (Schließung der Kontrollpunkte), die Arbeit der internationalen humanitären Organisationen zu erschweren und zusätzliche Spionageabwehrmaßnahmen gegen Personen durchzuführen, die den Kontrollpunkt überqueren.⁶³

Nach der vollständigen Invasion schossen russische Vertreter auf Evakuierungskonvois,⁶⁴ selbst nachdem Vereinbarungen über deren Organisation getroffen worden waren und schossen auf Zivilisten, die versuchten, auf eigene Faust zu evakuieren.⁶⁵

Ein weiterer Ausdruck dieses Verstoßes war das Verbot, die Siedlung auch innerhalb des von Vertretern der Russischen Föderation kontrollierten Gebiets zu verlassen, insbesondere wenn dies aus humanitären oder lebenswichtigen Gründen – Zugang zu medizinischer Versorgung oder Medikamenten – erforderlich war.⁶⁶

59 Ivanova K. Maidan-Fälle. Berkut-Offiziere, die Aktivisten verhöhnt haben, werden verdächtigt. Glavkom. 23.05.2024. URL: <https://glavkom.ua/country/criminal/spravi-majdanu-spivrobotniki-berkutu-jaki-znushchalisja-z-aktivistiv-otrimali-pidozri-1001976.html>

60 Der Fall der Berkut-Offiziere, die bei der Besetzung der Krim geholfen haben, wurde an das Gericht weitergeleitet – SBI. Hromadske. 28.06.2024. URL: <https://hromadske.ua/suspilstvo/226829-spravu-berkutivtsiv-iaki-dopomahaly-okupuvat-krym-peredaly-do-sudu-dbr>

61 «Halbinsel der Angst»: fünf Jahre Unfreiheit auf der Krim / herausgegeben von O. Skrypnyk. Dritte, korrigierte und ergänzte Auflage. Kyiv: Paperoviy Zmiy-OPT, 2019. S. 115-117. URL: https://crimeahrg.org/wp-content/uploads/2019/06/Peninsula-Fear_2019-RU.pdf

62 Ukraine v. Russia (re Crimea) [GC], Judgment 25.6.2024 [GC], June 2024. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22%3A%5B%5C%22002-14347%22%5D%7D>

63 Nach Angaben des Verteidigungsnachrichtendienstes der Ukraine auf Anfrage des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments.

64 Abschiebung ukrainischer Bürger in das Gebiet der Russischen Föderation: Anzeichen und Kontext. ZMINA. April 2023. S. 16. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/05/deport_people_web.pdf

65 Tötung von Zivilisten: Willkürliche Hinrichtungen und Angriffe auf einzelne Zivilisten in den Regionen Kyjiw, Tschernihiw und Sumy im Zusammenhang mit dem bewaffneten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine, 24. Februar bis 31. Oktober 2022. OHCHR. Dezember 2022. П. 64-68. URL: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/ukraine/2022/2022-12-07-OHCHR-Thematic-Report-Killings-UKR.pdf>

66 Bericht über die Menschenrechtsslage in der Ukraine, 1. August 2022 – 31. Januar 2023. OHCHR. Oktober 2023. П. 74. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

Die Bereitstellung humanitärer Hilfe wurde auch zu einem Mittel der Kontrolle und Prüfung der Loyalität der lokalen Bevölkerung gegenüber den russischen Vertretern. Durch die Einschränkung der Lieferung humanitärer Güter durch die Ukraine und internationale Organisationen, die Inhaftierung von Personen, die versuchen, humanitäre Hilfe zu liefern,⁶⁷ hat Russland ein Vakuum an lebensnotwendigen Gütern geschaffen und die lokale Bevölkerung gezwungen, sich ausschließlich auf die vorhandenen Vorräte zu verlassen und auf russische Hilfe zu setzen.⁶⁸

Humanitäre Aktivitäten sollten von Konfliktparteien nicht als Mittel zur Erreichung ihrer politischen und militärischen Ziele eingesetzt werden.⁶⁹ Die «Angebote», russische humanitäre Hilfe zu verteilen, wurden jedoch genutzt, um die Loyalität zu testen und die lokalen Behörden auf die russische Seite zu ziehen.⁷⁰ Die Russische Föderation «weponisiert» (benutzt als Waffe) humanitäre Hilfe und Freiwilligenbewegungen, um die Kontrolle über die besetzten Gebiete und die Bevölkerung im Einklang mit den russischen Staatsinteressen zu stärken.⁷¹

Die Entscheidung zu bleiben wurde durch offene Raubüberfälle auf die lokale Bevölkerung beeinflusst, einschließlich des Diebstahls von Eigentum aus verlassenen Häusern – von kleinsten Wertgegenständen bis hin zu verschiedenen Geräten und Fahrzeugen – sowie der tatsächlichen Besetzung von Wohngebäuden durch das

russische Militär. Aus Angst vor dem Verlust ihrer Häuser und ihrer Lebensgrundlage beschlossen die Menschen zu bleiben und zu versuchen, ihr Eigentum zu schützen.⁷²

Der Zugang zu Informationen wurde auch zu einem Mittel der Manipulation im Zusammenhang mit der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der lokalen Bevölkerung. Da die Menschen aufgrund von Stromausfällen und fehlenden Mobilfunk- und Internetverbindungen keinen Zugang zu Nachrichten hatten, waren sie gezwungen, sich auf Informationen zu verlassen, die von russischen Vertretern bereitgestellt wurden. Gleichzeitig nutzte das russische Militär aktiv die Verbreitung falscher Informationen, um die Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung einzuschränken, insbesondere durch die Behauptung, die Besatzungstruppen hätten einen viel größeren Teil der Ukraine erobert, als dies tatsächlich der Fall war, und versuchte, die lokale Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sie nirgendwo hingehen könne.

All diese Maßnahmen zielten darauf ab, die Kontrolle zu verstärken und die Abhängigkeit der lokalen Bevölkerung von den Vertretern der Russischen Föderation zu gewährleisten. Die Bewegungseinschränkungen verstärkten die Isolation der besetzten Gebiete, erschwerten den Zugang der lokalen Bevölkerung zu Informationen und nahmen ihr die Möglichkeit, sich für weitere Maßnahmen zu entscheiden – die einzigen akzeptablen Szenarien waren der Verbleib in den besetzten Gebieten oder

67 Abschiebung ukrainischer Bürger in das Gebiet der Russischen Föderation: Anzeichen und Kontext. ZMINA. April 2023. S. 20. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/05/deport_people_web.pdf; Erklärung der Koordinatorin für humanitäre Hilfe in der Ukraine, Denise Brown. VEREINTE NATIONEN. 13. Juni 2023. URL: <https://ukraine.un.org/uk/236039-заява-гуманітарної-координаторки-в-україні-деніз-браун>

68 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. Februar – 31. Juli 2023, S. 44. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

69 Respect for Humanitarian Mandates in Conflict Situations. Guideline (1996). URL: https://interagencystandingcommittee.org/sites/default/files/migrated/2019-02/respect_for_h_mandates.doc.pdf

70 Basierend auf nicht-öffentlichen Recherchen von ZMINA.

71 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 70. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>

72 Abschiebung ukrainischer Bürger in das Gebiet der Russischen Föderation: Anzeichen und Kontext. ZMINA. April 2023. S. 24. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/05/deport_people_web.pdf

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

die «Evakuierung» in das Gebiet der Russischen Föderation. Die Kontrolle des Zugangs zu Grundbedürfnissen wie Lebensmitteln und Medikamenten ermöglichte es den russischen Vertretern, den vermeintlichen Grad des Widerstands der lokalen Bevölkerung zu testen und Druck auszuüben, indem sie das Überleben in den Vordergrund stellten.

2.3 «Filtrationsmaßnahmen»

Bestimmte Beschränkungen und Kontrollen zu Sicherheitszwecken sind nach dem humanitären Völkerrecht zulässig⁷³, aber das von der Russischen Föderation von Beginn der umfassenden Invasion an eingesetzte «Filtersystem» enthält eine Reihe von Verstößen bei seiner Umsetzung und wird von weiteren Verstößen begleitet.

Es ist erwähnenswert, dass Russland seit langem Filtrationslager in den Gebieten der Feindseligkeiten einrichtet, insbesondere in der Tschetschenischen Republik.⁷⁴

Die «Filtration» in der Form, in der sie von Vertretern der Russischen Föderation in den besetzten Gebieten der Ukraine eingeführt wurde, ist eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit der örtlichen Bevölkerung und zur Durchführung von Kontrollen, Inspektionen und Durch-

suchungen innerhalb von Siedlungen, an Kontrollpunkten zwischen Siedlungen sowie zur illegalen Inhaftierung in «Filtrationslagern». «Filtrationslager» sind Orte, die nicht für die langfristige Inhaftierung von Personen geeignet sind und für langwierige Überprüfungsverfahren genutzt werden, einschließlich der Überprüfung von persönlichen Kommunikationsgeräten und deren Inhalt, persönlichen Gegenständen sowie Verhören durch Vertreter der Russischen Föderation.⁷⁵

Infolgedessen geht das «Filtern» mit Verletzungen des Rechts auf Privatsphäre durch übermäßige und unsachgemäße Erhebung personenbezogener Daten⁷⁶, ungerechtfertigte Verfahrensdauer⁷⁷ und psychologischer Druck⁷⁸, unrechtmäßige Inhaftierung und Verschwindenlassen⁷⁹, Misshandlung und Folter und sexuelle Gewalt einher.⁸⁰

Alle von der Russischen Föderation durchgeführten «Filtermaßnahmen» zielen darauf ab, die Bewegungsfreiheit einzuschränken und Personen zu identifizieren, die ihrer Meinung nach die Konsolidierung der russischen Kontrolle über das Gebiet behindern oder aufgrund ihrer Position zu einem Hindernis werden könnten. Deshalb werden im Rahmen der «Filtermaßnahmen» die Kommunikationsmittel überprüft – ob eine Person Seiten und Kanäle in den sozialen Medien abonniert hat, die pro-ukrainische Inhalte

73 Siehe Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949, Artikel 27. URL: https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/995_154#Text

74 Hundreds of Chechens Detained in «Filtration Camps». Human Rights Watch. 17.02.2000. URL: <https://www.hrw.org/news/2000/02/17/hundreds-chechens-detained-filtration-camps>

75 Operation Filtration. Was die Ukrainer unter russischer Besatzung durchmachen. MIPL. 23.05.2022. URL: <https://mipl.org.ua/operacziya-filtracziya-cherez-shho-prohodyat-ukrayinczi-yaki-opynylysy-pid-rosijskoyu-okupacziyeyu/>

76 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 66. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>

77 Abschiebung ukrainischer Bürger in das Gebiet der Russischen Föderation: Anzeichen und Kontext. ZMINA. April 2023. S. 12. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/05/deport_people_web.pdf

78 Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 1. August 2022 – 31. Januar 2023. OHCHR. Oktober 2023. П. 53. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

79 Analytischer Bericht „Abschiebung ukrainischer Bürger aus dem Gebiet aktiver Feindseligkeiten oder aus dem vorübergehend besetzten Gebiet der Ukraine in das Gebiet der Russischen Föderation und der Republik Belarus« / Onysia Syniuk, Alyona Luniova, Kateryna Rashevskya, Roman Martynovskyi, Alina Pavliuk, Daria Svyrydova, Tetiana Doroshenko, Tetiana Katrychenko. Oktober 2022. S. 8. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/01/deportation_ukr.pdf

80 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 44. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>

veröffentlichen, welchen Inhalt ihre persönliche Korrespondenz hat, ob sie patriotische Tätowierungen und Kleidungsstücke hat, wie ihre Antworten auf Fragen lauten, die auf die Loyalität zur Russischen Föderation abzielen. Infolgedessen wurden diejenigen, die diese Überprüfung nicht bestanden, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und rechtswidrig festgenommen.

2.4. Zwangsumsiedlung und Deportation

Eine weitere Form der Kontrolle über die Bewegungen und Handlungen der lokalen Bevölkerung in den besetzten Gebieten war die Zwangsumsiedlung von Ukrainern innerhalb der besetzten Gebiete und ihre Deportation in die Russische Föderation und nach Belarus. Die genaue Zahl der gewaltsam vertriebenen und deportierten Personen vor und seit der umfassenden Invasion ist aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu den besetzten Gebieten und dem Gebiet der Russischen Föderation nicht bekannt, und die von offiziellen Quellen mitgeteilten Zahlen von 5,4 Millionen «Flüchtlingen», darunter 744.000 Kinder⁸¹, können nicht bestätigt werden. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen haben seit dem 24. Februar 2022 2.852.395 Menschen die Grenze zur Russischen Föderation überquert, aber diese Zahl hat sich seit dem 31. Dezember 2022⁸² nicht verändert.

Trotz der öffentlichen Rechtfertigung dieser Vertreibung als «Evakuierung» entsprach die Vertreibung nicht den Anforderungen des humanitären Völkerrechts und wurde ohne genehmigten Grund durchgeführt.⁸³

Die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung der Russischen Föderation erfol-

gte wahrscheinlich aus mehreren Gründen: Kontrolle über das Gebiet durch Verringerung der Zahl der Menschen in den besetzten Gebieten und durch «Filtermaßnahmen» während der Zwangsumsiedlung und Deportation; Kontrolle über die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch Ausnutzung der prekären Lage der Menschen – durch Schaffung von Bedingungen, unter denen ein Verbleib unmöglich ist, und durch Vertreibung der Menschen aus dem Gebiet, in dem sie leben, durch Einschränkung des Zugangs zu Eigentum, Lebensunterhalt, Lebensbedingungen und sozialen Bindungen.

Unabhängig davon konzentrierte sich Russland auf die Zwangsumsiedlung und Deportation ukrainischer Kinder.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Zwangsverbringung und Abschiebung ukrainischer Kinder nach Russland während der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2014 begann. Insbesondere wurden bereits 2014 12 Fälle im Rahmen der Umsetzung des Sozialprojekts «Zug der Hoffnung» von Radio Russland registriert (ein Projekt, bei dem Waisenkinder nach Russland gebracht und in russischen Familien untergebracht wurden), und 2015 adoptierten russische Bürger 43 Waisenkinder von der besetzten Halbinsel Krim.

Sechs Tage vor der vollständigen Invasion, am 18. Februar 2022, begann die Russische Föderation mit Massendeportationen von ukrainischen Kindern. Bis zum Morgen des 19. Februar wurden mehr als 2.700 Kinder, die meisten aus Waisenhäusern und Internaten, nach Russland gebracht. Ihre Namen sowie ihr Geburtsdatum und -ort wurden geändert und sie erhielten russische Pässe. Einige Kinder wurden später in Pflegefamilien untergebracht oder zur Adoption freigegeben. Russland rechtfertigt diese Maßnahmen mit der «Rettung der Kinder

81 Die Zahl der Flüchtlinge, die seit Februar letzten Jahres aus der Ukraine und dem Donbass in Russland angekommen sind, hat 5,4 Millionen Menschen überschritten. TASS. 13.03.2023. URL: <https://tass.ru/obschestvo/17248303>

82 Ukraine Refugee Situation. UNHCR. URL: <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>

83 Abschiebung ukrainischer Bürger in das Gebiet der Russischen Föderation: Anzeichen und Kontext. ZMINA. April 2023. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/05/deport_people_web.pdf

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

vor einer Gefahr», aber es ist Russland, das diese Gefahr geschaffen hat.⁸⁴

Nach ukrainischen Angaben gelten 19.546⁸⁵ Kinder als deportiert und/oder zwangsumgesiedelt, doch die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich viel höher. Laut dem Bericht über die Tätigkeit des russischen Präsidialbeauftragten für die Rechte des Kindes im Jahr 2022 haben mehr als 700.000 ukrainische Kinder begonnen, in Russland soziale Unterstützung zu erhalten.⁸⁶

Im Jahr 2022 begann die Praxis, ukrainische Kinder in russischen Familien unterzubringen und ihre Staatsangehörigkeit in einem vereinfachten Verfahren zu ändern – die obligatorische Wartezeit und Überprüfung vor der Unterbringung in einer Familie wurde für ukrainische Kinder aufgehoben.⁸⁷

Deportationen und Zwangsverlegungen von Kindern wurden unter verschiedenen Vorwänden durchgeführt – «Evakuierung», «Behandlung», Verbringung in Lager. Die Vertreibung und Deportation von Kindern wird mit dem Hauptziel durchgeführt, ihre ukrainische Identität zu zerstören und sie zu Russen zu machen. Zu diesem Zweck wird eine ganze Reihe von Indoktrinations- und Militarisierungsmaßnahmen angewandt, aber auch die Zwangsumsiedlung und -deportation, bei der die Kinder aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen und in eine russifizierte Umgebung gebracht

werden, in der sie nur begrenzt Zugang zu allem Ukrainischen haben. Darüber hinaus werden ukrainische Kinder nach der Deportation zwangsumgesiedelt und in russische Familien gebracht.⁸⁸

2.5. Illegale Inhaftierungen und gewaltsames Verschwindenlassen

Nach der Eroberung des Territoriums wurden illegale Verhaftungen und gewaltsames Verschwindenlassen zu einem der ersten Mittel, um die lokale Bevölkerung zu kontrollieren. Der erste Fall einer bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, der bekannt wurde, war die Entführung eines ukrainischen Zivilisten, Reshat Ametov, am 3. März 2014 in Simferopol⁸⁹ während einer einzelnen Mahnwache. Auch wurden Menschen, die an friedlichen Protesten in verschiedenen Städten der Halbinsel teilnahmen und diese vorbereiteten, aktiv inhaftiert, um den Widerstand gegen die Besetzung im Allgemeinen und das illegale Referendum im Besonderen, das unter der Kontrolle des russischen Militärs vorbereitet wurde, zu verhindern und zu unterdrücken.⁹⁰ Vertreter der sogenannten «Krim-Selbstverteidigung»⁹¹ und anderer paramilitärischer Gruppen gingen mit Gewalt gegen sie vor und beteiligten sich an ihren Festnahmen.⁹²

84 18. Februar 2022 – der Tag, an dem die Massendeportation ukrainischer Kinder begann / Andriy Yermak's Telegram channel, 18.02.2025: <https://t.me/ermaka2022/5878>

85 Die offizielle Plattform von Kinder des Krieges. URL: <https://childrenofwar.gov.ua>

86 Bericht über die Tätigkeit der Ombudsperson beim Präsidenten der Russischen Föderation für die Rechte des Kindes im Jahr 2022: <https://web.archive.org/web/20230730154402/http://www.deti.gov.ru/detigray/upload/documents/July2023/7JkHUTqLisZL45JDp4Xl.pdf>

87 Dekrete des Präsidenten der Russischen Föderation vom 25.05.2022 Nr. 304, vom 30.05.2022 Nr. 330, vom 11.07.2022 Nr. 440

88 Befruchtet: Russlands systematische Politik zur Zerstörung der ukrainischen Identität von Kindern. Sonderbericht des Menschenrechtskommissars des ukrainischen Parlaments über die Situation der Kinderrechte im Kontext der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine. Juli 2024. URL: https://www.ombudsman.gov.ua/storage/app/media/uploaded-files/Спеціальна_довідь_ПЕРЕОПИЛЕНІ_.pdf

89 Das erste Opfer der Besetzung der Krim und Putins Kriegsverbrechen. Radio Liberty. 02.09.2019. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/reshat-ametov-rozsliduvannya/30137885.html>

90 Ukraine: Aktivisten wurden festgenommen und verprügelt, einer von ihnen wurde gefoltert. Human Rights Watch. 28.03.2014. URL: <https://www.hrw.org/uk/news/2014/03/28/253187>

91 «Der Folter sind keine Grenzen gesetzt»: Mykola Shiptur, ein Maidan-Aktivist, berichtet über 9 Jahre Haft auf der besetzten Krim. Radio Liberty. 08.06.2023. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/krym-aneksiya-aresht-maydan/32450388.html>

92 «Halbinsel der Angst»: fünf Jahre Unfreiheit auf der Krim / herausgegeben von O. Skrypnyk. Dritte, korrigierte und ergänzte Auflage. Kyiv: Paperoviy Zmiy-OPT, 2019. S. 93-94. URL: https://crimeahrg.org/wp-content/uploads/2019/06/Peninsula-Fear_2019-RU.pdf

Im Laufe der Zeit hat sich diese Praxis immer mehr ausgeweitet – bis 2020 wurden allein auf der Krim mindestens 44 Menschen, zumeist Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten, gewaltsam zum Verschwinden gebracht.⁹³

Ähnlich war die Situation in der Ostukraine, wo in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk Anwohner unter dem Verdacht der «Spionage», der Unterstützung des ukrainischen Militärs usw. sowohl in den Gebieten, in denen sie lebten, als auch an den Kontrollpunkten rechtswidrig festgenommen wurden.⁹⁴

Bereits im ersten Berichtszeitraum von Februar bis Juli 2022 meldete das OHCHR einen erheblichen Anstieg der Zahl konfliktbedingter Festnahmen und registrierte 407 solcher Fälle.⁹⁵ Bereits in dieser Phase wurden bestimmte Personengruppen von der Russischen Föderation ins Visier genommen: ehemalige Militärangehörige, einschließlich Teilnehmer der ATO, lokale Behörden, Menschenrechtsverteidiger und -aktivisten sowie Personen, die von der Russischen Föderation als Personen wahrgenommen wurden, die in der einen oder anderen Weise ihre Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck bringen.⁹⁶

Dieser Trend war nicht auf eine Region oder eine einzelne Einheit der russischen Streitkräfte beschränkt; diese Gruppen

wurden in den Regionen Kyjiw, Tschernihiw, Sumy, Charkiw, Donezk, Luhansk, Cherson, Mykolaiv und Saporischschja ins Visier genommen.

Zivilisten wurden an Kontrollpunkten, auf der Straße, an Arbeitsplätzen und in ihren eigenen Wohnungen festgehalten. Da es zu dieser Zeit keine langfristige Kontrolle über das Gebiet gab, wurden diese Personen an «spontanen Haftorten» wie Kellern von Privathäusern oder Verwaltungsgebäuden oder in beschlagnahmten Polizeistationen, in vorübergehenden Haftzentren festgehalten.⁹⁷ Die Haftbedingungen an all diesen Orten waren unzureichend und stellten an sich schon eine unmenschliche Behandlung dar.⁹⁸

«Meine Ex-Frau wurde in Betongaragen festgehalten, und Männer wurden neben ihr in einer benachbarten Garage festgehalten, und von Zeit zu Zeit, wenn Lehrer inhaftiert wurden, wurden Frauen für 2-3 Tage dort festgehalten und dann freigelassen. Das war im März/April '22. Zunächst wurden ein Stuhl, ein Eimer und eine Matratze in einem Betonblock mit Möbeln und Lumpen aufbewahrt. Betonboden, Betonwände. Das war alles, was sie dort hatte. Sie haben sie gefüttert, ich weiß es nicht, sie muss 15 Kilogramm abgenommen haben, das ist sicher.»⁹⁹

93 Gewaltames Verschwinden auf der Krim während der Besetzung durch die Russische Föderation 2014-2020. Crimea SOS. 2020. S. 72. URL: https://krymsos.com/wp-content/uploads/2021/07/nasylnyczki-znyknennya-v-krymu-za-period-okupacziyirf_veb-versiya-ukr.pdf

94 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 16. August bis 15. November 2016 / OHCHR, Abs. 30-57: https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Countries/UA/UAReport16th_UKR.pdf

95 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. Februar 10-31. Juli 2023. OHCHR. 04.10.2023. П. 41. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

96 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. Februar 10-31. Juli 2023. OHCHR. 04.10.2023. П. 41. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf; Illegale Verhaftungen, Folter und Misshandlung der ukrainischen Zivilbevölkerung: Ähnlichkeit der Praktiken bei der Begehung von Verbrechen in den von Russland besetzten Regionen im Jahr 2022 / B. Petruniok. ZMINA Menschenrechtszentrum. 2024. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/briefff_ukr_web.pdf

97 Petruniok B. Illegale Inhaftierung, Folter und Misshandlung der ukrainischen Zivilbevölkerung: Ähnlichkeit der Praktiken bei der Begehung von Verbrechen in den von Russland besetzten Regionen im Jahr 2022. ZMINA Menschenrechtszentrum. 2024. S. 10. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/briefff_ukr_web.pdf

98 Unabhängige internationale Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine 27. Februar – 31. März 2023. П. 64. URL: https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A_HRC_52_62_UA.pdf

99 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Saporischschja.

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Illegale Inhaftierungen kamen in diesem Zusammenhang sehr oft auch einem Verschwindenlassen gleich, da nach der Inhaftierung unter Verstoß gegen das gesetzliche Verfahren weder die Personen selbst noch ihre Angehörigen darüber informiert wurden, wohin sie gebracht wurden und wo sie festgehalten werden. Russische Vertreter erkannten die Tatsache der Inhaftierung nicht an und gaben keine weiteren Informationen über den Zustand der Inhaftierten.¹⁰⁰

«Wenn sie genau wussten, wer die Abtrünnigen waren, haben sie aktiv mit ihnen gearbeitet. Das bestand darin, sie in den Keller zu werfen, und dann gingen die Leute weg. Das war in 90 Prozent der Fälle der Fall. Der Rest der Bevölkerung saß still da und wurde eingeschüchtert. Die Leute sagten mir damals, dass sie einfach zu Hause bleiben würden. Sie gingen so wenig wie möglich nach draußen. Sie haben so wenig wie möglich kommuniziert. Denn alles, was man sagt, kann irgendwo gemeldet werden. Weil es kein Vertrauen in irgendjemanden gab. Die Leute hatten Angst. Und sie sagten, wir seien hier in einem Gefängnis.»¹⁰¹

Illegale Verhaftungen und das gewaltsame Verschwindenlassen der lokalen Bevölkerung sind eine bewusste Politik der Russischen Föderation, mit der mehrere Ziele verfolgt werden: Kontrolle über diejenigen Bevölkerungsgruppen, die Widerstand gegen die Besatzung leisten

könnten, sowie Druck und Einschüchterung der gesamten lokalen Bevölkerung, indem demonstriert wird, was mit Menschen geschehen kann, die als Gegner der russischen Behörden in dem Gebiet wahrgenommen werden.

2.6 Folter oder Misshandlung

Illegale Inhaftierungen gingen systematisch mit Folter oder Misshandlungen einher.¹⁰² Diese Praktiken waren auch im Jahr 2022 nicht neu. Zahlreiche Fälle von Folter während und nach illegalen Festnahmen und gewaltsamem Verschwindenlassen wurden im VBG der Ukraine seit 2014 verzeichnet. Insbesondere nach den Entführungen wurden Aktivisten auf der Krim von russischen Vertretern in Kellern festgehalten, geschlagen und anderen Foltermethoden ausgesetzt.¹⁰³ Diese Sachverhalte wurden von den russischen Behörden entweder gar nicht oder nur unzureichend untersucht.¹⁰⁴ Illegale Inhaftierungen und Folterungen von Einheimischen und ukrainischen Bürgern, die an Kontrollpunkten beim Betreten der besetzten Gebiete festgehalten wurden, fanden auch in den östlichen Gebieten statt. «Izolyatsiia» in Donezk 105ist einer der berüchtigtsten Orte für illegale Inhaftierungen, der für seine entsetzlichen Bedingungen und die Brutalität der Folter bekannt ist.¹⁰⁵

Die allgemeinen Haftbedingungen entsprachen nicht den Mindestanforderungen – beispielsweise wurden die Personen in

100 Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 1. Februar – 31. Juli 2023, S. 44. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

101 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Cherson.

102 Unabhängige internationale Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine 27. Februar – 31. März 2023. П. 71. URL: https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A_HRC_52_62_UA.pdf

103 «Halbinsel der Angst: Fünf Jahre Unfreiheit auf der Krim / herausgegeben von O. Skrypnyk. Dritte, korrigierte und ergänzte Auflage. Kyiv: Paperoviy Zmiy-OPT, 2019. S. 40-41.

104 Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine 16. August – 15. November 2016 OHCHR. П. 30-57. URL: https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Countries/UA/UAReport16th_UKR.pdf

105 Folter im „Izolyatsiia“-Gefängnis: Ein Student aus Donezk berichtet über seine Erfahrungen in den Gefängnissen der sogenannten „DVR“. MIPL. 06.09.2024. URL: <https://mipl.org.ua/sprava-izolyacziyi-prokuror-taras-semkiv-pro-nedovichnyj-vyrok-kulykovskomu-robotu-z-poterplymy-ta-nedoskonalosti-zakoniv/>

Räumen untergebracht¹⁰⁶, die nicht für die entsprechende Anzahl von Personen ausgelegt waren; die Haftorte wiesen unhygienische Bedingungen auf, es gab keinen oder nur begrenzten Zugang zu Duschen und Frischluft¹⁰⁷; in allen Fällen war auch eine unzureichende Verpflegung kennzeichnend. Es gab nicht genug Essen, oft war es verdorben.¹⁰⁸

Eine Praxis, die sich in verschiedenen Regionen wiederholte, war der psychologische Missbrauch von Häftlingen. Sie wurden gezwungen, die russische Hymne und Lieder (z.B. «Katjuscha») zu singen, eingeschüchtert und durch das Leiden anderer beeinflusst. Die Folter wurde so durchgeführt, dass andere Häftlinge in den Zellen die Schreie hören konnten.¹⁰⁹

Vertreter der Russischen Föderation setzten auch bewusst bestimmte Foltermethoden ein¹¹⁰, die in verschiedenen Regionen und dementsprechend unter

verschiedenen Kommandos wiederholt wurden, insbesondere in der Region Cherson¹¹¹, der Region Charkiw¹¹², der Region Kyjiw¹¹³ – Schläge, der Einsatz von Elektroschockern und Elektroschocks, insbesondere an den Genitalien, und Scheinhinrichtungen. Sexuelle Gewalt wurde als Foltermethode eingesetzt.

Die Folter ging in allen Regionen fast immer mit Verhören einher und verfolgte bestimmte Ziele: Informationen über die ukrainischen Streitkräfte und über Personen in der örtlichen Bevölkerung, die die ukrainischen Streitkräfte unterstützen oder unterstützen könnten, sollten erlangt werden, um die Gefangenen, einschließlich der örtlichen Behörden, zur Zusammenarbeit zu bewegen, um sie einzuschüchtern und weiteren Widerstand zu verhindern, und als Methode zur Bestrafung für tatsächliche oder vermeintliche Unterstützung der Ukraine oder für Widerstand

106 Folterkammer in der Schule: Analyse der Zeugenaussagen von Gefangenen im Dorf Biljajiwka, Region Cherson / O. Syniuk, Y. Sokurenko; ZMINA Menschenrechtszentrum. Kyiv, 2023. S. 11. URL: <https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/kativnya-u-shkoli-fin-1.pdf>; 85% der Männer werden durch diese Haftanstalt gehen: Analyse der Aussagen von Häftlingen in der Bezirkspolizeiabteilung während der Besetzung von Kupiansk / O. Syniuk, Y. Sokurenko, S. Kochmarskyi; ZMINA Human Rights Centre. Kyiv, 2024. S. 1. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/kupyansk_ukr_web.pdf

107 Folterkammer in der Schule: Analyse der Zeugenaussagen von Häftlingen im Dorf Biljajiwka, Gebiet Cherson / O. Syniuk, Y. Sokurenko; ZMINA Menschenrechtszentrum. Kyjiw, 2023, S.13: <https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/kativnya-u-shkoli-fin-1.pdf>; 85% der Männer werden durch diese Haftanstalt gehen: Analyse der Aussagen von Häftlingen in der Bezirkspolizeiabteilung während der Besetzung von Kupiansk / O. Syniuk, Y. Sokurenko, S. Kochmarskyi; ZMINA Human Rights Centre. Kyjiw 2024. S. 21. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/kupyansk_ukr_web.pdf

108 Folterkammer in der Schule: Analyse der Zeugenaussagen von Gefangenen im Dorf Biljajiwka, Region Cherson / O. Syniuk, Y. Sokurenko; ZMINA Menschenrechtszentrum. Kyiv, 2023. S. 12. URL: <https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/kativnya-u-shkoli-fin-1.pdf>; 85% der Männer werden durch diese Haftanstalt gehen: Analyse der Aussagen von Häftlingen in der Bezirkspolizeiabteilung während der Besetzung von Kupiansk / O. Syniuk, Y. Sokurenko, S. Kochmarskyi; ZMINA Human Rights Centre. Kyiv, 2024. S. 21. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/kupyansk_ukr_web.pdf

109 85% der Männer werden durch diese Haftanstalt gehen: Analyse der Aussagen von Häftlingen in der Bezirkspolizeiabteilung während der Besetzung von Kupiansk / O. Syniuk, Y. Sokurenko, S. Kochmarskyi; ZMINA Human Rights Centre. Kyiv, 2024. S. 22. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/kupyansk_ukr_web.pdf; Die „Frauenzellen« der Folterkammer von Cherson: analytischer Bericht auf der Grundlage von Zeugenaussagen von Häftlingen / O. Syniuk, Y. Sokurenko, N. Okhotnikova; ZMINA Human Rights Centre. Kyjiw, 2023. S. 25. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/07/women_kherson_ukr_web.pdf

110 Illegale Verhaftungen, Folter und Misshandlung der ukrainischen Zivilbevölkerung: Ähnlichkeit der Praktiken bei der Begehung von Verbrechen in den von Russland besetzten Regionen im Jahr 2022 / B. Petruniok; ZMINA Human Rights Centre. 2024. S. 16. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/briefff_ukr_web.pdf

111 Die «Frauenzellen« der Folterkammer von Cherson: analytischer Bericht auf der Grundlage von Zeugenaussagen von Häftlingen / O. Syniuk, Y. Sokurenko, N. Okhotnikova; ZMINA Human Rights Centre. Kyjiw, 2023. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/07/women_kherson_ukr_web.pdf; Folterkammer in der Schule: Analyse der Zeugenaussagen von Gefangenen im Dorf Biljajiwka, Region Cherson / O. Syniuk, Y. Sokurenko; ZMINA Menschenrechtszentrum. Kyiv, 2023. URL: <https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/kativnya-u-shkoli-fin-1.pdf>

112 85% der Männer werden durch diese Haftanstalt gehen: Analyse der Aussagen von Häftlingen in der Bezirkspolizeiabteilung während der Besetzung von Kupiansk / O. Syniuk, Y. Sokurenko, S. Kochmarskyi; ZMINA Human Rights Centre. Kyiv, 2024. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/kupyansk_ukr_web.pdf

113 Anatomie eines systematischen Verbrechens: Wie Russland Zivilisten verfolgt. MIPL. 2024. URL: <https://mipl.org.ua/wp-content/uploads/2024/12/anatomiya-systematychnogo-zlochynu.pdf>

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

gegen die Besatzung¹¹⁴.

Die Folter war also die nächste Stufe nach der Inhaftierung von Personen. Ihr Hauptziel war es, Personen von der Gemeinschaft zu isolieren, Terror unter der Bevölkerung zu verbreiten und bestimmte Personen einzuschüchtern. Mit der Folter sollten die Betroffenen zu bestimmten Handlungen gezwungen werden, z. B. zur Erteilung von Auskünften, zur Aufgabe des Widerstands oder zur Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Folter kann jedoch auch von Vertretern der Russischen Föderation als sadistische Praxis ohne einen bestimmten Zweck ausgeübt werden, wie zahlreiche Interviews mit freigelassenen ukrainischen Militärangehörigen, die von der Russischen Föderation festgehalten werden, belegen.¹¹⁵

2.7. Tötungen und außergerichtliche Hinrichtungen

Tötungen und außergerichtliche Hinrichtungen waren ebenfalls Teil der Konsolidierung der Kontrolle über die besetzten

Gebiete und erfolgten systematisch.¹¹⁶ Sie fanden sowohl in Haftanstalten, nach unrechtmäßiger Inhaftierung und Folter, als auch an Ort und Stelle, insbesondere auf der Straße oder in Privathäusern, statt.¹¹⁷ Eines der markantesten Beispiele sind die Tötungen und außergerichtlichen Hinrichtungen in Buka durch Vertreter der Russischen Föderation, die später vom russischen Präsidenten für ihre «Widerstandsfähigkeit und ihren Mut» mit der Verleihung des Titels «Garde» belohnt wurden.¹¹⁸ Es war jedoch nicht nur die isolierte Brigade, die dieses Verbrechen beging, um die lokale Bevölkerung zu kontrollieren und einzuschüchtern.¹¹⁹ In allen Regionen der Ukraine, in denen russisches Militär stationiert war. In den Regionen Tschernihiw, Kyjiw, Charkiw, Sumy und Cherson wurden Fälle von Tötungen und außergerichtlichen Hinrichtungen unter verschiedenen Umständen registriert.¹²⁰ Solche Fälle wurden auch zu Beginn der bewaffneten Aggression im Jahr 2014 auf der Krim und in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk verzeichnet.¹²¹

114 Unabhängige internationale Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine 27. Februar – 31. März 2023. P. 73. URL: https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A_HRC_52_62_UA.pdf; Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. August 2022 – 31. Januar 2023. OHCHR, Oktober 2023. P. 50. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf; 85% der Männer werden durch diese Haftanstalt gehen: Analyse der Aussagen von Häftlingen in der Bezirkspolizeiabteilung während der Besetzung von Kupiansk / O. Syniuk, Y. Sokurenko, S. Kochmarskyi; ZMINA Human Rights Centre. Kyiv, 2024. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/01/kupiansk_ukr_web.pdf; Anatomie eines systematischen Verbrechens: Die Verfolgung von Zivilisten in Russland. IHRC, 2024. URL: <https://mipl.org.ua/wp-content/uploads/2024/12/anatomiya-systematichnogo-zlochynu.pdf>

115 Die Zeugenaussagen ehemaliger Kriegsgefangener werden in zahlreichen Untersuchungen der Medieninitiative für Menschenrechte vorgestellt. Ein «Z» in die Wangen geritzt, ausgehungert und zu Tode gefoltert: Wie ukrainische Kriegsgefangene in der Kolonie Tula getötet wurden. MHRI. 08.02.2024. URL: <https://mipl.org.ua/vyryzaly-z-na-shhokah-moryly-golodom-i-katuvaly-do-smerti-yak-polonenyh-ukrayincziv-znyshhuyut-u-tulskij-koloniyi/>

116 Unabhängige internationale Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine 27. Februar – 31. März 2023. P. 48. URL: https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A_HRC_52_62_UA.pdf

117 Tötung von Zivilisten: Willkürliche Hinrichtungen und Angriffe auf einzelne Zivilisten in den Regionen Kyjiw, Tschernihiw und Sumy im Zusammenhang mit dem bewaffneten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine, 24. Februar bis 31. Oktober 2022. OHCHR, Dezember 2022. P. 64-68. URL: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/ukraine/2022/2022-12-07-OHCHR-Thematic-Report-Killings-UKR.pdf>

118 Putin verleiht Ehrentitel an Militärbrigade, die Kriegsverbrechen in Buka begangen hat. Suspilne Nachrichten. 18.04.2022. URL: <https://suspilne.media/230069-putin-dav-pocesne-zvanna-vijskovij-brigadi-aka-skoila-voenni-zlocini-v-buci/>

119 Російська армія: Приречені на жорстокість. Позасудові страти. Freerights Association. 18.05.2024. URL: <https://umdpl.info/news/pozasadovi-straty/>

120 Report on violations and abuses of international humanitarian and human rights law, war crimes and crimes against humanity, related to the arbitrary deprivation of liberty of Ukrainian civilians by the Russian Federation. OSCE. 25.04.2024. P. 51. URL: https://www.osce.org/files/f/documents/f/4/567367_0.pdf

121 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine 16. Mai – 15. August 2017. OHCHR. P. 40-42. URL: https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Countries/UA/UAReport19th_UKR.pdf

Höchstwahrscheinlich wurden die Tötungen und außergerichtlichen Hinrichtungen von der Russischen Föderation durchgeführt, um eine tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung der Machtausübung in den besetzten Gebieten durch Mitglieder der örtlichen Bevölkerung zu verhindern. Die außergerichtlichen Hinrichtungen dienten auch als Warnung vor den Folgen eines möglichen Widerstands für andere in dem von der Russischen Föderation kontrollierten Gebiet. Insbesondere die außergerichtlichen Hinrichtungen von Personen, die zuvor rechtswidrig inhaftiert und gefoltert worden waren, könnten eine Strafe für die Verweigerung der Zusammenarbeit, die Beseitigung dieser Personen und die Verschleierung der Fakten anderer von Vertretern der Russischen Föderation begangener Verbrechen sein.

2.8 Gezielte Strafverfolgung von lokalen Behörden

Ein gesondertes Ziel von Angriffen der Russischen Föderation bei der Beschlagnahme von Gebieten seit dem 24. Februar 2022 waren Angriffe auf Personen mit formeller und informeller Macht und Einfluss auf lokale Gemeinschaften (Vertreter lokaler Behörden, staatliche Verwaltungen, Aktivisten usw.). Im Gegensatz zu den vorangegangenen Fällen hat Russland diese Praxis 2014-2015 nicht in großem Umfang angewandt. Die Erklärung dafür dürfte in der bereits oben dargelegten Hypothese liegen, dass die Russische Föderation 2014 aufgrund der politischen Krise in der Ukraine, des Fehlens einer festen Position der zentralen Behörden zum Widerstand, der die Entscheidungen auf lokaler Ebene beeinflussen würde, sowie des fortgesetzten Einsatzes von Soft Power vor der Ag-

gression ihre Macht in den besetzten Gebieten festigte, ohne eine systematische Praxis der Verfolgung von Vertretern lokaler Regierungen anzuwenden. Im Jahr 2022 jedoch, als die Russische Föderation über weniger Einflussmöglichkeiten durch den Einsatz von Soft Power verfügte und mit Widerstand auf lokaler Ebene konfrontiert war, der auf der klaren Position der Zentralregierung zur Notwendigkeit der Bekämpfung der bewaffneten Aggression beruhte, konzentrierte sich die Russische Föderation auf die Ausübung von Druck und die Verfolgung lokaler Behörden mit allen Mitteln – Überredung zur Zusammenarbeit, Nötigung zur Zusammenarbeit oder vollständige Absetzung oder Entfernung der Vertreter, die sich weigerten, zu kooperieren.

Diese Personen wurden bereits als gesonderte Kategorie herausgegriffen und gezielt für illegale Inhaftierungen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen eingesetzt. Darüber hinaus wurden diese Personen aufgrund ihres besonderen Status und ihres Einflusses auf die Stimmung in der Bevölkerung auch psychologischem Druck ausgesetzt, um sie zur Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation zu bewegen. Vertreter der Russischen Föderation setzten vorrangig auf die Unterstützung der lokalen Behörden durch Ermutigung oder Einschüchterung, um die lokale Bevölkerung so schnell wie möglich zu unterwerfen. Im Falle einer Verweigerung der Zusammenarbeit hielten die Behörden sie illegal fest oder versuchten, sie zur Zusammenarbeit zu zwingen, wobei sie Familienmitglieder als Geiseln einsetzten.¹²² Die Inhaftierung der Behörden diente auch dazu, sie von der Gemeinde zu isolieren, wodurch bei der örtlichen Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit und der fehlenden Kontrolle über die Gemeinde – mit Ausnahme der russischen Behörden – entstand.

¹²² Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 83-86. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>

ABSCHNITT 2

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

«Alles begann mit toleranten Gesprächen über das, was sie schon seit langem beobachtet haben. Ich hatte einmal die Unterstützung der OPFL (Anm.: Oppositionsplattform – Für das Leben)¹²³, also muss ich tolerant sein und sie können mir verschiedene Positionen anbieten, vom Abteilungsleiter bis zum Außenminister der LPR. Die Außenpolitik der DVR ist eine sehr gute Perspektive. Dann begann ich darüber zu sprechen, dass ich ein gutes Ansehen habe und die Menschen mir vertrauen, und wie sehr sie versucht haben, dieses Vertrauen zu zerstören. Die letzten Wahlen haben jedoch gezeigt, dass ich in der Bevölkerung ein unbestreitbares Ansehen genieße, so dass ich versuchen kann, für den Rat der DVR zu kandidieren. Wenn es um die Frage geht, wer ich sein will, ob ich ein Mensch sein will, dann nein, auf keinen Fall, denn damals gab es bereits Verhaftungen von pro-ukrainischen Menschen nach der Kundgebung. Und es war fast Mitte März, und ich habe in dieser Zeit nicht viel geschlafen, vielleicht einen Tag, zwei Sonntage, weil ich nicht schlafen konnte. Es war emotional sehr schwierig. Und dann fing er an, sich andere Bälle zu holen. Es geht um die Bedrohung meines Lebens, um alle möglichen Dinge, die Leuten passieren können, die in der Stadtverwaltung arbeiten, dass sie dort eine Menge Dinge wissen.»¹²⁴

In einigen Fällen wurde Folter als Mittel zur Erzwingung der Zusammenarbeit eingesetzt oder es wurden außergerichtliche Hinrichtungen durchgeführt, um die Person zu entmachten und die Macht in der Gemeinde einer anderen, der Russischen Föderation gegenüber loyaleren Person zu übertragen. Mit Stand vom 5. Dezember 2024 werden mindestens sechs Vertreter der lokalen Selbstverwaltung von Vertretern der Russischen Föderation rechtswidrig festgehalten.

Verstöße gegen die Behörden wurden durch die Stellung dieser Personen in der Gemeinschaft motiviert. Wenn es den Vertretern der Russischen Föderation nicht gelang, diese Personen zur Zusammenarbeit zu bewegen, wurden sie abgesetzt und oft durch Vertreter aus den zuvor besetzten Gebieten ersetzt, um die Illusion eines «eigenen» Führers in der Gemeinde zu schaffen, der nicht nur ein Vertreter der Russischen Föderation ist. Diese Maßnahmen zielten darauf ab, die nächste Stufe der Unterwerfung der lokalen Bevölkerung einzuleiten – die Einrichtung einer zivilen Verwaltung, die ein Mittel zur Umsetzung der russischen Politik auf lokaler Ebene in der VBG werden sollte.

¹²³ Eine pro-russische politische Partei, die seit September 2022 in der Ukraine verboten ist.

¹²⁴ Interview mit einem Bewohner der Region Luhansk.

ABSCHNITT 3

**Systematische Praktiken der
Menschenrechtsverletzungen
bei gleichzeitiger
Aufrechterhaltung der
Kontrolle über die Gebiete
(grobe Verstöße, Politik)**

Systematische Praktiken der Menschenrechtsverletzungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Gebiete (grobe Verstöße, Politik)

Die Besetzung ukrainischer Gebiete sowohl 2014 als auch 2022 wurde von der Russischen Föderation nicht als vorübergehend angesehen. Entgegen den Normen des humanitären Völkerrechts, die den vorübergehenden Charakter des Besatzungsregimes sicherstellen sollen, wie etwa das Verbot, eigene Gesetze durchzusetzen, sich unnötig in die Verwaltung des Gebiets einzumischen¹²⁵, usw., hat die Russische Föderation alle ihre Bemühungen darauf gerichtet, diese Gebiete nicht nur zu besetzen, sondern auch zu behalten.¹²⁶

Die Abhaltung illegaler so genannter Referenden über den Status der besetzten Gebiete (die Autonome Republik Krim, die Stadt Sewastopol sowie die besetzten Gebiete in Teilen der Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja), die sowohl den Grundprinzipien des Völkerrechts

als auch der ukrainischen Gesetzgebung widersprechen, ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie die Russische Föderation demokratische Institutionen nutzt, um ihre eigenen illegalen Handlungen zu legitimieren. Neben der tatsächlichen rechtswidrigen Eingliederung dieser Gebiete in ihr Territorium hat die Russische Föderation die Anwendung ihrer Gesetzgebung¹²⁷, ihrer Politik und ihres Regierungssystems in allen Lebensbereichen, ihrer eigenen Systeme der Justiz, der Besteuerung, des Sozialschutzes und der sozialen Dienste, der Regulierung des Privateigentums, der Bildung, der Beschäftigung, der Währungs- und Zollbestimmungen bis hin zur Änderung der Zeitzone auf die VBG der Ukraine ausgedehnt.¹²⁸

Diese Maßnahmen werden von systematischen und weit verbreiteten Verwaltungspraktiken begleitet, die zu schweren Men-

125 IV. Übereinkommen über das Recht und die Gebräuche des Landkrieges und dessen Anhang: Vorschriften über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907, Artikel 43. URL: https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/995_222#Text

126 Siehe z.B. Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949, Artikel 54. RL: https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/995_154#Text

127 Über die Aufnahme der Volksrepublik Donezk in die Russische Föderation und die Bildung eines neuen Subjekts – der Volksrepublik Donezk – innerhalb der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NR. 5-FCZ. URL: <https://docs.cntd.ru/document/351923141>; Über den Beitritt der Volksrepublik Luhansk zur Russischen Föderation und die Bildung eines neuen Subjekts – der Volksrepublik Luhansk – in der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NO. 6-FKZ. URL: <https://docs.cntd.ru/document/351923142>; Über die Aufnahme des Gebietes Saporischschja in die Russische Föderation und die Bildung eines neuen Subjektes – Gebiet Saporischschja – innerhalb der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NR. 7-FKZ. URL: <https://docs.cntd.ru/document/351923140>; Über die Aufnahme der Region Cherson in die Russische Föderation und die Bildung eines neuen Subjekts – der Region Cherson – innerhalb der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NO. 8-FKZ. URL: <https://docs.cntd.ru/document/351923135>.

128 Über die Änderung von Artikel 5 des Föderalen Gesetzes «Über die Berechnung der Zeit»: Föderales Gesetz vom 14. April 2023 Nr. 130-FZ: https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_444714/#dst100008

schenrechtsverletzungen führen¹²⁹, von denen einige eine Fortsetzung solcher Verletzungen gegen die eigene Bevölkerung der Russischen Föderation darstellen, wie z.B. rechtswidriger Freiheitsentzug, Folter, politisch motivierte gerichtliche Verfolgung, Entzug von Eigentumsrechten, Einschränkungen der Redefreiheit, der Freiheit, sich friedlich zu versammeln usw.

Ein weiterer Bereich der Einflussnahme ist die Kontrolle über die Identität der lokalen Bevölkerung. Einige der Verstöße im Zusammenhang mit der freien Meinungsäußerung, dem Zugang zu Informationen und der Möglichkeit, die eigene Sprache und Kultur zu verwenden, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, zielen darauf ab, die Manifestation der ukrainischen Identität zu verhindern und langfristig die ukrainische Identität in den besetzten Gebieten zu zerstören.

Zu demselben Zweck verfolgt Russland eine gezielte Politik der Zerstörung der ukrainischen Kultur in der VBG-Ukraine, mit besonderem Augenmerk auf diejenigen Kulturerbestätten, die für die ukrainische Geschichte wichtig sind, von der Unabhängigkeit des Landes zeugen und dem russischen Narrativ von einem «einzigem Volk» und einer «gemeinsamen Geschichte» widersprechen. So sind Vertreter der Russischen Föderation aktiv dabei, Holodomor-Gedenkstätten zu entfernen und Denkmäler für sowjetische Persönlichkeiten zurückzubringen. Russische Vertreter bringen nicht nur Kulturgebäude und -einrichtungen unter russische Kontrolle, sondern beschlagnahmen auch Kulturstätten in den besetzten Gebieten und bringen sie auf das

Gebiet der Russischen Föderation, führen illegale «Restaurierungen» von Kulturerbestätten durch, was insbesondere zu deren Zerstörung führt.¹³⁰

Russland schenkt der Einschränkung der Religionsfreiheit besondere Aufmerksamkeit und hebt sie als einen Aspekt der ukrainischen Identität hervor. Neben der Zerstörung religiöser Gebäude verfolgt die Russische Föderation eine Politik der Verfolgung bestimmter Konfessionen und religiöser Persönlichkeiten in der gesamten Ukraine: Religiöse Gebäude werden gestürmt, die Anwesenheit von Gläubigen bei Gottesdiensten wird registriert, und Gebäude, die Gemeinschaften gehören, werden beschlagnahmt und an andere russische Organisationen oder Einrichtungen übergeben. Russland stuft bestimmte Religionsgemeinschaften wie die Zeugen Jehovas und die Hizb ut-Tahrir al-Islami als «extremistisch» ein. Ein weiterer Grund für die Verfolgung bestimmter Konfessionen wie der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche und der Ukrainisch-Griechisch-Katholischen Kirche ist die Verwendung der ukrainischen Sprache im Gottesdienst.¹³¹

Das Hauptziel dieser Verstöße besteht darin, die Bevölkerung der VBG-Ukraine in die Rechtswirklichkeit der Russischen Föderation zu «integrieren», die vollständige Kontrolle über die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete zu gewährleisten, sie zu «neuen Russen» zu machen, ihre Bindungen an den ukrainischen Staat zu kappen und diejenigen, die illoyal sind und sich der Russischen Föderation nicht unterworfen haben, physisch aus den besetzten Gebieten zu vertreiben.

129 Rechtssache Ukraine gegen Russland (Krim) (Anträge Nr. 20958/14 und 38334/18). HUDOC-Datenbank der Rechtsprechung des EGMR. 25.06.2024. П. 947-949. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-235139>.

130 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 137-139. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>.

131 Brytsyn M., Vasin M. Faith under Fire: Exploring Religious Freedom in the Context of War in Ukraine / Franklin, Tennessee, USA: Mission Eurasia, 2023. С. 16. URL: <https://sofiyske-bratstvo.org/wp-content/uploads/2024/12/vira-pid-vognem.pdf>.

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

3.1. Auferlegung der russischen Staatsbürgerschaft

Die Russische Föderation, die darauf abzielt, die VBG der Ukraine vollständig und unweigerlich in ihr Hoheitsgebiet einzugliedern und ihre Rückkehr unter ukrainische Kontrolle unmöglich zu machen, konzentriert sich darauf, die gesamte Bevölkerung dieser Gebiete zu russischen Staatsbürgern zu machen. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft eines Staates impliziert eine Verbindung mit diesem Staat sowie eine Reihe von Verpflichtungen gegenüber dem Staat, dessen Staatsbürgerschaft man besitzt. Dies schafft sowohl die Voraussetzungen für eine zusätzliche Kontrolle der Bevölkerung durch Registrierung, Besteuerung und Bindung von Dienstleistungen an die Staatsangehörigkeit als auch die Voraussetzungen für die Haftung für Verstöße gegen das Gesetz über die «Loyalität» gegenüber dem eigenen Staat – es ermöglicht die Verurteilung wegen Hochverrats und anderer Verbrechen, die nur von russischen Staatsbürgern begangen werden können.

Die Russische Föderation wendet im Wesentlichen drei Methoden an, um den Bewohnern des VBG der Ukraine ihre Staatsbürgerschaft aufzuzwingen. Auf die Besetzung der Krim im Jahr 2014 folgte der vollautomatische Zwangserwerb der russischen Staatsbürgerschaft – das einschlägige Gesetz sah vor, dass ukrainische Staatsbürger und Staatenlose, die zum 18. März 2014, zum Zeitpunkt der «Aufnahme der Krim in die

Russische Föderation»¹³², ihren Wohnsitz auf der Halbinsel Krim angemeldet hatten, automatisch die russische Staatsbürgerschaft erhielten. Es war fast unmöglich, einen Antrag auf Ablehnung nach dem im russischen Recht vorgesehenen Verfahren zu stellen,¹³³ da es durchgängig Beschränkungen hinsichtlich der Zeit für die Einreichung, der Orte, an denen ein solcher Antrag gestellt werden konnte, usw. gab.¹³⁴

Später wurde für andere besetzte Gebiete ein anderer Ansatz gewählt. Zunächst vereinfachte die Russische Föderation nach der Besetzung bestimmter Bezirke der Regionen Donezk und Luhansk schrittweise das Verfahren zur Erlangung eines russischen Passes. Der Pass wurde jedoch außerhalb des VBG der Ukraine, auf dem Gebiet der Russischen Föderation, ausgestellt. Mit der vollständigen Invasion, der Besetzung neuer Gebiete der Ukraine und dem Beginn einer neuen Phase der Besetzung bestimmter Bezirke der Regionen Donezk und Luhansk, die ebenfalls unrechtmäßig in die Russische Föderation eingegliedert wurden, hat sich die Vorgehensweise bei der Ausstellung von Pässen für die örtliche Bevölkerung geändert. Russland versucht, die Illusion des freiwilligen Erwerbs seiner Staatsbürgerschaft zu erwecken und das Narrativ des «Treuebekenntnisses» durch den Erhalt eines Passes zu stärken.

Aus diesem Grund sahen die föderalen Gesetze über den Beitritt der besetzten ukrainischen Gebiete zur Russischen Föderation¹³⁵ zwar auch den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch die Bewohner dies-

132 «Menschenrechte im Zusammenhang mit der automatischen Einbürgerung auf der Krim». Open Society Legal Initiative. 2018. URL: <https://drive.google.com/file/d/109ZY5INs8PB8VFFvPlecnwL4N8SabsT3/view>.

133 Über den Beitritt der Republik Krim zur Russischen Föderation und die Bildung von neuen Subjekten der Republik Krim und der Stadt Sewastopol als Teil der Russischen Föderation: Föderales Gesetz Nr. 6-FKZ, Artikel 2. URL: <https://rg.ru/documents/2014/03/22/krym-dok.html>.

134 Analytischer Bericht «Die Einführung der russischen Staatsbürgerschaft für ukrainische Bürger in den besetzten Gebieten der Ukraine und in der Russischen Föderation» / Yurii Mykyty, Oleh Kolesnichenko, Olha Lototska-Kolesnichenko, Nadiya Vaskivska, Liubov Smachylo, Kateryna Rashevskya, bearbeitet von Alyona Lunova, Onysia Syniuk. 2024. S. 24. URL https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/passport_web.pdf

135 Über die Aufnahme der Volksrepublik Donezk in die Russische Föderation und die Bildung eines neuen Subjekts – der Volksrepublik Donezk – innerhalb der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NR. 5-FCZ. URL: <https://docs.cntd.ru/document/351923141>; Über den Beitritt der Volksrepublik Luhansk zur Russischen Föderation und die Bildung eines neuen Subjekts – der Volksrepublik Luhansk – in der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NO. 6-FKZ. URL: <https://docs.cntd.ru/document/351923142>.

er Gebiete vor, doch beschränkte sich der «Automatismus» auf die Anforderung, «den Eid eines Bürgers der Russischen Föderation abzulegen». Minderjährigen wurde das Wahlrecht vollständig entzogen – wenn ihre Eltern die russische Staatsbürgerschaft erwerben, erwerben sie sie automatisch, und Kinder¹³⁶ in russischen Kinderbetreuungseinrichtungen oder unter der Obhut russischer Familien können auf Antrag der russischen Eltern oder sogar der Leiter der Einrichtungen vom Präsidenten der Russischen Föderation die russische Staatsbürgerschaft erhalten.¹³⁷

Gleichzeitig hat die rechtswidrige Ausdehnung der russischen Gesetzgebung auf das gesamte Gebiet der Ukraine Bedingungen geschaffen, die das Leben in den besetzten Gebieten ohne russischen Pass sowie das Verlassen dieser Gebiete erheblich erschweren oder sogar unmöglich machen. Personen, die keinen russischen Pass erhalten haben, werden de facto zu «Ausländern» und müssen ihren Aufenthalt

auf dem eigenen Territorium legitimieren, was zu erhöhter Aufmerksamkeit seitens der russischen Sonderdienste und zu Einschränkungen ihres Aufenthaltsrechts führt.¹³⁸ Derzeit wird Ausländern, die sich ohne ordnungsgemäßen Rechtsgrund im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation aufhalten, eine Frist bis zum 30. April 2025 eingeräumt, um das Land zu verlassen oder ihren Rechtsstatus zu regulieren.¹³⁹

Darüber hinaus wird Personen ohne russische Staatsangehörigkeit in der VBG-Ukraine der Zugang zu medizinischen Leistungen¹⁴⁰, zum Sozialschutz¹⁴¹, zum Recht auf Bildung¹⁴² und zu Arbeitsrechten usw. verwehrt.¹⁴³

«Nun, zuerst, bevor sie alles übernommen haben. Die ganze ... die ganze Verwaltung war in Oleshky, so dass es für unsere Ukrainer möglich war, dort für einige Zeit zu arbeiten. Und dann, als sie kamen und anfangen, ihre Rechte dort auszuüben, setzten sie ihre eigenen Manager dort ein

136 Solche Einrichtungen sind im Präsidialerlass Nr. 11 definiert: Einrichtungen für Waisen und Kinder ohne elterliche Fürsorge, in denen ein Kind unter Aufsicht gestellt wird, pädagogische und medizinische Einrichtungen sowie Einrichtungen, die soziale Dienste anbieten.

137 Über die Definition bestimmter Kategorien ausländischer Bürger und Staatenloser, die berechtigt sind, die russische Staatsbürgerschaft zu beantragen: Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 4. Januar 2024, № 11. URL: http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202401040003?index=3&fbclid=IwAR08rRV9qWHw1_pQ3TovbT4lIkNnf0XOn1fDXvKpvPaXynL5ffUCHsNeKU.

138 Über die Besonderheiten der Rechtsstellung bestimmter Kategorien ausländischer Bürger und Staatenloser in der Russischen Föderation: Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 27. Oktober 2023 Nr. 307. URL: <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202304270013?index=1>.

139 Über vorübergehende Maßnahmen zur Regelung der Rechtsstellung bestimmter Kategorien ausländischer Staatsbürger und Staatenloser in der Russischen Föderation im Zusammenhang mit der Anwendung des Ausweisungsregimes: Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 30. Dezember 2024, № 1126. URL: <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202412300002>.

140 OHCHR-Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. März-31. Mai 2024, 03.07.2024, P. 44. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-07/24-07-03%20OHCHR%2039th%20periodic%20report%20on%20Ukraine_UKR.pdf; Analytischer Bericht «Auferlegung der russischen Staatsbürgerschaft für ukrainische Bürger in den besetzten Gebieten der Ukraine und in der Russischen Föderation» / Yuriy Mykytyn, Oleh Kolesnichenko, Olha Lototska-Kolesnichenko, Nadiya Vaskivska, Liubov Smachylo, Kateryna Rashevka, herausgegeben von Alyona Lunova, Onysia Syniuk. 2024. C. 35. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/passport_web.pdf.

141 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. Februar bis 31. Juli 2023. OHCHR, 04.10.2023, P. 102. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

142 Analytischer Bericht «Die Einführung der russischen Staatsbürgerschaft für ukrainische Bürger in den besetzten Gebieten der Ukraine und in der Russischen Föderation» / Yuriy Mykytyn, Oleh Kolesnichenko, Olha Lototska-Kolesnichenko, Nadiya Vaskivska, Liubov Smachylo, Kateryna Rashevka, bearbeitet von Alyona Lunova, Onysia Syniuk. 2024. C. 40. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/passport_web.pdf.

143 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR, 20.03.2024, P. 116. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>; Analytischer Bericht «Auferlegung der russischen Staatsbürgerschaft für ukrainische Bürger in den besetzten Gebieten der Ukraine und in der Russischen Föderation» / Yuriy Mykytyn, Oleh Kolesnichenko, Olha Lototska-Kolesnichenko, Nadiya Vaskivska, Liubov Smachylo, Kateryna Rashevka; bearbeitet von Alyona Lunova, Onysia Syniuk. 2024. C. 40. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/passport_web.pdf.

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

und ... dann war es schon vorbei. Es war damals schon schwer. Damals konnte man ohne Pass nichts machen, man brauchte einen russischen Pass, um ins Krankenhaus zu gehen, um irgendetwas zu machen, aber man brauchte einen russischen Pass.»¹⁴⁴

Druck zur Erlangung eines russischen Passes wird auch durch Manipulation von Eigentumsrechten ausgeübt. So ist beispielsweise geplant, Wohnungen zu konfiszieren, die «nicht genutzt» werden – für die keine Nebenkosten gezahlt werden oder für die es keine Einträge im russischen Immobilienregister gibt, wofür ebenfalls ein russischer Pass erforderlich ist. Gleichzeitig ist es möglich, die Nutzung der Immobilie nur persönlich zu bestätigen.¹⁴⁵

Die Weigerung, einen russischen Pass zu erhalten, führte zu einer Bedrohung der persönlichen Sicherheit – das Fehlen eines russischen Dokuments weckt das Interesse der Strafverfolgungsbehörden und der russischen Streitkräfte¹⁴⁶, bis hin zu Drohungen an die Eltern, ihnen die elterlichen Rechte zu entziehen, wenn ihr Kind nicht die russische Staatsbürgerschaft erhält.¹⁴⁷

Der Zwang zum Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft ist ein Mittel, um in den besetzten Gebieten ein vollständig russisches Umfeld zu schaffen. Die Weigerung, einen Pass zu erhalten, führt zu Einschränkungen beim Zugang zu grundlegenden Rechten und Dienstleistungen und macht es unmöglich, im VBG der Ukraine zu leben. Auf diese Weise verändert die Russische Föderation auch die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung – sie zwingt diejenigen, die mit der Ausstellung

eines Passes nicht einverstanden sind und ohne ihn nicht überleben können, zum Verlassen des Gebiets und zwingt diejenigen, die bleiben, dazu, «Loyalität zu beweisen». Die Russische Föderation nutzt die Ausstellung von Pässen als Mittel zur Kontrolle der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, indem sie ihnen die Pflichten eines Staatsbürgers auferlegt, z. B. den Militärdienst, und es ermöglicht, diese Personen für Verbrechen haftbar zu machen, die ausschließlich von russischen Staatsbürgern begangen wurden.

3.2. Zwang zum Dienst in den Streitkräften eines feindlichen Staates / zur Teilnahme an Feindseligkeiten gegen das eigene Land

Gleichzeitig werden Personen, die einen russischen Pass erwerben, zum Militärdienst verpflichtet. In der Russischen Föderation ist die Praxis weit verbreitet, die einheimische Bevölkerung zum Dienst in ihren Streitkräften und zur Teilnahme an Feindseligkeiten gegen ihren eigenen Staat zu zwingen. Die Wehrpflicht in der Russischen Föderation wurde seit Beginn der Besetzung im Jahr 2014 auf das Gebiet der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol ausgedehnt, und seither wurden 20 Einberufungskampagnen durchgeführt, von denen die letzte am 31. Dezember 2024 endete. In diesem Zeitraum wurden mindestens 50.000 Krimbewohner, von denen die meisten ukrainischen Staatsbürger sein dürften, zu den russischen Streitkräf-

144 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Cherson.

145 OHCHR-Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. März-31. Mai 2024. 03.07.2024. П. 49. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-07/24-07-03%20OHCHR%2039th%20periodic%20report%20on%20Ukraine_UKR.pdf; Analytischer Bericht «Auferlegung der russischen Staatsbürgerschaft für ukrainische Bürger in den besetzten Gebieten der Ukraine und in der Russischen Föderation» / Yurii Mykyty, Oleh Kolesnichenko, Olha Lototska-Kolesnichenko, Nadiya Vaskivska, Liubov Smachylo, Kateryna Rashevsk; herausgegeben von Aliona Lunova, Onysia Syniuk. 2024. С. 41. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/passport_web.pdf.

146 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. Februar bis 31. Juli 2023. OHCHR. 04.10.2023. П. 101. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

147 OHCHR-Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. März-31. Mai 2024. 03.07.2024. П. 45. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-07/24-07-03%20OHCHR%2039th%20periodic%20report%20on%20Ukraine_UKR.pdf

ten eingezogen.¹⁴⁸ Laut Plan sollten 10.000 Krimbewohner im Rahmen der am 21. September 2022 angekündigten sogenannten «Teilmobilisierung» mobilisiert werden.¹⁴⁹

Trotz der Illusion der «Unabhängigkeit» der sogenannten LPR/DPR bezog Russland die lokale Bevölkerung aktiv in seine Streitkräfte ein – 2014 wurden das 1. Armeekorps der «Donezker Volksrepublik» und das 2. Armeekorps der «Luhansker Volksrepublik» geschaffen, die vollständig der russischen Armee unterstellt waren und aus rund 35.000 Soldaten bestanden.¹⁵⁰ Die Vereinfachung des Verfahrens zur Erlangung eines russischen Passes für die Bewohner dieser Regionen vor der umfassenden Invasion wurde auch dazu genutzt, sie in die Streitkräfte zu rekrutieren, auch durch den Militärdienst.

Die Bewohner der besetzten Bezirke der Oblaste Donezk und Luhansk wurden am selben Tag – dem 19. Februar 2022 – von den Leitern der Besatzungsverwaltungen in den besetzten Gebieten der Oblaste Donezk und Luhansk zur «allgemeinen Mobilisierung» aufgerufen. Nach Angaben des Verteidigungsnachrichtendienstes der Ukraine hat Russland seit Anfang 2022 55.000 bis 60.000 Mann für seine Armee im VBG der Ukraine zwangsmobilisiert.¹⁵¹ Russische Quellen berichten, dass in der sogenannten LPR/DPR während der Mobilisierung 79.800 Personen mobilisiert wurden.¹⁵² Die Mobilisierung fand auch unter Bedingungen statt, die die

Freizügigkeit einschränkten, einschließlich Reisebeschränkungen für Männer. Um sie zur Teilnahme an den Feindseligkeiten gegen die Ukraine in diesen Gebieten zu zwingen, wurden die Männer auf der Straße «gefangen» und in Militärkommissariate gebracht.¹⁵³ Die Inhaftierten wurden nicht über ihren Aufenthaltsort oder ihre Reiseroute informiert, und ihre Telefone wurden zusätzlich beschlagnahmt, um die Kontaktaufnahme mit ihren Familien zu verhindern. Alle Dokumente über den Aufschub der Einberufung oder die Reservierung für das Unternehmen wurden ignoriert und an Ort und Stelle vernichtet. In den besetzten Gebieten wurden aktive «Inspektionen» von kommunalen Einrichtungen und Privatwohnungen durchgeführt, um Männer zu identifizieren, ebenso wie von Bildungseinrichtungen. Personen, die sich der «Mobilmachung» entzogen, wurde eine Haftstrafe von «sieben Jahren» angedroht, und ihren Angehörigen, die ihnen Unterschlupf gewährten, drohten mehrere Jahre Gefängnis. Die Gesetzgebung der so genannten LPR/DPR sah generell eine Haftung für die Umgehung der militärischen Registrierung und Mobilisierung vor.¹⁵⁴

Gleichzeitig wurde mit der Einbindung der Bevölkerung in den Dienst die Illusion der «Freiwilligkeit» geschaffen – Männer wurden unter psychischem und physischem Druck gezwungen, Anträge auf freiwillige Mitgliedschaft in bewaffneten Formationen zu unterschreiben.

148 Nach Angaben der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC auf Ersuchen des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments.

149 Analytischer Bericht «Zwangsmobilisierung ukrainischer Bürger durch die Russische Föderation in den besetzten Gebieten der Ukraine: Fakten und rechtliche Einordnung». Koalition «Ukraine. 5 Uhr». September 2022. URL: <https://zmina.ua/publication/prymusova-mobilizacziya-rosijskoyu-federacziyeyu-gromadyan-ukrayiny-na-okupovanij-terytoriyi-ukrayiny-fakty-ta-pravova-kvalifikacziya/>.

150 Basierend auf nicht-öffentlichen Untersuchungen des Centre for Information Resilience und Detector Media.

151 Wie täuscht Russland den eroberten Donbas heute? Donbas Realitäten. 30.07.2023. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=SCKlp9-trgU>

152 Die Organisations- und Mobilisierungsorgane werden ihre Arbeit in allen Tätigkeitsbereichen weiter verbessern. Verteidigungsministerium der Russischen Föderation. 27.03.2023. URL: <https://web.archive.org/web/20230525144447/https://voenkom.ric.mil.ru/Stati/item/495317/>.

153 Basierend auf nicht-öffentlichen Untersuchungen des Centre for Information Resilience und Detector Media.

154 Analytischer Bericht «Zwangsmobilisierung ukrainischer Bürger durch die Russische Föderation in den besetzten Gebieten der Ukraine: Fakten und rechtliche Einordnung» / Onysia Syniuk, Andriy Yakovlev, Mykyta Petrovets, Daria Svyrydova. Koalition «Ukraine. 5 Uhr». September 2022. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/01/mobilization_ukr.pdf.

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Mit der illegalen Eingliederung der VBG der Ukraine in die Russische Föderation änderte sich die Situation in Bezug auf die Wehrpflicht in diesen Gebieten – die neue Gesetzgebung sah vor, dass die Einberufung russischer Bürger, die in den besetzten Gebieten der Regionen Saporischschja und Cherson leben, im Jahr 2023 beginnen würde.¹⁵⁵ Nach Angaben des Verteidigungsnachrichtendienstes der Ukraine hat die Russische Föderation im Herbst 2024 etwa 300 Personen¹⁵⁶ in die VBG der Regionen Saporischschja und Cherson eingezogen. Was die sog. LPR/DPR betrifft, so dienten die Soldaten, die zum Zeitpunkt der Eingliederung der sog.

LPR/DPR in die Russische Föderation in den «militärischen Formationen» dieser Entitäten dienten, weiterhin nach russischem Recht, bis die Frage des Abschlusses von Verträgen mit ihnen oder ihrer Entlassung aus dem Dienst gesetzlich geregelt war. Es wurde davon ausgegangen, dass diese Wehrpflichtigen nach russischem Recht den Status von Vertragsbediensteten hatten. Die beiden Einberufungskampagnen des Jahres 2024 wurden in allen besetzten Gebieten der Ukraine durchgeführt.¹⁵⁷

Zu Zwangszwecken macht Russland auch in großem Umfang von der verwaltungsrechtlichen und strafrechtlichen Haftung für die Umgehung der militärischen Registrierung und des Militärdienstes Gebrauch. So sind seit 2015 bei den Besatzungs-«Gerichten» im VGB der AR Krim und Sewastopol 53 Strafverfahren nach Artikel 328 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation gegen Personen eingegangen, die sich der Wehrpflicht oder dem Zivildienst entziehen.

Davon wurden 244 (44 Prozent) nach dem 24. Februar 2022 eingeleitet, d.h. nach dem Beginn des vollständigen Einmarsches der russischen Truppen in die Ukraine.¹⁵⁸

Nach nicht öffentlichen Recherchen des Centre for Information Resilience (CIR) und von Detector Media wird weiterhin versucht, das Bild einer großen Zahl von Freiwilligen zu erwecken, die den russischen Streitkräften beitreten, einschließlich des Drucks auf Reservisten, Bürger in der Reserve und Wehrpflichtige, Verträge zu unterzeichnen, die sie zum Dienst im russischen Militär verpflichten. Die Methoden des Drucks reichen von Anreizen, meist hohen Gehältern, bis hin zu Gewalt, Schikanen, Drohungen usw. Eine weitere Methode wird auf Personen angewandt, die im Rahmen der Mobilisierungskampagne in der so genannten LPR/DPR mobilisiert wurden, nämlich die Androhung strafrechtlicher Konsequenzen und die Aufnahme in die Fahndungsliste wegen unerlaubten Verlassens der Einheit, weil sie sich geweigert haben, einen Vertrag zu unterzeichnen.¹⁵⁹

Russland betreibt auch eine aggressive Informationspolitik, um die Bedeutung und das Prestige des Militärdienstes zu fördern. Die Propaganda ist ein fester Bestandteil sowohl der Medien als auch der Öffentlichkeit und des Bildungswesens, mit immer mehr «militärischen Feiertagen» und Anlässen, bei denen «Teilnehmer der Streitkräfte» erwähnt werden, die auch aktiv an der Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen beteiligt sind.

Die Einbindung der lokalen Bevölkerung in den besetzten Gebieten in die russischen Streitkräfte und die Teilnahme an

155 Über die Aufnahme des Gebiets Cherson in die Russische Föderation und die Bildung eines neuen Subjekts – des Gebiets Cherson – innerhalb der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NR. 8-FKZ. URL: https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_428186/.

156 Zwangsrekrutierung – Russland verstärkt die Mobilisierung zum VBG der Regionen Saporischschja und Cherson Offizieller Telegrammkanal des Verteidigungsnachrichtendienstes der Ukraine. 09.01.2025. URL: <https://t.me/DIUkraine/5184>

157 Über die Aufnahme der Volksrepublik Donezk in die Russische Föderation und die Bildung eines neuen Subjekts – der Volksrepublik Donezk – innerhalb der Russischen Föderation: Bundesverfassungsgesetz vom 4. Oktober 2022. NR. 5-FCZ. URL: https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_428188/.

158 Nach Angaben der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC auf Ersuchen des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments.

159 Basierend auf nicht-öffentlichen Recherchen von ZMINA.

Feindseligkeiten gegen den eigenen Staat ist sowohl ein Selbstzweck – zur Erhöhung der Mobilisierungsreserve und der Zahl der russischen Streitkräfte – als auch ein zusätzliches Mittel zur Kontrolle und Einschüchterung. Die Propaganda des Dienstes in den russischen Streitkräften schafft auch bei der lokalen Bevölkerung eine verzerrte Sicht auf die Ursachen und den Verlauf der bewaffneten Aggression Russlands gegen die Ukraine.

3.3 Nutzung des russischen Justiz- und Strafverfolgungssystems zur Verfolgung der lokalen Bevölkerung

Das russische Justizsystem wurde 2014 auf der VBG der Krim eingeführt und 2022¹⁶⁰ auf alle anderen vor und nach dem 24. Februar 2022 besetzten Gebiete der Ukraine ausgedehnt. Zumindest wurde das von Russland auf der besetzten Krim geschaffene Justizsystem bereits vom EGMR als nicht «gesetzlich verankert» im Sinne von Artikel 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkannt.¹⁶¹

Die Ausbreitung des russischen Justiz- und Strafverfolgungssystems auf die VBG der Ukraine betraf alle Stufen – von der Anwendung der russischen Gesetzgebung in den besetzten Gebieten, sogar rückwirkend,

über die Ersetzung lokaler Richter durch russische, die Eingliederung von Strafvollzugsanstalten in das föderale System bis hin zur vollständigen Übertragung des russischen Justizsystems auf die VBG der Ukraine.¹⁶² Ein zusätzlicher Rechtsmittelentzug war die Beschlagnahme der Anwaltskammer in der VBG – um auf der Krim seit 2014 und nach der illegalen Eingliederung aller anderen Gebiete in die Russische Föderation sowie in allen VBG der Ukraine als Anwalt tätig zu sein, muss man die russische Staatsbürgerschaft besitzen und eine Qualifikationsprüfung über die Kenntnis des russischen Rechts ablegen.¹⁶³

Darüber hinaus sind unabhängige ukrainische Rechtsanwälte in den VBG der Ukraine, die ukrainische Bürger gegen politisch motivierte Verfolgung durch die Russische Föderation verteidigen, selbst dem Druck und der Verfolgung durch die Besatzungsbehörden ausgesetzt – Drohungen,¹⁶⁴ Diskreditierungskampagnen gegen sie in den von den Besatzern kontrollierten Medien, Behinderung ihrer juristischen Tätigkeit, Durchsuchungen ihrer Büros und Wohnungen unter verschiedenen Vorwänden und Verfahren gegen sie, die zu Haft- und Geldstrafen führen.¹⁶⁵

Schon die Erfahrungen auf der Krim haben gezeigt, dass das von der Russischen Föderation auferlegte Justizsystem keinen wirksamen Schutz und keine angemessenen Standards für eine gerechte Justiz bot

160 Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 1. August bis 30. November 2023. OHCHR. 12.12.2023. П. 41. URL: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/ukraine/2023/23-12-12-OHCHR-37th-periodic-report-ukraine-UKR.pdf>.

161 Ukraine gegen Russland (Krim) [GC] – 20958/14 und 38334/18, Urteil vom 25.6.2024 [GC], Juni 2024. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-207622>

162 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 12. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>.

163 «Krim ohne Regeln. Ein thematischer Überblick über die Menschenrechtssituation unter der Besetzung». Ausgabe 5. Besetztes Recht. Teil 1 / herausgegeben von S. Zaets, R. Martynovskyi, D. Svyrydova. Kyiv, 2019. URL: https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2020/01/TO5_fin_.pdf.

164 Anwälte unter Besetzung: Die Situation der Wahrung der Rechte von Anwälten im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt in der Ukraine. UHHRU, RCHR. 2018. C. 18. URL: https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2019/01/1_Advocates_occupation_2018.pdf.

165 Verfolgung und Demütigung: Die Realität von Anwälten auf der besetzten Krim / eine Gruppe von Experten für internationales Recht mit Unterstützung des SEELI-Instituts und der Koalition «Ukraine. Fünf am Morgen». 2023. S. 5. URL: <https://ulag.org.ua/uk/reports-and-materials/analytical-report-attorneys-under-occupation-in-crimea/>.

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

und ein Instrument der politischen Verfolgung war.¹⁶⁶

So ist beispielsweise die Praxis der «Ausweisung» der einheimischen Bevölkerung in das Gebiet der Russischen Föderation, in Drittländer oder in das von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiet durch Entscheidungen russischer Gerichte im Rahmen der Verwaltungshaftung, insbesondere wegen «Verletzung der Migrationsgesetzgebung», weit verbreitet. Infolge einer solchen Ausweisung konnten Personen keine befristete Aufenthaltsgenehmigung in der Russischen Föderation und keine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung in der Russischen Föderation (russisch: «вид на жительство») für einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren erhalten und wurden mit einem Einreiseverbot in die Russische Föderation und dementsprechend auch in das Gebiet der besetzten Krim belegt, das die Russische Föderation unrechtmäßig als russisches Hoheitsgebiet betrachtet.¹⁶⁷

Die Praxis, Personen wegen «häuslichen Extremismus» vor Gericht zu stellen, ist auch auf der Krim weit verbreitet.¹⁶⁸ Zwischen dem Beginn der Besetzung und dem Jahr 2024 wurden 892 Fälle dieser Kategorie vor Gericht verhandelt, wobei in insgesamt 794 Fällen entschieden wurde, die Betroffenen zur Verantwortung zu ziehen. Mindestens 107 Fälle von «inländischem Extremismus» und die Haftung dafür betrafen ukrainische

Bürger, die entweder ukrainische Bücher führten, in denen die Aktivitäten Russlands negativ dargestellt wurden, oder ihre Unterstützung für die Ukraine durch das Zeigen von Symbolen der Ukrainischen Aufständischen Armee, der Organisation «Rechter Sektor» oder des Asow-Regiments demonstrierten.¹⁶⁹

Darüber hinaus änderte die Russische Föderation nach der umfassenden Invasion in der Ukraine ihre Straf- und Verwaltungsgesetze, um eine Haftung für öffentliche Handlungen vorzusehen, die darauf abzielen, den Einsatz der russischen Streitkräfte zu diskreditieren, sowie für die öffentliche Verbreitung eindeutig falscher Informationen über den Einsatz der russischen Streitkräfte, die Ausübung von Befugnissen durch russische Staatsorgane und öffentliche Handlungen, die darauf abzielen, den Einsatz der russischen Streitkräfte zum Schutz der Interessen der Russischen Föderation¹⁷⁰ und ihrer Bürger sowie zur Wahrung des internationalen Friedens¹⁷¹ und der Sicherheit zu diskreditieren. Allein im Jahr 2022 wurde die Frage der angeblichen Diskreditierung der russischen Streitkräfte 234 Mal von den «Gerichten» der Krim behandelt, und in 194 Fällen erließen die «Gerichte» Entscheidungen über die Verhängung einer Verwaltungsstrafe.¹⁷² **Nach Angaben des Vertretungsbüros des Präsidenten der Ukraine in der AR der Krim gingen bis zum 24. Februar**

166 Krim-Prozess: Beobachtung der Standards für faire Verfahren in politisch motivierten Fällen / hrsg. von Daria Svyrydova. Kyiv, 2018. P. 9. URL: https://zmina.info/upload/CrimeanProcessENG_Web.pdf.

167 «Krim ohne Regeln. Ein thematischer Überblick über die Menschenrechtssituation unter der Besetzung» – Sonderausgabe – Vertreibung von Zivilisten aus der besetzten Krim durch die Russische Föderation / herausgegeben von S. Zaets, R. Martynovskiy, D. Svyrydova. Kyiv, 2018. URL: <https://krymbezpravil.org.ua/wp-content/uploads/2023/05/KBP-Vyidvorennye.pdf>.

168 Für die Zwecke dieser Studie beziehen wir uns auf Artikel 20.3 «Propaganda oder öffentliche Zurschaustellung von nationalsozialistischen Attributen oder Symbolen oder von Attributen oder Symbolen extremistischer Organisationen oder von anderen Attributen oder Symbolen, deren Propaganda oder öffentliche Zurschaustellung durch föderale Gesetze verboten ist» und Artikel 20.29 «Herstellung und Verbreitung von extremistischem Material» des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten der Russischen Föderation (Russisch: «Gesetzbuch der Ordnungswidrigkeiten»).

169 Nach Angaben der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC auf Ersuchen des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments.

170 Über die Änderung des Gesetzes der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten: Föderales Gesetz vom 4. März 2022. NR. 31-FZ. URL: <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202203040006?index=9>.

171 Zur Änderung des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation und der Artikel 150 und 151 der Strafprozessordnung der Russischen Föderation: Föderales Gesetz vom 25. März 2022. NR. 63-FZ. URL: <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202203250068>.

172 Wie die Krim im Jahr 2022 lebte. Krim SOS. S. 11. URL: <https://krymsos.com/wp-content/uploads/2023/02/crimeasos-annual-situation-report-2022-ua.pdf>.

2025 bei den Gerichten im VBG der Halbinsel Krim und anderen zuständigen Behörden (ein Fall der Prüfung durch die Jugendkommission ist bekannt) 1242 Fälle ein, die nach Artikel 20.3.3 des Verwaltungsgesetzbuches der Russischen Föderation qualifiziert sind.¹⁷³ Davon wurde in 1101 Fällen entschieden, eine Verwaltungsstrafe in Form einer Geldstrafe zu verhängen oder den Fall mit einem anderen Fall nach einem anderen Artikel zu verbinden und eine kumulative Entscheidung zu treffen. In 40 Fällen wurde die Prüfung der Unterlagen fortgesetzt. 520 (47%) Entscheidungen wurden gegen Frauen und 580 (53%) gegen Männer erlassen. Der Gesamtbetrag der verhängten Geldbußen beläuft sich auf mindestens 35,5 Millionen RUB.

Einige dieser Fälle beziehen sich auf die Veröffentlichung oder Demonstration von Aufrufen wie «Nein zum Krieg!» und «Stoppt den Krieg» und anderen Erklärungen gegen den Krieg, «Ruhm für die Ukraine», «Ruhm für die Streitkräfte» und sogar Fälle im Zusammenhang mit dem öffentlichen Anhören ukrainischer Lieder mit militärischen Themen.¹⁷⁴

Der EGMR stellte fest, dass die Politik der Russischen Föderation systematische und weit verbreitete ungerechtfertigte Beschränkungen der Meinungsäußerung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine aufweist.¹⁷⁵ Die Maßnahmen wurden auf eine Reihe von Äußerungen angewandt, die weit über diejenigen hinausgehen, die tatsächlich die nationale oder öffentliche Sicherheit bedrohen könnten. Darüber hinaus zielen Art und Schwere der verhängten Strafen

nicht nur darauf ab, Einzelpersonen zu bestrafen, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes einzuschüchtern und so die öffentliche Debatte über Fragen von erheblichem öffentlichen Interesse zu unterdrücken. Ein solcher Ansatz schafft unweigerlich eine Atmosphäre der Selbstzensur, die andere daran hindert, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen, das für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich ist.

Auch die Strafverfolgungs- und Justizsysteme werden aktiv zur Unterdrückung der friedlichen Versammlungsfreiheit eingesetzt. Zu diesem Zweck wird eine Reihe von formalen Gründen verwendet, um Versammlungen in der Phase der Einholung einer vorherigen Genehmigung zu verbieten – von der Tatsache, dass andere Organisatoren eine Versammlung zur gleichen Zeit und am gleichen Ort beantragt haben, bis hin zum «Verbot der Propaganda nichttraditioneller Werte». Die nächste Stufe ist die tatsächliche Einschüchterung mit Konsequenzen – die verwaltungsrechtliche Haftung für die Durchführung von Versammlungen und die gewaltsame Auflösung von Versammlungen durch die Strafverfolgungsbehörden und die administrative Haftung der Teilnehmer. Im April 2019 gab es 373 Entscheidungen gegen 358 Personen, die von den Besatzungsgerichten zu Strafen für die Organisation und Teilnahme an friedlichen Versammlungen verurteilt wurden.¹⁷⁶

Gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten wird das Urteil rechtskräftig, wenn die Parteien erklären,

¹⁷³ Artikel 20.3.3 des Verwaltungsgesetzbuches der Russischen Föderation. Öffentliche Aktionen, die darauf abzielen, den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation zum Schutz der Interessen der Russischen Föderation und ihrer Bürger, zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit oder die Ausübung von Befugnissen durch die staatlichen Organe der Russischen Föderation zu den oben genannten Zwecken zu diskreditieren, sowie die Unterstützung von Freiwilligenformationen, Organisationen oder Einzelpersonen bei der Erfüllung von Aufgaben, die den Streitkräften der Russischen Föderation oder den Truppen der Nationalgarde der Russischen Föderation übertragen wurden

¹⁷⁴ Nach Angaben der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC auf Ersuchen des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments.

¹⁷⁵ Urteil in der Rechtssache Novaya Gazeta und andere gegen Russland, 11.02.2025: <https://hudoc.echr.coe.int/?i=001-241738>

¹⁷⁶ «Halbinsel der Angst»: fünf Jahre Gefangenschaft auf der Krim / herausgegeben von O. Skrypnyk. Dritte, korrigierte und ergänzte Auflage. Kyjiw: Paper Snake-Protected Area, 2019. S. 98-99. URL: https://crimeahrg.org/wp-content/uploads/2019/06/Peninsula-Fear_2019-RU.pdf.

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

dass sie keinen Antrag auf Verweisung an die Große Kammer stellen werden, oder drei Monate nach dem Tag des Urteils, wenn kein Antrag auf Verweisung an die Große Kammer gestellt worden ist, oder wenn ein Ausschuss der Großen Kammer den Antrag auf Verweisung an die Große Kammer gemäß Artikel 43 ablehnt.

Mit der Errichtung der politischen Kontrolle über die besetzten Gebiete versucht die Russische Föderation auch, die vorangegangene Gewalt zu legitimieren, indem sie die Verfolgten durch die Verfahren des russischen Strafverfolgungs- und Justizsystems schickt und dabei «antiextremistische», «antiterroristische» und andere repressive Gesetze anwendet. Einige Personen, die in der ersten Phase der Beschlagnahmung und Besetzung von Gebieten rechtswidrig inhaftiert waren, wurden schließlich formell angeklagt.¹⁷⁷ Darüber hinaus wendet die Russische Föderation eine rückwirkende Strafverfolgung an – im Januar 2015 wurde gegen die Teilnehmer einer friedlichen Demonstration, die am 26. Februar 2014 in Simferopol in der Nähe des Gebäudes der Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim vor der Besetzung der Halbinsel Krim stattgefunden hatte, Anklage wegen «Organisation von Massenumruhen» erhoben, die unter anderem den direkten Zweck hatte, ukrainische Bürger für ihren Widerstand gegen die Besetzung zu bestrafen.¹⁷⁸

«Sehen Sie, im August habe ich eine solche Aktion unternommen, als ich die Fah-

ne vom Gebäude der Gemeindeverwaltung heruntergerissen habe. Eine Kamera zeichnete diese Tatsache auf, und dementsprechend wurde ich verhaftet, zwei Wochen lang in einer Zelle, wie das Untersuchungsgefängnis genannt wird, und in Einzelhaft gehalten. Es ist nur so, dass sie, als das geschah, weder ein Justizsystem noch ein Polizeisystem waren. Sie waren gerade dabei, es einzurichten. Und sie haben es erst um den 23. September herum eingerichtet. Sie hatten Richter und Staatsanwälte und alles. An das genaue Datum des Prozesses erinnere ich mich nicht mehr. Es war um den 17. und 18. November 2023. Mitte September wurde ein Strafverfahren gegen mich eröffnet. Es wurde wieder erneuert».¹⁷⁹

Im Jahr 2022 fällten Gerichte auf der besetzten Krim und in Russland Schuldsprüche gegen mindestens 54 Opfer politisch motivierter Verfolgung auf der Halbinsel wegen Mitgliedschaft in «verbotenen Organisationen» wie den Zeugen Jehovas, Hizb ut-Tahrir, Herstellung und Weitergabe von Sprengstoff, Landesverrat usw.¹⁸⁰

Abgesehen von der Rechtswidrigkeit der Anklagen selbst verstößt das System auch gegen das gesetzliche Verfahren. In mindestens 154 Fällen haben Gerichte ukrainische Bürger nach Verfahren, die gegen das Recht auf ein faires Verfahren verstießen, für schuldig befunden, insbesondere indem sie glaubwürdige Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen an Orten der Inhaftierung, einschließlich Folter, Misshandlung, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, ignorierten.¹⁸¹ Es gibt eine system-

177 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. Februar bis 31. Juli 2023. OHCHR. 04.10.2023. П. 121. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

178 «Halbinsel der Angst»: fünf Jahre Gefangenschaft auf der Krim / herausgegeben von O. Skrypyk. Dritte, korrigierte und ergänzte Auflage. Kyjiw: Papierschlange-Schutzgebiet, 2019. S. 102. URL: https://crimeahrg.org/wp-content/uploads/2019/06/Peninsula-Fear_2019-RU.pdf.

179 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Donezk.

180 Wie die Krim im Jahr 2022 lebte. Krim SOS. S. 6-9. URL: <https://krymsos.com/wp-content/uploads/2023/02/crimeasos-annual-situation-report-2022-ua.pdf>.

181 Zehn Jahre der Besetzung durch die Russische Föderation: Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und in der Stadt Sewastopol, Ukraine. OHCHR. 28.02.2024. П. 13. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-02/2024-02-28%20OHCHR%20Ten%20Years%20of%20Occupation%20in%20Crimea%20UKR_0.pdf

atische Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren in Fällen, an denen ukrainische Staatsangehörige beteiligt sind, was nicht das Ergebnis der Exzesse eines einzelnen Täters sein kann.¹⁸²

Die Ausbreitung der russischen Gesetzgebung und Systeme hat das Ausmaß der Gewaltanwendung nicht verringert, insbesondere die Praxis der Inhaftierung von Menschen unter unangemessenen Bedingungen und der Folter in Haftanstalten. 90 Prozent der zivilen Häftlinge wurden gefoltert oder misshandelt,¹⁸³ auch von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden und des russischen Strafvollzugs. Dies ist ein allgemeines Symptom des russischen Strafverfolgungs- und Strafvollzugssystems – die Situation in Bezug auf Misshandlung und Folter in russischen Haftenrichtungen, in die ukrainische Staatsbürger aus den besetzten Gebieten illegal verbracht werden, ist manchmal sogar noch schlimmer.¹⁸⁴

Die repressiven Praktiken, die durch die Anwendung der Verwaltungs- und Strafgesetzgebung der Russischen Föderation umgesetzt werden, ermöglichen es, die Illusion eines bestimmten rechtlichen Prozesses zu schaffen und das Recht auf ein faires Verfahren vorzutäuschen. Gleichzeitig verfolgen sie dasselbe Ziel wie die offene Gewalt in der Anfangsphase der Besatzung – die Unterwerfung der lokalen Bevölkerung, die Einschüchterung und die Verhinderung jeglichen Widerstands durch die Androhung von Haftung, die Einschränkung der persönlichen Freiheit und die Zufügung von Leid.

3.4. Die Verbreitung des russischen Bildungssystems

Wie andere Lebensbereiche in den besetzten Gebieten wurde auch das Bildungswesen von der Russischen Föderation vollständig auf ihre Standards übertragen und in das nationale System integriert. Auf der Krim wurde das russische System der Vorschul-, Sekundarschul-, Berufs- und Hochschulbildung im Mai 2014 per Gesetz eingeführt, und der Übergang wurde am 1. September 2014 in die Praxis umgesetzt. Durch die Umschulung aller Lehrkräfte an den Schulen der Krim (etwa 20 000 Lehrkräfte) und die Bereitstellung eines Satzes russischer Schulbücher für jedes Schulkind auf der Krim und in Sewastopol wurde der Unterricht nach russischen Lehrplänen aufgenommen.¹⁸⁵

Es wurde davon ausgegangen, dass mit Beginn des Schuljahres 2022/2023 alle Schulen im VBG der Ukraine nach den russischen Bildungsstandards arbeiten würden.¹⁸⁶

Die Umsetzung russischer Standards bedeutet in der Praxis die Zerstörung der ukrainischen Sprache und Kultur, die Ersetzung ukrainischer Schulbücher durch russische, das Verbot des Unterrichts in ukrainischen Fächern, einschließlich der Geschichte der Ukraine, die Verzerrung der Geschichte der Ukraine und der Geschichte der Krimtataren, die teilweise Ersetzung von Lehrern, die auf der Krim gearbeitet haben, durch russische Lehrer und die aktive ideologische «Umerziehung» von Lehrern.¹⁸⁷

182 Verweigerung eines fairen Verfahrens als Gräueltat während des russischen Krieges gegen die Ukraine: Kontext, Praxis, Recht und Perspektiven / ZMINA, MIHR, Dezember 2024:

183 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 40. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>.

184 Nach Angaben von Crimea SOS.

185 Analytischer Bericht «Krim-Szenario»: Wie die Russische Föderation die ukrainische Identität der Kinder in den besetzten Gebieten zerstört» / A. Vorobyova, M. Sulyalina. Kyjiw, 2023. S. 5. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2023/02/Analitichnyy-zvit-»Kryms'kyy-stsenarij-yak-Rosiy'ska-Federatsiya-znyshchuye-ukrayins'ku-identychnist'-ditey-na-okupovanykh-terytoriyakh_ukr_Almenda_2022.pdf

186 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 130. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>.

187 Analytischer Bericht «Krim-Szenario»: Wie die Russische Föderation die ukrainische Identität der Kinder in den besetzten Gebieten zerstört» / A. Vorobyova, M. Sulyalina. Kyjiw, 2023. C. 13. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2023/02/Analitichnyy-zvit-»Kryms'kyy-stsenarij-yak-Rosiy'ska-Federatsiya-znyshchuye-ukrayins'ku-identychnist'-ditey-na-okupovanykh-terytoriyakh_ukr_Almenda_2022.pdf

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

«Der Bildungssektor unterscheidet sich nicht von der Art und Weise, wie sie ihre Bildung in dem Gebiet seit 2014 und in anderen Regionen der Ukraine umgesetzt haben. Die Entfernung der ukrainischen Literatur, alles, was damit zusammenhängt. Jeden Tag um 9 Uhr wird die russische Nationalhymne gesungen. Wenn sich ein Kind weigert, die russische Nationalhymne zu singen, werden pädagogische Gespräche mit den Eltern geführt. Ich habe ein Mädchen, das früher an Wettkämpfen teilgenommen hat und jetzt Preise im Taekwondo gewinnt, wenn ich mich nicht irre. Sie kam zu einem der Wettkämpfe und trug ein besticktes Hemd. Und als die russische Nationalhymne gespielt wurde, zog sie ihre Jacke an und stand schweigend in ihrem bestickten Hemd da, um ihre pro-ukrainische Einstellung zu zeigen. Sie wurde sofort aus der Reihe genommen, ihre Eltern wurden angerufen und ihr wurde gesagt, dass man ihren Eltern die elterlichen Rechte entziehen würde, wenn sich ein solch beschämender Vorfall wiederholen würde. Kontrolle der Geräte in der Schule, Beschlagnahme von allem, was mit der Ukraine zu tun hat, Beschlagnahme der Schulbücher, Beschlagnahme des Bildungssystems. Verbot der Kommunikation auf Ukrainisch in bestimmten Schulen».¹⁸⁸

Gleichzeitig beschränkte sich die Russische Föderation von Beginn der Okkupation an nicht darauf, nur die formale Bildung im VBG der Ukraine zu kontrollieren, son-

dern schenkte der nicht-formalen Bildung, insbesondere der patriotischen Bildung, große Aufmerksamkeit.¹⁸⁹ Zu diesem Zweck wurden in den Schulen «Kadettenklassen»¹⁹⁰ eröffnet, «Gespräche über das Wichtige» (russisch: «Разговоры о важном») systematisch und regelmäßig abgehalten, die die bewaffnete Aggression gegen die Ukraine rechtfertigen, Treffen und Veranstaltungen zu Ehren der Teilnehmer der sogenannten «SVO» organisiert.¹⁹¹

In den besetzten Gebieten hat die Russische Föderation auch ein System militarisierter Jugendbewegungen eingerichtet, die Kinder zu künftigen Soldaten erziehen sollen – die «Bewegung des Ersten» (ab Ende 2023 gibt es Ableger dieser Organisation in allen Regionen Russlands und im VBG der Ukraine), «Yunarmiya», «Yugmolodoy».¹⁹² Im Jahr 2023 hat die Russische Föderation 67 Milliarden Rubel für die patriotische Erziehung bereitgestellt, das ist viermal mehr als im Jahr 2022. Ein Teil dieser Mittel wurde den Kinder- und Jugendbewegungen zugewiesen, darunter auch der größten Bewegung, der «Bewegung des Ersten», die Ende 2022 gegründet wurde.¹⁹³

Es gibt auch regionale Zweigstellen der Freiwilligen Gesellschaft zur Unterstützung der Armee, Luftfahrt und Flotte Russlands (VOAAF) im VBG der Ukraine. Ziel dieser Organisation ist die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Russischen Föderation, der nationalen Sicherheit und die Lösung

188 Interview mit einem Bewohner der Region Luhansk.

189 Analytischer Bericht «Krim-Szenario»: Wie die Russische Föderation die ukrainische Identität der Kinder in den besetzten Gebieten zerstört / A. Vorobyova, M. Sulyalina. Kyjiw, 2023. S. 5. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2023/02/Analitichnyy-zvit-»Kryms'kyy-stsenariy-yak-Rosiys'ka-Federatsiya-znyshchuye-ukrayins'ku-identychnist'-ditey-na-okupovanykh-terytoriyakh_ukr_Almenda_2022.pdf

190 «Universalsoldat» oder Bildung als Werkzeug Russlands im besetzten Süden der Ukraine. Monitoring-Bericht / A. Vorobyova, M. Sulyalina, O. Ohredko. K: Almenda, 2023. S. 29. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2023/11/Універсальний-солдат_звіт-за-липень-вересень-2023_ЦГП-Альменда.pdf; «Universal Soldier» oder Bildung als Werkzeug Russlands im besetzten Süden der Ukraine. Monitoring-Bericht / T. Lychko, O. Ohredko, O. Shapoval. Kyjiw: Almenda, 2024. S. 28. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2024/10/universalnyy_soldat_typen_veresen_2024_almenda.pdf.

191 Monitoring-Bericht «Universalsoldat» oder Bildung als Instrument Russlands im besetzten Süden der Ukraine / A. Vorobyova, M. Sulyalina, O. Ohredko. Kyjiw: Almenda, 2023. S. 24, 35. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2023/08/Універсальний-солдат_звіт-за-квітень-червень-2023_ЦГП-Альменда_.pdf.

192 Jugendbewegungen als Instrument der Indoktrination und Militarisierung in der VBG der Ukraine. Bericht / A. Vorobyova, V. Potapova. Kyjiw: Almenda, 2023. S. 11. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2024/01/Молодіжні-рухи-як-інструмент-індоктринації-та-мілітаризації-на-ТОТ-України_Альменда-1.pdf.

193 Ebd., S. 5.

sozialer Probleme im Hinblick auf die militärische und patriotische Erziehung der Bürger. Zu diesem Zweck befasst sich die Organisation mit der patriotischen Erziehung der Bürger, der Ausbildung von militärischen Fachkräften, der militärischen Ausbildung usw.¹⁹⁴ Derzeit ist die Mitgliedschaft in solchen Organisationen ab 18 Jahren möglich. Die militärische und patriotische Erziehung junger Menschen in der Russischen Föderation und dementsprechend auch im VBG der Ukraine wird jedoch zunehmend intensiviert. Nach dem jüngsten Präsidialerlass¹⁹⁵ sollen den Leitungsgremien der Freiwilligen Gemeinschaft zur Unterstützung des Heeres, der Luftwaffe und der Marine Russlands Vertreter der russischen Behörden, der Präsidialverwaltung, des Verteidigungsministeriums und anderer föderaler Exekutivorgane angehören, die einen Militärdienst vorsehen. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass das Verteidigungsministerium die Aktivitäten im Namen des Staates koordiniert. Zu den Empfehlungen des Erlasses gehört die Möglichkeit der Mitgliedschaft in der Organisation ab dem Alter von 14 Jahren.

Neben der Einführung des russischen Lehrplans, der Zerstörung der ukrainischen Studienfächer und der Militarisierung des Bildungswesens schränkt Russland auch den Zugang zur ukrainischen Bildung auf jede erdenkliche Weise ein, u. a. durch Drohungen gegenüber Lehrern, die den ukrainischen Lehrplan aus der Ferne unterrichten, und gegenüber Eltern, die ihre Kinder in solche Klassen schicken. In einigen Fällen werden Lehrer, die den ukrainischen Lehrplan unterrichten, rechtswidrig inhaftiert und mit weiterer Inhaftierung und Folter

bedroht, wenn sie ihre Arbeit fortsetzen.¹⁹⁶

Bildung ist eines der wichtigsten Instrumente, die die Russische Föderation einsetzt, um ihr Ziel zu erreichen, die Kontrolle über die besetzten Gebiete zu behalten. Die Narrative, dass die Ukraine nie ein unabhängiger Staat war und ist, sondern ein Teil der Russischen Föderation, dass die von der Russischen Föderation besetzten und illegal eingegliederten Gebiete «historisch» russisch sind und dass die russische Aggression gegen die Ukraine gerechtfertigt und notwendig ist, durchdringen sowohl die formale als auch die nicht formale Bildung. All dies zielt darauf ab, eine neue Generation der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu erziehen, ihre ukrainische Identität zu zerstören und sie durch Loyalität gegenüber der Russischen Föderation und ein Selbstverständnis als russischer Bürger zu ersetzen.

3.5. Erfassen des Informationsraums

Die Russische Föderation hat seit Beginn der Besetzung der ukrainischen Gebiete, noch vor den illegalen Referenden, den Zugang zu alternativen Informationen eingeschränkt und den Informationsraum mit russischen Quellen gefüllt. Die Besatzungsbehörden erlaubten den Medien der nationalen Minderheiten auf der Krim nach der Besetzung des Gebiets nur dann, weiterzuarbeiten, wenn sie keine politischen Inhalte hatten oder die offizielle Position der Russischen Föderation zum Status der Krim unterstützten, und die Websites von Menschenrechtsorganisationen wurden gesperrt.¹⁹⁷

194 Ziele, Aufgaben und Tätigkeitsbereiche. Website des DOSAAF der Republik Krim. URL: <https://dosAAF82.ru/celi-zadachi-napravleniya-deyatelnosti/>.

195 Ausgaben der Allrussischen öffentlichen und staatlichen Organisation Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung der Armee, Luftfahrt und Marine Russlands: Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 3. Februar 2025. URL: <http://static.kremlin.ru/media/events/files/ru/7mvJhZqw5wgJOP9RjzJSRU05RaLBF1dX.pdf>.

196 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. P. 133. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>.

197 Zehn Jahre der Besetzung durch die Russische Föderation: Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und in der Stadt Sewastopol, Ukraine. OHCHR. 28.02.2024. P. 17. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-02/2024-02-28%20OHCHR%20Ten%20Years%20of%20Occupation%20in%20Crimea%20UKR_0.pdf

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Journalisten wurden zur Zielscheibe, allein im März 2014 wurden 85 Angriffe registriert.¹⁹⁸ Zahlreiche Journalisten, Aktivistinnen und Blogger von der Krim, schätzungsweise über 200¹⁹⁹, wurden gezwungen, die Krim zu verlassen, einige stellten ihre Tätigkeit aufgrund von Zensur und Angst ein, und diejenigen, die auf der besetzten Krim blieben und über die Ereignisse berichteten, wurden Opfer von Verfolgung. Einer großen Zahl von Journalisten wurde die Einreise auf die besetzte Krim untersagt. Menschenrechtsverteidiger haben in den fast zehn Jahren der Besetzung mehr als 500 Verletzungen der Rechte von Journalisten dokumentiert, wobei der Höhepunkt in den Jahren 2014-2015 zu verzeichnen war.²⁰⁰ Vor der Besetzung waren auf der Krim etwa 3.000 Medienunternehmen registriert, und 2015 verzeichnete selbst die Besatzungsbehörde «Roskomnadzor» nur 232 Veröffentlichungen.²⁰¹

Auch Journalisten in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk²⁰² waren aufgrund ihrer Tätigkeit Schikanen, illegalen Verhaftungen und Bedrohungen ihres Lebens ausgesetzt. Im Allgemeinen blieben den Medienvertretern nur begrenzte Möglichkeiten – sie mussten ihre Tätigkeit aufgeben und/oder einstellen oder ihre Redaktionspolitik ändern und Materialien schreiben, die mit den russischen Erzählun-

gen übereinstimmen.

Bereits in den Jahren 2022-2023 verzeichnete das ZMINA-Menschenrechtszentrum 162 Fälle von Druck auf Journalisten auf der vorübergehend besetzten Krim, darunter strafrechtliche Verfolgungen, Entführungen von Journalisten, Verwaltungsberichte, Hausdurchsuchungen und Online-Bedrohungen.²⁰³ Nach der vollständigen Invasion wurden die auf der Krim entwickelten Methoden der Unterdrückung von Journalisten, indem diese verwaltungs- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden, von der Russischen Föderation auch in anderen besetzten Gebieten der Ukraine angewandt.²⁰⁴

Russland hat auch die Kontrolle über die Art und Weise des Zugangs zu Informationen übernommen – ukrainische Internetanbieter, mobile Fernseh- und Radionetzwerke wurden in den ersten Wochen der umfassenden Invasion abgeschaltet. Stattdessen tauchten in den besetzten Gebieten russische Netzwerke auf, die den Zugang zu sozialen Medien wie Facebook und Twitter, zu ukrainischen Nachrichtenseiten und der Google-Suchmaschine blockierten²⁰⁵. Ähnlich verhielt es sich mit den Fernsehsendern – ukrainische Sender wurden eingestellt, während russische Sender ihren Sendebetrieb aufnahmen und lokale prorussische Fernsehsender gegründet wurden.²⁰⁶

198 «Krim ohne Regeln: Thematischer Überblick über die Menschenrechtssituation unter der Besetzung». Ausgabe 4: Information Occupation / herausgegeben von S. Zaets, R. Martynovskiy, D. Svyrydova. Kyiv, 2017. URL: https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2016/04/4Kr_Ru_fin_18.12.2017.pdf.

199 Basierend auf nicht-öffentlichen Untersuchungen des Centre for Information Resilience und Detector Media
200Ebd.

201 Heute ist der Tag der Journalisten in der Ukraine! Offizielle Website der Mission des Präsidenten der Ukraine in der Autonomen Republik Krim. 06.06.2023. URL: <https://ppu.gov.ua/press-center/sohodni-v-ukraini-vidznachaiut-den-zhurnalista/>

202 Journalisten leben in der Ostukraine in Gefahr. DW. 18.06.2014.

URL: <https://www.dw.com/uk/на-сході-україни-журналісти-живуть-небезпечно/a-17717081>.

203 In den letzten zwei Jahren hat die ZMINA 162 Fälle von Schikanen und Druck auf Journalisten der Krim registriert. ZMINA. 03.05.2024. URL: <https://zmina.info/news/za-ostanni-dva-roky-zmina-zafiksuvala-162-fakty-peresliduvan-ta-tysku-nakrymskyh-zhurnalistiv/>

204 Gefolterte Redefreiheit. Geschichten von Journalisten, die von Russland verfolgt oder getötet wurden. Truth Hounds. 15.08.2023. URL: <https://truth-hounds.org/cases/zakatovana-svoboda-slova-istoriyi-zhurnalistiv-yakyh-peresliduvala-chy-vbyla-rosiya/>

205 Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 1. August 2022 – 31. Januar 2023. OHCHR. Oktober 2023. П. 51. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf; Media landscape in the temporarily occupied territories of Ukraine. Media Detector, Zentrum für Informationsresilienz. 05.06.2024. S. 20. URL: <https://detector.media/doc/images/news/archive/2021/227543/ua-media-mapping-2-1.pdf>.

206 Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 1. August 2022 – 31. Januar 2023. OHCHR. Oktober 2023. П. 52. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

«Sie haben sofort Rashka TV gestartet, 24 Kanäle, von denen 8 rund um die Uhr ausgestrahlt werden. Alles, das heißt, die Möglichkeiten, das Internet ist unterbrochen, man kann nicht YouTube oder Telegram schauen, lesen, was in der Welt passiert, was in der Ukraine passiert, und hier 24×7, diese 8 Kanäle laufen ständig, ständig, und, Mann, ich war schockiert, ich konnte es nicht ertragen, na ja, man schaut anderthalb Minuten zu und hört sich diesen Unsinn an. Sie brachten ein paar eingemottete alte Männer, ukrainische Experten, und sie fingen an, alles Mögliche Böse zu erzählen, und wie Lenin die Ukraine geschaffen hat, und all diese Ideen werden in die Köpfe der Leute gepresst, gepresst, gepresst, das heißt, Informationen werden gepumpt.»²⁰⁷

Neben der verwaltungs- und strafrechtlichen Verfolgung der «Verunglimpfung der Streitkräfte der Russischen Föderation» wird die Rede- und Meinungsfreiheit mit Methoden eingeschränkt, die in der Russischen Föderation seit langem etabliert sind, einschließlich der Einschränkung und Unterdrückung von friedlichen Protesten und Versammlungen. Nach der rechtswidrigen Eingliederung der besetzten ukrainischen Gebiete in ihr Hoheitsgebiet verhängte die Russische Föderation auch über diese Gebiete das Kriegsrecht, das unter anderem Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und der Tätigkeit öffentlicher Vereinigungen vorsieht.²⁰⁸

Die Beschlagnahme von Informationsräumen und Medienressourcen, die Ersetzung ukrainischer Medien durch russische Propaganda, das Verbot und die Verfolgung abweichender Meinungen und öffentlicher Meinungsverschiedenheiten mit den Handlungen der Russischen Föderation, die Ver-

drängung unabhängiger Journalisten durch ihre Verfolgung, Deportation, Verhaftung und Ermordung zielen darauf ab, eine einheitliche Darstellung der Ereignisse, eine einheitliche Sichtweise der russischen Aggression gegen die Ukraine, der Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen und die Unmöglichkeit des Zugangs zu alternativen Informationsquellen zu schaffen. Die Kontrolle über das Informationsfeld ermöglicht es Russland, die öffentliche Meinung zu manipulieren, ein Bild der Gefahr, der «Bedrohung durch den Nationalsozialismus», der Verteidigungsposition der Russischen Föderation gegen den «kollektiven Westen» und die Ukraine zu schaffen und die Ablehnung und Angst der Ukrainer in dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet zu verstärken.

3.6. Enteignung von Eigentum

Die Beschlagnahme von Eigentum ist eine weitere Methode, die Russland seit 2014 aktiv einsetzt, um die VBG der Ukraine und die lokale Bevölkerung zu kontrollieren. Neben der Beschlagnahme und Verstaatlichung von Eigentum des ukrainischen Staates zielten die Besatzungsbehörden auch auf das Eigentum großer Privatunternehmen ab, das durch Beschlüsse lokaler Behörden verstaatlicht wurde, ohne den Eigentümern irgendwelche Garantien oder Entschädigungen zu gewähren. Häufig waren Mitglieder militarisierter Gruppen wie der «Krim-Selbstverteidigung»²⁰⁹ an der physischen Beschlagnahme von Eigentum beteiligt. Generell ergriff die Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation während der Besatzung umfangreiche Maßnahmen zur «Verstaatlichung» (eigentlich zur unrechtmäßigen Enteignung) von

207 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Saporischschja.

208 Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine, 1. August 2022 – 31. Januar 2023. OHCHR, Oktober 2023. П. 49. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2023-10/23-10-04%20OHCHR%2036th%20periodic%20report%20UKR_0.pdf

209 «Krim ohne Regeln. Ein thematischer Überblick über die Menschenrechtslage unter der Besatzung». Ausgabe 6. Besetztes Eigentum / herausgegeben von R. Martynovskyi. Kyiv, 2021. S. 43. URL: <https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2021/07/Vlasnist-na-sayt.pdf>

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

staatlichem und privatem Eigentum auf der Krim. So wurden beispielsweise zu Beginn der umfassenden Invasion verschiedenen Quellen zufolge zwischen 300 und mehr als 500 staatliche Unternehmen und Gewerkschaften sowie etwa 300 private Unternehmen auf der Halbinsel «verstaatlicht».²¹⁰

Eine weitere Möglichkeit, Unternehmen-
eigentum zu entziehen, war die «Enteignung», für die mehrere Gründe vorgesehen waren, wie die Notwendigkeit, Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung abzuwenden, die Evakuierung, die Nutzung des Objekts als Objekt von besonderem kulturellem Wert usw.²¹¹

Unabhängig davon konzentrierten sich die Besatzungsbehörden auch auf die Beschlagnahme von Grundstücken der Anwohner – sie verstaatlichten sie vor Gericht und begründeten die Entscheidung mit der Rechtswidrigkeit der Landprivatisierung, womit sie die Entscheidungen der ukrainischen Behörden rückwirkend nach ukrainischem Recht beurteilten. Zwischen 2014 und 2019, dem aktivsten Zeitraum der Anwendung dieses Verfahrens, wurden mindestens 3.728 Menschen ihre Grundstücke von den russischen Behörden entzogen. Darüber hinaus hat die Russische Föderation im Jahr 2020 80 Prozent des Territoriums der Autonomen Republik Krim und 99,95 Prozent des Territoriums von Sewastopol als Grenzgebiete anerkannt und die Regelung, die den Besitz von Grundstücken im Grenzgebiet durch ausländische Bürger, Staaten-

lose und ausländische juristische Personen verbietet, auf diese Gebiete ausgedehnt. Dementsprechend waren ukrainische Staatsbürger, die in diesem Gebiet Grundstücke besaßen und während der Besetzung nicht die russische Staatsbürgerschaft annahmen, verpflichtet, diese «freiwillig zu veräußern».²¹²

Neben der Beschlagnahme zerstörten die Besatzungsbehörden auch Privateigentum im VBG der Krim und in Sewastopol, wobei sie die Abrissentscheidungen wiederum mit der «Rechtswidrigkeit» ukrainischer Entscheidungen über Baugenehmigungen begründeten, die vor der Besetzung dieses Gebiets durch die Russische Föderation getroffen worden waren.

Im Jahr 2017 führte die Führung der sogenannten LPR/DPR auch eine «Verstaatlichung» durch, einschließlich des Eigentums von Unternehmen, die sich in den von der Regierung kontrollierten Gebieten neu registrieren ließen und in den Regionen VBG Donezk und Luhansk weiter tätig waren. Die Räumlichkeiten der von der «Verstaatlichung» betroffenen Unternehmen wurden von bewaffneten Personen beschlagnahmt.²¹³

Die Praxis der Aneignung von «herrenlosem» Eigentum in der VBG-Region Donezk wurde 2021 eingeführt – der entsprechende Erlass wurde vom Oberhaupt der sogenannten DPR erlassen und sah vor, dass Eigentum, das keine Eigentümer hatte²¹⁴, diese unbekannt waren oder das Eigentum

210 Informationen und analytische Referenz. Wirtschaftliche Verluste der Ukraine infolge der vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation / Offizielle Website der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC. 10.11.2020. URL: <https://ppu.gov.ua/documents/informatsiyno-analitychna-dovidka-ekonomichni-zbytky-ukrainy-vnaslidok-tymchasovoi-okupatsii-avtonomnoirespubliky-krym-ta-m-sevastopolia-rosiyskoiu-federatsiiei/>

211 «Krim ohne Regeln. Ein thematischer Überblick über die Menschenrechtslage unter der Besetzung». Ausgabe 6. Besetztes Eigentum / herausgegeben von R. Martynovskyi. Kyiv, 2021. C. 45. URL: https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2021/07/Vlasnist_na_sayt.pdf.

212 Ebd., S. 43.

213 Verstaatlichung im Stil von Donezk. DW. 01.03.2017. URL: <https://www.dw.com/uk/націоналізація-в-днр-і-лнр-наслідки-запровадження-зовнішнього-управління/a-37770801>.

214 Über die Identifizierung, Registrierung und Übernahme von herrenlosem unbeweglichem Vermögen und Zwangsversteigerungen in kommunales Eigentum: Dekret des Oberhaupts der Donezker Volksrepublik vom 28. April 2021. № 116. URL: <http://npa.dnronline.su/2021-04-28/ukaz-glavy-donetskoj-narodnoj-respubliki-116-ot-28-04-2021-goda-o-vyavlenii-uchete-i-prinyatii-v-munitsipalnuyu-sobstvennost-beshozhajnyh-nedvizhimyh-veshnej-i-vymornochnogo-imushhestva.html>.

aufgegeben hatten, als «herrenlos» anerkannt werden konnte. Innerhalb von zehn Tagen nach Entdeckung der Immobilie wurde auf der offiziellen Website eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der der Eigentümer aufgefordert wurde, sich zu melden und das Eigentum zu bestätigen. Meldete sich der Eigentümer nicht innerhalb von 30 Tagen, wurde das Verfahren zur Erklärung der Immobilie als «herrenlos» eingeleitet.

Eine ähnliche Praxis wurde 2022 im VBG der Region Saporischschja eingeführt. Zunächst hatten die Eigentümer nur drei Tage Zeit, um Unterlagen zur Streichung ihrer Immobilie aus dem Register als «eigentümerlos» einzureichen, und dies musste persönlich geschehen.²¹⁵ Später erklärte der Leiter von Rosregister (russisch: Федеральная служба государственной регистрации, кадастра и картографии) auch, dass das Immobilienregistrierungssystem in der Region Saporischschja von Grund auf neu geschaffen würde, so dass es unmöglich sei, das Eigentum ohne einen russischen Pass zu bestätigen.²¹⁶

Bereits Ende März 2024 wurde im VBG der beiden Regionen Donezk²¹⁷ und Luhansk²¹⁸, Saporischschja²¹⁹ und Cherson²²⁰ das Verfahren für die Beschlagnahme von «herrenlosem» Eigentum vorgesehen. Die neu verabschiedeten Vorschriften se-

hen vor, dass Eigentümer von Wohneigentum im jeweiligen Gebiet ihr Eigentum an Wohneigentum im «Einheitlichen staatlichen Immobilienregister» (russisch: «Единый государственный реестр недвижимости») der Russischen Föderation eintragen lassen müssen. Fehlt der entsprechende Eintrag im Register oder weist die Immobilie Anzeichen von «Eigentümerlosigkeit» auf (Nichtnutzung, Nichtbezahlung von Rechnungen im Laufe des Jahres), wird sie beschlagnahmt (enteignet).

Die Eigentumspolitik der Russischen Föderation ist ein zusätzliches Mittel, das es unmöglich macht, in der VBG der Ukraine zu bleiben, ohne russische Dokumente zu erhalten, Einkommen zu erzielen, ohne für ein russisches Unternehmen zu arbeiten, Eigentum zu behalten, ohne es nach dem russischen Verfahren umzumelden. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, die russische Präsenz in der VBG zu verfestigen – die Einwohner sind gezwungen, sich entweder auf die eine oder andere Weise mit der Russischen Föderation zu verbinden, um ihre Eigentumsrechte zu schützen und ihre Lebensgrundlage zu erhalten, oder ihre Häuser zu verlassen, in dem Wissen, dass die Besatzungsbehörden sie ihnen wegnehmen werden.

215 Identifizierte Objekte des herrenlosen Eigentums. Offizielle Website der Regierung des Gebiets Saporischschja. 19.08.2022. URL: https://zo.gov.ru/news/show/vyavlenyye_obekty_besozyajnogo_imushhestva.

216 Analytischer Bericht «Einführung der russischen Staatsbürgerschaft für ukrainische Bürger in den besetzten Gebieten der Ukraine und in der Russischen Föderation» / Yurii Mykytyn, Oleh Kolesnichenko, Olha Lototska-Kolesnichenko, Nadiya Vaskivska, Liubov Smachylo, Kateryna Rashevskaja; herausgegeben von Alyona Lunova, Onysia Syniuk. 2024. S. 41. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/passport_web.pdf.

217 Über die Besonderheiten der Identifizierung, Nutzung und Anerkennung des Rechts auf kommunales Eigentum der kommunalen Gebietskörperschaften der Volksrepublik Donezk an Wohngebäuden mit Schildern des eigentümerlosen Eigentums auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk: Gesetz vom 21. März 2024. URL: https://glavadr.ru/doc/zakony/66rz.pdf?fbclid=IwZXh0bgNhZWQCMATAAR2LOWN2TXpn1kNnNxdRLWNe2kj2CkCK_Oa7D2DOvtzrH3ZyrfHxijDjxgY_aem_AZBWMlviEvgEO_dL07ABsU63pz-EZk1dTo3cVKd0TO85R_YbIVFmDIOWqznUBFYXvdfZZSMLEtfn3D5x4kIGD8P

218 Über die Besonderheiten der Identifizierung, Nutzung und Anerkennung des Rechts auf kommunales Eigentum der kommunalen Formationen der Volksrepublik Luhansk an Wohngebäuden mit Schildern des herrenlosen Eigentums auf dem Territorium der Volksrepublik Luhansk: Gesetz der Volksrepublik Luhansk vom 27. März 2024 № 52-I. URL: <http://publication.pravo.gov.ru/document/8100202403270001?ysclid=lvuz00e1tt466513048>

219 Über die Genehmigung des vorläufigen Verfahrens zur Anerkennung von in der Region Saporischschja gelegenen Eigentum als herrenlos und über den Erwerb von Staatseigentum der Region Saporischschja für dieses Eigentum: Regierungsbeschluss vom 13. September 2023. URL: <https://zo.gov.ru/docs/show/379>

220 Über die Genehmigung des Verfahrens zur Identifizierung und Nutzung von Wohngebäuden mit Schildern für herrenloses Eigentum in der Region Cherson: Regierungsbeschluss vom 22. März 2024. URL: <https://most.ks.ua/wp-content/uploads/2024/04/25-pp-24.pdf>.

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

3.7. Zerstörung von Unternehmen

Eines der Instrumente des langfristigen Einflusses Russlands auf die VBG der Ukraine ist die Zerstörung der ukrainischen Geschäfts- und Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine.

In allen ukrainischen VBGs führten die russischen Eroberungsmaßnahmen nach der Einnahme der Gebiete direkt oder indirekt zur Verdrängung lokaler Unternehmen und ihrer Ersetzung durch russische Unternehmen sowie zu systematischen Praktiken der Verstaatlichung oder Enteignung von Eigentum des ukrainischen Staates oder von Unternehmen.²²¹

So gab es nach Angaben der Repräsentanz des Präsidenten der Ukraine in der AR Krim zum 1. Januar 2014 1059 juristische Personen (staatliche Unternehmen, Institutionen, Organisationen) und 33 Wirtschaftsunternehmen mit staatlichem Anteil am genehmigten Kapital in der AR Krim und Sewastopol.²²² Ein Jahr später, 2015, hat sich die Zahl der Wirtschaftseinheiten auf der Krim nach russischen Angaben versechsfacht.²²³

Nach dem Beginn der umfassenden Invasion der TOTEN Ukraine wurde systematisch Druck auf die Wirtschaft ausgeübt. Die russischen Besatzungsbehörden begannen mit «Inspektionen» ukrainischer Unternehmen und verlangten, dass sich die Unternehmen nach russischem Recht neu registrieren lassen. Im Falle der Weigerung, sich umzumelden, gilt ein Verkaufsverbot für die betreffenden Produkte, und das Unternehmen selbst sowie sein Eigentum können verstaatlicht werden. Einige Unternehmen,

darunter auch landwirtschaftliche Betriebe, wurden geplündert.²²⁴ Die Besatzungsverwaltung erhebt Steuern sowie verschiedene Gebühren (z. B. «Marktgebühr»).

Die Abschaltung des ukrainischen Kommunikations-/Internetnetzes in den ersten und letzten Maitagen verursachte ein zusätzliches Problem – die Unmöglichkeit, bargeldlose Zahlungen vorzunehmen.

Die Währungspolitik der Russischen Föderation in der VBG-Ukraine sowie die Schaffung von Bedingungen für die Beendigung der Wirtschaftstätigkeit bzw. deren Wiedereintragung nach russischem Recht kann ein gesondertes Forschungsthema sein. Die Russische Föderation führte in den besetzten Gebieten abrupt den Rubel ein, der die Griwna-Geldmenge ersetzte, und verbot gleichzeitig die Verwendung der Griwna beim Kauf und Verkauf von Lebensmitteln und Medikamenten. Renten, Sozialleistungen usw. wurden in Rubel ausgezahlt. Auch kleine Unternehmen, die Griwna für den Zahlungsverkehr verwendeten, wurden von der Besatzungsverwaltung bedroht.

«Im März, April und bis in den Mai hinein war die Griwna aktiv im Umlauf. Das bedeutet, dass auch der bargeldlose Zahlungsverkehr funktionierte. Das heißt, alle Terminals waren in Betrieb. Wir hatten sogar bis Mai eine Bankfiliale geöffnet. Das heißt, es wurde regelmäßig Bargeld angesammelt, weil die ATB oder jemand anderes die Erlöse übergab. Und da es keine Verbindung gab, sammelte die Bank diese Gelder ein und öffnete die Türen für diejenigen, die kein Bargeld von ihren Karten abheben wollten. Die Menschen erhielten

221 Bericht über die Ergebnisse der Studie über die Politik der Russischen Föderation zur gewaltsamen Veränderung der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung des besetzten Gebiets der Halbinsel Krim. RCHR. 2021. URL: <https://krymbezpravil.org.ua/issues/otchet-o-rezultatakh-yssledovannya-polytyky-rf-po-prynudytelnomu-yzmenenyyu-demohrafycheskoho-sostava-naselenyya-okkupyrovannoho-kr-mskoho-poluostrova/>

222 Wirtschaftliche Verluste der Ukraine als Folge der vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation. Informations- und Analysebericht der Mission des Präsidenten der Ukraine in der AR der Krim. URL: <https://www.ppu.gov.ua/wp-content/uploads/2020/11/Ekonomika-na-sajt.pdf>

223 «Verbrannte Erde für Unternehmen: Warum Unternehmen auf der Krim nicht überleben. Krym. Realii. 10.01.2019. URL: <https://ru.krymr.com/a/pochemu-v-krymu-ne-vyzhivaet-biznes/29701072.html>

224 «Es kommen Leute mit Waffen». Was geschieht mit der Wirtschaft unter der Besetzung?». Radio Liberty. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/novyny-pryzovya-fermery-okupatsiya-biznes/32016854.html>

weiterhin Renten und Gehälter. Und sie gab Bargeld aus. Und dieses Bargeld wurde wieder in Umlauf gebracht, in dieselben Geschäfte und so weiter.

Und als die Verwaltung kam, sagte sie, das war's, wir hatten den Rubel, aber parallel zur Griwna. Sie legten den Wechselkurs administrativ auf eineinhalb zur Griwna fest. Obwohl der Marktkurs formell eins zu zwei betrug. Und sie verpflichteten die Geschäfte, alles zum Kurs von eineinhalb Rubel zu verkaufen. Das heißt, aber die Preisschilder waren in Griwna. Und dann war jeder verpflichtet, diese Rubel zu akzeptieren. Und diejenigen, die sich weigerten, bekamen Präventivgespräche zu diesem Thema.

Und dann zwangen sie alle, ihre Preisschilder auf Rubel umzustellen. Aber gleichzeitig akzeptierten sie weiterhin Griwna. Aber als die Preisschilder in Rubel waren, war das Bild ein anderes. Und das ging so bis etwa Mitte des Sommers. Und im Sommer begannen sie, Terminals zu entfernen und den Unternehmen die Terminals wegzunehmen.

Auf diese Weise haben sie die Möglichkeit zerstört, bargeldlose Griwna anzunehmen, denn die Menschen erhielten ihre Renten und Gehälter auf Karten. Und generell haben sie seit September gesagt, dass Zahlungen in Griwna verboten sind.²²⁵

So gab es beispielsweise im VBG der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol vor der Besetzung 1022 Filialen ukrainischer Banken, 11 Zweigstellen, 53

Repräsentanzen und 2 Krim-Banken.²²⁶ Die Tätigkeit der ukrainischen Banken wurde von der Russischen Föderation auf gesetzlicher Ebene reguliert²²⁷ – seit April 2014 gab es Vorschriften, die es ukrainischen Banken erlaubten, auf dem Gebiet der Halbinsel Krim zu bleiben und dort tätig zu werden,²²⁸ wobei sie eine Reihe von Anforderungen erfüllen mussten, darunter die Erbringung von Bankdienstleistungen im Zusammenhang mit der Verwendung des Rubels als Zahlungsmittel.²²⁹ Und am 21. April 2014 verabschiedete die Zentralbank der Russischen Föderation (Bank von Russland) einen Beschluss zur Beendigung der Tätigkeit einzelner Unterabteilungen einer Reihe von Kreditinstituten auf dem Gebiet der Halbinsel Krim, was faktisch ein Verbot der Tätigkeit dieser Institute auf dem Gebiet der beschlagnahmten Halbinsel bedeutete. Einigen Banken gelang es, ihr Eigentum aus ihren Filialen zu entfernen, aber die meisten, vor allem das Eigentum der Oschadbank und der Privatbank, wurden zusammen mit Ausrüstung und Bargeld beschlagnahmt.²³⁰

Es kann davon ausgegangen werden, dass die illegale Politik Russlands im Bereich der Enteignung und Verstaatlichung von Eigentum, die Erleichterung des Zugangs russischer Unternehmen zu den besetzten Gebieten durch Russland, das insgesamt negative Investitionsklima in Russland und im VBG der Ukraine infolge der Sanktionen, die Abwanderung ukrainischer Geschäftsleute aus der Besatzungszone aufgrund von

225 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Cherson.

226 Wirtschaftliche Verluste der Ukraine als Folge der vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation. Informations- und Analysebericht der Mission des Präsidenten der Ukraine in der AR der Krim. URL: <https://www.ppu.gov.ua/wp-content/uploads/2020/11/Ekonomika-na-sajt.pdf>.

227 Über die Besonderheiten der Funktionsweise des Finanzsystems der Republik Krim und der Stadt von föderaler Bedeutung Sewastopol für die Übergangszeit: Föderales Gesetz vom 2. April 2014. NO. 37-FZ. URL: <http://www.kremlin.ru/acts/bank/38269>.

228 Über die Beendigung der Tätigkeit von separaten strukturellen Unterabteilungen von Kreditinstituten in der Republik Krim und in der föderalen Stadt Sewastopol. Presseerklärung der Bank von Russland. URL: https://www.cbr.ru/press/pr/?file=21042014_090005krim.htm.

229 Bericht über die Ergebnisse der Studie über die Politik der Russischen Föderation zur gewaltsamen Veränderung der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung des besetzten Gebiets der Halbinsel Krim. RCHR. 2021. URL: <https://krymbezpravil.org.ua/issues/otchet-o-rezultatakh-yssledovanyya-polytyky-rf-po-prynudytelnomu-yzmenenyyu-demohrafycheskoho-sostava-naselenyya-okkupirovannoho-kr-mskoho-poluostrova/>

230 Wirtschaft der Annexion: Was geschah mit ukrainischen Unternehmen auf der Krim. Inshe.tv. 18.03.2016. URL: <https://inshe.tv/economics/2016-03-18/100738/>

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Einschüchterung und Zwang zur Zusammenarbeit sowie die Unterwerfung unter das Justizsystem, das in der Tat nicht die Funktion eines unabhängigen und fairen Prozesses im VBG der Ukraine erfüllt, die Entwicklung der Unternehmen erheblich beeinträchtigt haben. Diese und andere Faktoren schaffen somit Bedingungen, die die Entwicklung und Führung eines Unternehmens, insbesondere eines Unternehmens, das nicht direkt den Besatzern unterstellt ist, nicht erleichtern oder sogar unmöglich machen.²³¹

3.8. Zerstörung der Beziehungen zur Ukraine

Mit einer Reihe von Maßnahmen, die die Russische Föderation in den besetzten Gebieten der Ukraine weiterhin durchführt, soll die unvermeidliche Kontrolle über das Gebiet sichergestellt werden, indem jegliche Verbindung der VBG-Bevölkerung zur Ukraine gekappt wird. Die oben erwähnte Verfolgung wegen der geringsten Äußerung pro-ukrainischer Ansichten, die Blockierung des Zugangs zu ukrainischen Ressourcen und die alternativlose Füllung des Informationsraums mit russischen Inhalten sowie die Einführung des russischen Bildungsprogramms zielen darauf ab, die Menschen zu isolieren und langfristig von allem Ukrainischen zu trennen. Nach Angaben der gemeinnützigen Stiftung Vostok SOS beläuft sich die Zahl der Menschen, die die besetzten Gebiete der östlichen Regionen der Ukraine aufgrund von Verfolgung verlassen haben, auf mindestens 57.500 bis 115.000.²³²

Zusätzlich zu den bereits erwähnten Methoden bringt die Russische Föderation

die Bevölkerung der VBG-Ukraine auch dazu, zu kooperieren (kollaborieren). Indem Russland die lokale Verwaltung durch die neu geschaffenen Besatzungsstrukturen ersetzt, anstatt die ukrainischen Einrichtungen weiterarbeiten zu lassen, führt es nicht nur eine neue Machtvertikale ein, sondern lässt den lokalen Beamten auch keine Alternative – sie sind gezwungen, entweder zurückzutreten oder sich bereit zu erklären, unter der neuen Ordnung zu arbeiten. Die gleiche Politik wird durch die Beschlagnahmung von Anlagen ukrainischer Staatsunternehmen durch russische Staatsunternehmen verfolgt, wie z.B. die Beschlagnahmung des Kernkraftwerks Saporischschja durch Rosatom. Durch diese Maßnahmen der Russischen Föderation sind die Mitarbeiter des Kraftwerks zu Geiseln geworden, da sie nicht aufhören können, ihre Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu erfüllen, und gleichzeitig gezwungen sind, russischen Vertretern bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu gehorchen. Die Mitarbeiter der Station wurden eingeschüchtert, körperlich angegriffen und mit der Beschlagnahmung ihres Eigentums bedroht und infolgedessen gezwungen, entweder Arbeitsverträge mit Rosatom zu unterzeichnen oder das besetzte Gebiet zu verlassen.²³³ Durch ähnliche Manipulationen bei der Umsetzung des humanitären Völkerrechts im Hinblick auf die Fortsetzung der Arbeit von Einrichtungen, die Kinder betreuen und unterrichten, versuchen Vertreter der Russischen Föderation, ukrainisches Bildungspersonal anzuwerben, und verlangen gleichzeitig, dass sie ihre Ausbildung im russischen Bildungssystem fortsetzen.

231 Geschäfte in den besetzten Gebieten: von Geiseln zu Kollaborateuren. Boden, 2024, 2024. URL: <https://grnt.media/nashi-lyudy/biznes-na-okupovanyh-terytoriyah/>

232 Analytischer Bericht «Veränderungen in der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk». Vostok SOS. 04.04.2023. S. 71. URL: https://www.dropbox.com/scl/fi/muhyms47ykp3w7rs5zhrk/_web.pdf?rlkey=nqwol8yv3an8rzuehvrrgz47u&e=1&dl=0.

233 Die Menschenrechtssituation während der russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums und deren Folgen 24. Februar 2022 – 31. Dezember 2023. OHCHR. 20.03.2024. П. 97. URL: <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-UKR.pdf>.

«Die Ingenieure, die dort für ihn gearbeitet haben, wie waren die denn, die sind einfach durch die Tür gegangen, haben sie aufgeschnitten und gesagt: ‘Entweder sie arbeiten oder sie bringen alle in den Keller. Das heißt, es gab keine Wahl, und sie gaben uns nicht einmal die Möglichkeit zu gehen, also gingen diejenigen, die gehen wollten.»²³⁴

Russische Vertreter überzeugen Mitarbeiter von zivilen Infrastruktureinrichtungen, Regierungsstellen, Strafverfolgungs- und Justizbehörden von der Zusammenarbeit.

«Und wir haben irgendwie alleine zugeschaut, bis diese Rotation stattgefunden hat. Dann kamen sie. Zu diesem Zeitpunkt hingen ukrainische Flaggen an lokalen Gebäuden, Bezirksräten und in der ganzen Stadt. Keiner hielt sie in der Hand. Das heißt, niemand konnte sehen, dass sich etwas änderte. Und alle waren zuversichtlich, und es wurden pro-ukrainische Kundgebungen abgehalten. Aber es gab eine Rotation. Sie sagten, dass es hier keine Ukraine mehr geben würde. Sie haben sich auch mit uns getroffen. Wir sprachen in meinem Büro. Sie sagten, ihr hättet hier eine schlechte Zeit gehabt. Wir sagten, dass wir hier sehr glücklich waren, ohne dich, und dass niemand auf dich gewartet hat. Es gab einen Militärangehörigen, denn es gab einen FSB-Offizier, einen Rosgvardia-Offizier und einen Militärangehörigen. Letztere haben sie auf der Straße bewacht. Der Militäroffizier sagte, dass ihr eure Aktivitäten fortsetzen könnt, wenn ihr weiße Armbinden anlegt. Wir weigerten uns. Also wurde dieses Gespräch wieder den höheren Stellen gemeldet. Über meinen Untergebenen wurde ich in die Berufsschule gerufen. Wir kamen dort an, man setzte uns Säcke

auf den Kopf und stellte uns den ganzen Tag lang Fragen. Wir stellten und stellten Fragen, die absolut keinen Sinn ergaben. Wir warteten sogar auf Antworten auf diese Fragen. Die Fragen waren so dumm. Also haben sie uns geschlagen, niedergeschlagen, gefoltert. Dann hätten sie sie erschießen müssen. Nun, sie haben mich nicht erschossen, sie haben mich rausgeworfen. Sie sagten: «Komm am nächsten Tag wieder.»²³⁵

Gleichzeitig wird die Arbeit in russischen Behörden, Unternehmen und Einrichtungen von der Ukraine als Straftat betrachtet und gemäß Artikel 111 Absatz 1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs als Kollaboration eingestuft. Darüber hinaus reicht in den meisten Fällen die bloße Tatsache der Beschäftigung aus; die Umstände der Beschäftigung, der Vorsatz und die Beeinträchtigung nationaler Interessen werden im Ermittlungsverfahren oder im Prozess nicht zusätzlich berücksichtigt.²³⁶ Offensichtlich nutzt die Russische Föderation diese Praxis aktiv, um ihren Einfluss zu stärken und die Bindung der lokalen Bevölkerung im VBG an die Ukraine weiter zu brechen, indem sie sie davon überzeugt, dass es kein Zurück mehr gibt und dass die Rückkehr der ukrainischen Behörden in diese Gebiete die Verantwortung für all diejenigen bedeutet, die dort geblieben sind.

Nach Angaben des ukrainischen Justizministeriums gibt es allein im VBG der Autonomen Republik Krim und in Sewastopol etwa 4.000 Unternehmen, Organisationen und Einrichtungen, die sich im Staatsbesitz der Ukraine befinden. Dementsprechend deuten minimale Schätzungen der möglichen Folgen der Anwendung von Artikel 111 Absatz 1 des Strafgesetzbuches der Ukraine auf der enteigneten Krim darauf hin, dass

²³⁴ Ein Interview mit einem Bewohner der Region Saporischschja.

²³⁵ Ein Interview mit einem Bewohner der Region Cherson.

²³⁶ Überleben oder Verbrechen: Wie die Ukraine Kollaborationismus bestraft. Analytischer Bericht / Syniuk O., Deputat D., Vyshnevska I., Volkovynska V., Chervonova V., Eligulashvili M.; Hrsg. von Luneva O. Kyiv, 2024. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/07/colaboratz_print_ukr.pdf.

ABSCHNITT 3

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

etwa mehr als 200.000 Personen, darunter fast alle Lehrer und fast alle Unternehmen, strafrechtlich verfolgt werden könnten.²³⁷

Russlands aggressive Bevölkerungspolitik zielt ebenfalls darauf ab, Bindungen abzurechen. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Deportationen und Zwangsumsiedlungen sowie der erzwungenen Passportierung der einheimischen Bevölkerung ermutigt Russland die einheimische Jugend aktiv, nach Russland zu ziehen, um ihre Ausbildung fortzusetzen. Zu diesem Zweck zielt das Programm «University Shifts» auf die Berufsberatung und die «Bildung einer russischen Identität» bei Kindern im Alter von 12 bis 17 Jahren aus den besetzten Gebieten der Ukraine ab,²³⁸ indem sie für «Shifts» von 10 Tagen an russische Universitäten gebracht werden. Im Jahr 2023 nahmen etwa 10.700 Schüler aus den VBG der Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson an den «University Shifts» teil, was fast der Zahl von 2022 entspricht, und die Zahl der an dem Programm teilnehmenden Universitäten nimmt weiter zu.²³⁹ Der nächste Schritt ist die Schaffung von Vorzugsbedingungen für die Zulassung zu russischen Universitäten bei weiterer Beschäftigung in Russland.²⁴⁰

Neben der Ermutigung und Nötigung ukrainischer Bürger, die besetzten Gebiete zu verlassen, verfolgt Russland mindestens seit Beginn der Besetzung auch eine aktive Politik der Umsiedlung seiner eigenen Bürger in diese Gebiete.²⁴¹ Allein zwischen 2014 und 2017 sind mehr als 100.000 russische Staatsbürger, darunter Rentner, Beamte und Militärangehörige mit ihren Familien, offiziell auf die Krim gezogen.²⁴² Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen sind bis Dezember 2023 bereits rund 800.000 russische Bürger auf der Krim angekommen.²⁴³ Nach Angaben der Besatzungsbehörden sind bis Anfang 2024 mehr als 500.000 Menschen auf die Krim gezogen. Für eine Region mit rund 2,5 Millionen Einwohnern bedeutet dies, dass bereits mehr als 20 Prozent der Einwohner ersetzt wurden. Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung in Sewastopol von 384.000 Anfang 2014 auf 561.000 Anfang 2024, d.h. um 46%.²⁴⁴

Russland ermutigt seine eigenen Bürger aktiv, in die besetzten Gebiete zu ziehen, indem es staatliche Programme wie «Zemsky doctor», «Zemsky teacher», «Zemsky cultural activist» (russisch: «Zemsky doctor», «Zemsky teacher», «Zemsky cultural activist») auflegt. Im Rahmen der Programme erhalten russische Bürger auch Wohnraum

237 Nach Angaben der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC auf Ersuchen des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments.

238 Analytischer Bericht «Das Programm für Hochschulwechsel als Instrument zur Indoktrination und Zerstörung der ukrainischen Identität von Kindern und Jugendlichen aus den vorübergehend besetzten Gebieten» / T. Lychko, A. Vorobiova, M. Sulyalina, O. Shapoval, O. Ohredko. Kyjiw: Almenda, 2024. S. 14. URL: https://almenda.org/wp-content/uploads/2024/02/Аналітичний-звіт-ЦГП-Альменди_Університетські-зміни_2023-2024.pdf.

239 Ebd., S. 22.

240 Ebd., S. 5.

241 Bericht über die Ergebnisse der Studie über die Politik der Russischen Föderation zur gewaltsamen Veränderung der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung des besetzten Gebiets der Halbinsel Krim. RCHR. 2021. URL: <https://krymbezpravil.org.ua/issues/otchet-o-rezultatakh-yssledovannya-polytyky-rf-po-prynudytelnomu-yzmenenyyu-demohrafycheskoho-sostava-naselenyya-okkupyrovannoho-kr-mskoho-poluostrova/>; «Crimea without rules. Thematische Überprüfung der Menschenrechtssituation unter der Besatzung». Sonderausgabe. Transfer der Zivilbevölkerung der Russischen Föderation in das besetzte Gebiet der Ukraine – die Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol. Kyjiw, 2015. URL: https://www.helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2016/04/Crimea_Beyond_Rules_special-issue_ru.pdf.

242 Zehn Jahre der Besetzung durch die Russische Föderation: Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und in der Stadt Sewastopol, Ukraine. OHCHR. 28.02.2024. P. 22. URL: https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-02/2024-02-28%20OHCHR%20Ten%20Years%20of%20Occupation%20in%20Crimea%20UKR_0.pdf

243 Hunderttausende von Russen zogen in die besetzten Gebiete der Ukraine: anschauliche Beispiele der Kolonisierung. UHHRU. 06.12.2023. URL: <https://www.helsinki.org.ua/articles/sotni-tysiach-rosiian-pereikhaly-na-okupovani-terytorii-ukrainy-pokazovi-pryklady-kolonizatsii/>

244 Nach Angaben der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC auf Ersuchen des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments.

aus «staatlichen Mitteln» und eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 2 Millionen Rubel. Auch für russische Unternehmen, die ihre Mitarbeiter in die besetzten Gebiete versetzen, sind Vergünstigungen vorgesehen.²⁴⁵

«Jetzt habe ich dort einen Bekannten, der sagt, dass 70% des Gebäudes ein neunstöckiges Gebäude ist. Es gibt einen Eingang mit vier Wohnungen darin. Das heißt, 36 Wohnungen, sagt er, aber 70% weiß ich nicht. Und das sind hauptsächlich Leute im Rentenalter. Sie sind jetzt hierhergezogen und haben sich dort eine eigene Schicht geschaffen. Und das sind die Rentner, die von diesen Leuten hierhergebracht werden.»²⁴⁶

«Dann kam die Zeit, in der sie wahrscheinlich anfangen, mit ihren Familien zu kommen, weil er [der russische Soldat] nicht mehr allein kam, sondern mit einem Mädchen. Oder es gab Gerüchte, dass sie eine Wohnung suchen, oder dass ich mit meiner Frau umziehe, oder etwas Anderes. Also fingen sie einfach an, hierher zu ziehen. Und wo wir gerade von der Stadt sprechen, diese Schule 15, meine Nichte studiert dort, sie hat dort studiert. Und die Lehrer wurden massenhaft dorthin gebracht, denn im Allgemeinen haben fast alle Lehrer unsere Schulen verlassen. Dies ist die 15. Schule, und es wurden viele Lehrer dorthin gebracht. Und das Interessante war, dass die meisten von ihnen aus Dagestan kamen.»²⁴⁷

Alle oben genannten Maßnahmen dienen dem langfristigen Ziel, die besetzten Gebiete der Ukraine endgültig in «russische» Gebiete zu verwandeln und all jene zu vertreiben, die auch nur eine minimale Bedrohung darstellen, illoyal sind oder sich den russischen Behörden widersetzen. Diese Vertreibung wird durch Gewaltanwendung, Einschüchterung und später auch durch Strafverfolgung, Ausweisung usw. durchgeführt.

Die verbleibende Bevölkerung wird so weit wie möglich an die Russische Föderation gebunden, indem jegliche Verbindung zur Ukraine gekappt wird – durch die erzwungene Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft und, als Folge davon, durch die Auferlegung des Militärdienstes und die Verpflichtung, in den Streitkräften zu dienen, wodurch es unmöglich wird, in den besetzten Gebieten ohne einen russischen Pass oder eine Neuausstellung nach russischem Recht irgendwelche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, Geschäfte zu tätigen, Eigentumsrechte zu erwerben und zu schützen, eine Beschäftigung zu finden oder eine Ausbildung zu absolvieren.

Um zusätzlichen Druck und Kontrolle über die besetzten Gebiete auszuüben, siedeln sich dort russische Bürger an, die auch Propagandanarrative und russische politische Kultur in ihren Alltag tragen.

245 Beschlagnahmung von Wohnungen und Vergünstigungen für Kolonisten: Wie Russland die ethnische Zusammensetzung der besetzten Gebiete der Ukraine verändert. LB.ua. 04.07.2024. URL: https://lb.ua/news/2024/06/04/616769_konfiskatsiya_kvartir_i_pilgi.html.

246 Ein Interview mit einem Bewohner der Region Saporischja.

247 Interview mit einem Einwohner der Region Zaporizhzhia.

ABSCHNITT 4

**Reaktion auf und
Gegenmaßnahmen gegen
russische Aggression
(unrechtmäßige Handlungen,
Praktiken) auf nationaler
und internationaler Ebene:
Lehren aus der Ukraine**

Reaktion auf und Gegenmaßnahmen gegen russische Aggression (unrechtmäßige Handlungen, Praktiken) auf nationaler und internationaler Ebene: Lehren aus der Ukraine

Wie bereits erwähnt, deuten die allgemeine Menschenrechtslage in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine und die Antworten auf die im Rahmen des Sonderberichts aufgeworfenen Schlüsselhypothesen auf eine Reihe systematischer und gezielter Maßnahmen der Russischen Föderation hin, die darauf abzielen, militärische Operationen vorzubereiten, durchzuführen, ukrainisches Territorium zu besetzen und die dortige Zivilbevölkerung zu unterjochen. Nämlich:

- Die Russische Föderation nutzt systematisch und in großem Umfang Informations- und Kulturveranstaltungen, von ihr kontrollierte Medien, Anreize für ein Studium in russischen Bildungseinrichtungen, die Ausstellung russischer Pässe usw. als Instrumente zur Beeinflussung der ukrainischen Zivilbevölkerung und als Grundlage für die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung der Besetzung der Gebiete und der Errichtung einer Kontrolle über deren Bevölkerung, die bereits zuvor starkem Einfluss ausgesetzt war.
- Zum Zwecke der Eroberung von Gebieten und insbesondere unter Bedingungen, unter denen eine solche vorherige Einflussnahme aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, instrumentalisiert die Russische Föderation die Begehung internationaler Verbrechen und schwerer Menschenrechtsverletzun-

gen, einschließlich weit verbreiteter Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in der Kampfzone und in den besetzten Gebieten, als Taktik der Kriegsführung und zur Herstellung der Kontrolle über fremde Gebiete und Bevölkerungen.

- Nach der Besetzung der ukrainischen Gebiete führte die Russische Föderation rasch Verwaltungspraktiken ein, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen führen, die sie zumeist seit Jahren auf ihrem eigenen Territorium begeht. Gleichzeitig verfolgen die Besatzungsbehörden eine gezielte Politik, indem sie die so genannten GONGOS²⁴⁸ einsetzen und lokale Behörden und Aktivisten zur Zusammenarbeit überreden, um die Loyalität der lokalen Zivilbevölkerung zu gewinnen und die lokale Bevölkerung der besetzten Gebiete durch russische Staatsbürger zu ersetzen und vollständig in die Rechtswirklichkeit der Russischen Föderation zu integrieren.

Diese Praktiken und Handlungen sind keine zufälligen Exzesse einzelner Täter, sondern das Ergebnis einer systemischen Politik dieses Staates, die ohne die Zustimmung hoher russischer Beamter nicht hätte eingeleitet und umgesetzt werden können. Im Ergebnis zielen sie unter anderem darauf ab, **die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete zu unterjochen und dafür zu sorgen, dass jegliche Verbindung zum Staat Ukraine weitestgehend abgebrochen wird.**

²⁴⁸ GONGO ist ein englisches Akronym für staatlich verwaltete Nichtregierungsorganisationen.

ABSCHNITT 4

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Dies stellt die Ukraine und die zuständigen Behörden vor eine Reihe von Herausforderungen, die in erster Linie mit der Notwendigkeit und Fähigkeit zusammenhängen, die Beziehungen zur eigenen Bevölkerung aufrechtzuerhalten, die gezwungen ist, in den besetzten Gebieten zu bleiben. Die Entwicklung von Konzepten, die ein Gleichgewicht zwischen Sicherheitsmaßnahmen und Maßnahmen zur Wiedereingliederung, zum Schutz und zur Wiederherstellung der Rechte der Opfer des Krieges wahren. Es ist auch notwendig, dem systematischen Einsatz der Russischen Föderation von Verstößen gegen die Rechte der Zivilbevölkerung und die Regeln des Krieges als Mittel zur Eroberung der besetzten ukrainischen Gebiete entgegenzuwirken.

Die Gesamtanalyse der für diesen Bericht gesammelten und ausgewerteten Daten zeigt, dass die Ukraine bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung und zur Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Bevölkerung der besetzten Gebiete sowie zur Wiederherstellung und zum Schutz der Rechte der Opfer der Folgen der lang andauernden Besetzung wichtige Lehren gezogen und Erfahrungen gesammelt hat, von denen einige in diesem Abschnitt näher erläutert werden.

I. Die ukrainische Regierung ist in ihrer Politik gegenüber den besetzten Gebieten und ihrer Bevölkerung überwiegend reaktiv, und die Verabschiedung und Umsetzung politischer Maßnahmen in diesen Gebieten ist durch erhebliche Trägheit gekennzeichnet.

So verabschiedete die Werchowyna Rada der Ukraine nach Beginn der russischen Aggression und Besetzung der Halbinsel Krim im April 2014 das Gesetz der Ukraine «Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und der Rechtsordnung in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine»²⁴⁹, das später auf alle besetzten Gebiete der Ukraine ausgedehnt wurde. In dem Gesetz ist unter anderem die Verpflichtung des Staates verankert, Beziehungen zu den im VBG der Ukraine ansässigen Bürgern zu unterhalten und geeignete Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte zu ergreifen. Darüber hinaus legt das Gesetz den politischen Standpunkt fest, die Russische Föderation für Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten sowie für die durch die Besetzung verursachten Schäden verantwortlich zu machen. Ebenfalls 2014 wurde das ukrainische Gesetz «Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten von Binnenvertriebenen» verabschiedet, das den Begriff «Binnenvertriebene»²⁵⁰ definiert und Garantien für ihre Rechte, eine ordnungsgemäße Buchführung usw. festlegt. 2017 genehmigte die Regierung die erste Strategie zur Integration von Binnenvertriebenen.²⁵¹ Die erste Strategie für die Räumung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol wurde vom Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine angenommen und im März 2021 durch einen Präsidialerlass genehmigt.²⁵²

Gleichzeitig gab es seit Beginn des Krieges im Jahr 2014 Fälle von diskriminierenden Praktiken gegenüber Bewohnern des VBG der Ukraine aufgrund von Maßnah-

249 Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und der Rechtsordnung in dem vorübergehend besetzten Gebiet der Ukraine: Gesetz der Ukraine vom 19. Mai 2014 Nr. 1207. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1207-18#Text>.

250 Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten von Binnenvertriebenen: Gesetz der Ukraine vom 20. Oktober 2014, Nr. 1706-VII. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1706-18#Text>.

251 Über die Genehmigung der Strategie für die Integration von Binnenvertriebenen und die Umsetzung langfristiger Lösungen für Binnenvertriebene für den Zeitraum bis 2020: Erlass des Ministerkabinetts der Ukraine vom 15. November 2017, Nr. 909-p. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/909-2017-%D1%80#Text>.

252 Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 «Über die Strategie zur Räumung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol»: Präsidialdekret vom 24. März 2021 Nr. 117/2021. URL: <https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>.

men und Entscheidungen der ukrainischen Behörden, wie z. B. Beschränkungen des Zugangs zu Bank- oder Rentendienstleistungen, Beschränkungen der Bewegung von Eigentum durch Kontrollpunkte usw. Darüber hinaus waren die Maßnahmen der Behörden häufig durch das Fehlen einer systematischen und kohärenten Politik gekennzeichnet, die den im Gesetz verankerten Garantien entspricht. Jeder Tag, an dem diese Fragen nicht gelöst werden, hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Fähigkeit der Ukraine, den russischen Bemühungen um die Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten entgegenzuwirken und sie tatsächlich in die rechtliche, informationelle, soziale und wirtschaftliche Realität des Besatzungslandes einzuführen.

Erst 2016 wurde das Ministerium für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine als zentrales Exekutivorgan eingerichtet, das die Gestaltung und Umsetzung der staatlichen Politik in den vorübergehend besetzten Gebieten und den Schutz der Rechte der dort lebenden Bevölkerung gewährleistet. Das Vorhandensein zentraler Exekutivorgane in der Regierungsstruktur hat sich größtenteils positiv auf die Fähigkeit ausgewirkt, die Räumungspolitik zu beeinflussen und zu gestalten und die Beziehungen zur Bevölkerung des VBG der Ukraine zu pflegen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts ist die Tätigkeit des oben genannten Gremiums jedoch faktisch beendet, und die Verteilung seiner Befugnisse ist nach wie vor unvollständig (ein Teil der Befugnisse wurde auf das Ministerium für Gemeinschaft und territoriale Entwicklung der Ukraine übertragen, jedoch nicht alle). Gleichzeitig ist der angekündigte Schwerpunkt des neu geschaffenen Ministeriums für nationale Einheit der

Ukraine hauptsächlich auf die Pflege der Beziehungen zu den Ukrainern im Ausland ausgerichtet und berücksichtigt nicht die Arbeit mit dem VBG und den Millionen von Bürgern, die dort verbleiben.²⁵³

Gleichzeitig ist es wichtig, die positiven Erfahrungen und Auswirkungen der Wiederaufnahme der Aktivitäten bestimmter Regierungs- und Strafverfolgungsbehörden im Exil in den ukrainischen Verwaltungs- und Gebietseinheiten, die vom Aggressor vollständig besetzt wurden, auf die Aufrechterhaltung der Kommunikation mit den Bürgern in der gesamten Ukraine zu erwähnen. So hat beispielsweise die Mission des Präsidenten der Ukraine in der Autonomen Republik Krim ihre Tätigkeit in dem von der Regierung kontrollierten Gebiet wieder aufgenommen und arbeitet nun mit Bürgern in Kyjiw und in den an die besetzte Krim angrenzenden Gebieten in Cherson zusammen. Im Jahr 2021 wurde eine aktualisierte Strategie für die Tätigkeit dieser Stelle verabschiedet, die der Verbesserung der Arbeit mit Bürgerbeschwerden Vorrang einräumt, einschließlich der Einführung eines systematischen Feedbacks an ukrainische Bürger, die im VBG der AR Krim und Sewastopol wohnen, an Ausländer und Staatenlose, die sich legal in diesem Gebiet aufhalten, der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Lösung problematischer Fragen usw.²⁵⁴

Oder die Arbeit der Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim und Sewastopol, die in Kyjiw wiederhergestellt wurde, deren Strategie ebenfalls aufgrund der Folgen des Krieges überarbeitet wurde, unter Berücksichtigung der Normen des humanitären Völkerrechts und der Notwendigkeit, ohne Zugang zum Territorium der Verbrechen, der Opfer und der Verdächtigen zu arbeiten, der Einführung innovativer Ermittlungsansätze, der Arbeit mit digitalen

²⁵³ Sitzung des Ausschusses vom 23.12.2024. YouTube-Kanal des Ausschusses für Menschenrechte der Werchowna Rada. 23.12.2024. URL: <https://youtu.be/eDw5v8BRSIQ?t=2197>

²⁵⁴ Über die vorrangigen Tätigkeitsbereiche der Mission des Präsidenten der Ukraine in der Autonomen Republik Krim: Erlass des Präsidenten der Ukraine vom 13. April 2021 Nr. 160/2021. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/160/2021#Text>

ABSCHNITT 4

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Beweisen und der Möglichkeit der Kommunikation mit Bürgern aus dem VBG der Ukraine durch Online-Dienste usw.²⁵⁵

Seit Beginn der umfassenden russischen Invasion hat der Staat beträchtliche und gut erforschte Erfahrungen bei der Befreiung der Gebiete, der Wiederherstellung der Arbeit der Behörden und der Rechte der Betroffenen gesammelt. Die Regierung hat jedoch die Strategie für die Wiederherstellung der Staatsgewalt und die Wiedereingliederung der Bevölkerung in den enteigneten Gebieten der Ukraine, die unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, internationaler Organisationen und unabhängiger Experten entwickelt wurde und den langjährigen Erfahrungen mit der Arbeit in den besetzten Gebieten und der Wiederherstellung des Lebens in den befreiten Gebieten Rechnung trägt, noch nicht verabschiedet. Die Erfahrungen mit der Evakuierung von Behörden (z.B. der Justiz) aus dem VBG der Ukraine oder aus der Kampfzone, Empfehlungen und Rechtssicherheit in Bezug auf die Folgen der Gefangennahme eines Amtsträgers usw. sind auf der Ebene von Rechtsakten oder Entscheidungen einzelner Regierungszweige noch weitgehend uninstitutionalisiert.

Die Generalstaatsanwaltschaft hat auch eine Strategie und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Arbeit der Strafjustiz in den von der lang anhaltenden Besetzung befreiten Gebieten entwickelt, aber noch nicht angenommen. Was ist das Schicksal der vor der Besetzung verlorenen und nicht abgeschlossenen ukrainischen Verfahren, die im VBG der Ukraine verblieben sind; was ist mit den Strafsachen und Gerichtsentscheidungen der Besatzungsbehörden und den Tausenden von Personen zu tun, die sich zum Zeitpunkt der Befreiung in Haft befanden; wie kann die Wiederherstellung der per-

sonellen Ressourcen und der logistischen Unterstützung für die Arbeit der Strafjustizorgane in diesen Gebieten nach der Befreiung unverzüglich gewährleistet werden; was ist mit den Zehntausenden von Personen zu tun, die potenziell für eine Kollaboration verantwortlich sind, deren Handlungen aber offensichtlich keine nennenswerten Folgen für die Region hatten. Für diese Fragen wurden Lösungen entwickelt, die möglicherweise noch weiter erörtert werden müssen, aber das Aufschieben solcher Entscheidungen verstärkt nur die zahlreichen Ängste der Zivilbevölkerung im VBG der Ukraine und gibt den Besatzungsbehörden noch mehr Möglichkeiten, die Bürger einzuschüchtern.

Obwohl die am weitesten verbreiteten und gefährlichsten Schäden die Auswirkungen auf Kinder und die systematische Militarisierung des Bildungswesens sind (fast 1,6 Millionen ukrainische Kinder wurden bis 2024 von der Besatzungsmacht als Geiseln gehalten), gibt es in der Ukraine derzeit kein staatliches Bildungskonzept und keine einheitliche Vision der Behörden für die Wiedereingliederung von Kindern und Jugendlichen, die unter der Besatzung waren, und für den Prozess der Wiederherstellung des Bildungssystems nach der Entlassung.²⁵⁶

Zu den weiteren systembedingten Herausforderungen, die zu Problemen beim Zugang zu Dienstleistungen oder bei der Wahrnehmung von Rechten durch Bürger aus der VBG-Ukraine führen, gehören die Nichtwiederaufnahme der Arbeit oder das Fehlen von Entscheidungen zur Übertragung bestimmter Befugnisse von Einrichtungen, deren Tätigkeit nach der Besetzung nicht wiederhergestellt wurde (sowohl staatliche Einrichtungen zum Schutz der Rechte von Kindern als auch unabhängige Berufsgruppen wie die Anwaltschaft usw.).

²⁵⁵ Die Strategie für die Entwicklung der Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim unter der vorübergehenden Besetzung für 2019-2021 wurde genehmigt. Offizielle Website der Staatsanwaltschaft der ARC und Sewastopol. 10.10.2018. URL: <https://surl.li/iigaks>.

²⁵⁶ Empfehlungen (Fahrplan) zur Politik der Wiedereingliederung von Kindern und Jugendlichen, die unter Besatzung standen. Almenda Zentrum für Politische Bildung. 05.03.2024: <https://almenda.org/rekomendacii-dorozhnya-karta-shhodo-politiki-reintegracii-ditej-ta-molodi-yaki-perebuvali-v-okupacii/>

Diese und andere Beispiele für die eher reaktive und träge Politik des Staates in Bezug auf die Wiedereingliederung der ukrainischen VBG und ihrer Bevölkerung, die jüngsten Trends des tatsächlichen Ausschlusses oder des Ignorierens der Fragen des Schutzes und der Wiederherstellung der Rechte von VBG-Personen in den wichtigsten strategischen Politiken des Staates und den Empfehlungen zur europäischen Integration, in denen diese eigentlich gefährdete Gruppe nicht berücksichtigt wird.

II. Die Ukraine muss die Fähigkeit ihrer eigenen Politik und Praxis erheblich stärken, um den Bemühungen Russlands entgegenzuwirken, die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten zu unterdrücken und ihre Verbindungen zur Ukraine zu kappen.

Die in diesem Bericht untersuchten systematischen und groß angelegten Praktiken der Menschenrechtsverletzungen im VBG der Ukraine haben unter anderem die Hauptaufgabe der Russischen Föderation, die Zivilbevölkerung dieser Gebiete zu unterwerfen und den maximalen Abbruch jeglicher Beziehungen zu ihrem Staat – der Ukraine sicherzustellen. Der Abbruch dieser Verbindungen erfolgt in mehreren Hauptrichtungen, wobei es für die Ukraine insbesondere wichtig ist, Maßnahmen zu entwickeln, um den kriminellen Handlungen Russlands entgegenzuwirken, sowie präventive und proaktive Lösungen zu finden, um Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Kontakts mit der eigenen Bevölkerung zu schaffen, die vorübergehend unter Besatzung steht.

Physische Bindungen. Unmittelbar nach der Einrichtung der Besatzungsbehörden auf der Halbinsel Krim und in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk im Jahr 2014 schränkte die Russische Föderation den Personenverkehr in die von der Regierung kontrollierten Gebiete der Ukraine ein, indem sie die sogenannte «Grenzkontrolle» einführte. Aufgrund der anhaltenden Besetzung war die Ukraine ge-

zwungen, an der Grenze zu den besetzten Gebieten Ein- und Ausreisepunktkontrollpunkte einzurichten, die zur einzigen legalen Möglichkeit wurden, die besetzten Gebiete zu betreten und zu verlassen. Ebenso hat der Staat aus Sicherheitsgründen den Flugverkehr und alle anderen Verkehrsmittel (mit Ausnahme von Privatfahrzeugen) an den Kontrollpunkten an der Grenze zu den besetzten Gebieten eingeschränkt.

Seit 2019 wurden in einigen EECP Verwaltungsdienstleistungszentren eingerichtet, Bank- und Postämter eröffnet, kostenlose Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt, Bürger empfangen, Treffen von Regierungsbeamten und Besuche ausländischer Delegationen organisiert.

Diese Maßnahmen trugen zweifellos dazu bei, die Beziehungen zur Bevölkerung in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. Jeden Tag überquerten Tausende von Bürgern die Kontrollpunkte in beide Richtungen. Und nach Angaben des staatlichen Grenzschutzdienstes der Ukraine wurden von Oktober 2014 bis zum Beginn der umfassenden Invasion im Februar 2022 55,885 Millionen Überquerungen der Kontaktlinie durch Personen aus der VBG in der Ostukraine sowie 18,323 Millionen Überquerungen der Verwaltungsgrenze mit der VBG der Autonomen Republik Krim registriert. Gleichzeitig hat die Russische Föderation regelmäßig rechtswidrige Beschränkungen oder Blockaden des Reiseverkehrs aus dem ukrainischen VBG in die von der Regierung kontrollierten Gebiete vorgenommen, beispielsweise bei Zulassungskampagnen für Hochschulen unter dem Vorwand, die COVID-19-Epidemie zu bekämpfen, oder um die Zivilbevölkerung am Zugang zu ukrainischen Verwaltungs-, Bank-, medizinischen und anderen Dienstleistungen zu hindern.

Nach dem Beginn der groß angelegten Invasion im Jahr 2022 wurde die Kontaktlinie von der Russischen Föderation faktisch in eine Linie aktiver Feindseligkeiten umgewandelt, wobei die entsprechenden Grenzübergangsstellen zerstört oder beschlagnahmt und in so genannte Kontrollpunkte

ABSCHNITT 4

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

der nach 2022 von der Russischen Föderation besetzten Gebiete umgewandelt wurden. Darüber hinaus ist einer der wichtigsten Faktoren für die physische Unterbrechung der Beziehungen zu den Gebieten die groß angelegte Politik Russlands, die darin besteht, überwiegend illoyale ukrainische Bürger aus den besetzten Gebieten zu deportieren, Binnenflüchtlingsströme zu erzeugen und die besetzten Gebiete mit eigenen Bürgern zu besiedeln, was letztlich zu einer erheblichen Veränderung der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung dieser Gebiete führt.²⁵⁷

Derzeit gibt es aus objektiven Gründen keine systematischen Lösungen für die Bewegung von Bürgern direkt zwischen dem VBG und den von der Regierung kontrollierten Gebieten. Die behörden- und sektorübergreifende Zusammenarbeit bei der Evakuierung aus den besetzten Gebieten ist gering. Es gibt keine ordnungsgemäß genehmigten Evakuierungsrichtlinien, einschließlich bestimmter Berufsgruppen oder Regierungsvertreter, die im Falle der Beschlagnahme oder drohenden Beschlagnahme von Gebieten Rechtssicherheit bieten würden. Der Staat sah sich mit der Herausforderung konfrontiert, neue Lösungen für die Aufrechterhaltung des physischen Kontakts mit der Bevölkerung im Zusammenhang mit der anhaltenden Besetzung und dem Fehlen eines direkten Zugangs vom VBG zu den von der Regierung kontrollierten Gebieten zu entwickeln. Derzeit erfolgt ein solcher Kontakt nur über einen einzigen Kontrollpunkt (mit Belarus²⁵⁸) und über den Zugang von Bewohnern der ukrainischen VBG zu den entsprechenden ausländischen diplomatischen Vertretungen der Ukraine.

Gleichzeitig steht der Staat vor vielen Herausforderungen, da die enteigneten Ge-

biete entmimt werden müssen, wie die Erfahrung und die begrenzten Ressourcen bei der Räumung von Kampfmitteln in den nun von der russischen Besatzung befreiten Gebieten zeigen.

Rechtliche Beziehungen. Unmittelbar nach der Besetzung und versuchten Annexion der ukrainischen Gebiete verfolgte die Russische Föderation eine rasche Politik der Eingliederung dieser Gebiete in ihren Rechtsraum und stattete die Bevölkerung mit ihren eigenen Dokumenten oder Dokumenten der von ihr kontrollierten Formationen aus.²⁵⁹

Sie führte auch strafrechtliche und andere Rechtsvorschriften der Russischen Föderation ein, die der Zivilbevölkerung keine Wahl und keine Möglichkeit ließen, sich weiterhin an ukrainischen Rechtsvorschriften und Dokumenten zu orientieren. Der ukrainische Staat erkennt die Ausdehnung der russischen Gesetzgebung auf diese Gebiete nicht an und erkennt dementsprechend auch nicht deren Folgen an, auch nicht im Zusammenhang mit den Rechten der Zivilbevölkerung usw.

Im April 2014 verabschiedete die Werchowna Rada der Ukraine das Gesetz der Ukraine «Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und der Rechtsordnung in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine», in dem der Rechtsstatus der VBG der Ukraine und die dortige Rechtsordnung festgelegt wurden (damals galt das Gesetz nur für die VBG der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol). Im Jahr 2022 wurde das Gesetz auf alle VBG der Ukraine ausgedehnt.

Trotz der gesetzlichen Nichtanerkennung des erzwungenen Erwerbs der russischen Staatsbürgerschaft im ukrainischen VBG bleibt diese Norm häufig deklarativ

257 Weitere Informationen zu den Mustern und Maßnahmen der Russischen Föderation bei der Verletzung von Menschenrechten in verschiedenen Gebieten zur Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten finden Sie in Abschnitt 3.

258 Bis August 2024 war der Kontrollpunkt Kolotylivka-Pokrowka für die Rückkehr ukrainischer Bürger aus dem Gebiet der Russischen Föderation in Betrieb.

259 Weitere Informationen zu den Mustern und Maßnahmen der Russischen Föderation bei der Verletzung von Menschenrechten in verschiedenen Gebieten zur Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten finden Sie in Abschnitt 3.

und wird in der Praxis ignoriert, insbesondere im Zusammenhang mit der Verhängung von Sanktionen gegen einzelne ukrainische Staatsbürger aus dem ukrainischen VBG als russische Staatsbürger, der Verwendung der Tatsache, einen russischen Pass zu besitzen, als Qualifikation für die Zusammenarbeit, diskriminierenden Praktiken der Beschränkung des Zugangs zu Dienstleistungen, Positionen oder der Ausübung von Rechten (Rentenversorgung) usw. Obwohl die Möglichkeit der Anerkennung von Dokumenten, die die Tatsache der Geburt, des Todes oder der Eintragung (Auflösung) einer Ehe in der VBG-Ukraine bestätigen, gesetzlich verankert ist, sind nach wie vor nur gerichtliche Verfahren zur Anerkennung solcher Tatsachen vorgesehen, was den Zugang von Bürgern aus der VBG-Ukraine zu ukrainischen Dokumenten, die für die Ausübung ihrer Rechte wichtig sind, erheblich erschwert. Während der langen Besatzungszeit wurden nicht mehr als 10 % der Geburten in der VBG der Ukraine nach ukrainischem Recht registriert. Seit dem Beginn der umfassenden Invasion ist die Registrierungsrate drastisch gesunken. So wurden nach Angaben der Besatzungsbehörden im Zeitraum 2022-2024 in den VBG der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol 63.833 Kinder geboren. Gleichzeitig registrierten die staatlichen Meldebehörden unter nur 5.492 Geburten.²⁶⁰

Dadurch werden dem Staat nicht nur wichtige Informationen über die eigene Bevölkerung im VBG der Ukraine vorenthalten, sondern Hunderttausende von Bürgern bleiben auch ohne richtige Dokumente und tragen sogar dazu bei, ihre rechtliche Bindung an den Besatzungsstaat zu stärken.

Das Verfahren zur Bestätigung des eingetragenen Wohnsitzes einer Person im VBG der Ukraine bleibt ebenso kompliziert. Trotz der Bestimmungen des ukrainischen Gesetzes «Über die Bereitstellung öffentlicher (elektronischer öffentlicher) Dienstleistungen für die Erklärung und Registrierung des Wohnsitzes in der Ukraine» ist das entsprechende Verfahren praktisch nicht funktionsfähig. Die staatlichen Stellen sind nicht befugt, Aufzeichnungen über den eingetragenen/angemeldeten Wohnsitz von Personen im ukrainischen VBG zu führen; die Identifizierung von Personen ohne Papiere (die über Drittländer in die Ukraine zurückkehren oder sich an ausländische diplomatische Vertretungen wenden) ist kompliziert; es ist unmöglich oder schwierig, eine individuelle Steuernummer ohne eingetragenen Wohnsitz zu erhalten usw.²⁶¹

Aufgrund der Folgen der Besetzung hat der Staat den Zugang zu staatlichen Registern und Daten, Archivdokumenten, Gerichtsentscheidungen und Materialien aus strafrechtlichen Ermittlungsverfahren verloren, und es fehlen große Mengen an Informationen über Land, Untergrund und kulturelles Erbe in der VBG-Ukraine. Es wurden noch keine Mechanismen zu ihrer Wiederherstellung entwickelt, was die Ausübung bestimmter Rechte, einschließlich der Eigentumsrechte, für Bürger aus der VBG der Ukraine erheblich einschränkt oder unmöglich macht. Gleichzeitig sind beispielsweise Beamte und Militärangehörige gesetzlich verpflichtet, Eigentum in den VBG der Ukraine anzumelden, obwohl es möglicherweise unwiederbringlich verloren ist oder der Anmelder oder der Staat aus objektiven Gründen keine Informationen darüber hat.

²⁶⁰Welche Möglichkeiten gibt es, mit den während der Besatzungszeit ausgestellten Dokumenten umzugehen? Analytische Anmerkung. Koalition der Organisationen, die sich für den Schutz der Rechte der Opfer der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine einsetzen. Januar 2025. URL: https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2025/02/document_ua_web_dokumenty-vydani-na-tot.pdf.

²⁶¹Über die Bereitstellung öffentlicher (elektronischer öffentlicher) Dienstleistungen für die Anmeldung und Registrierung des Wohnsitzes in der Ukraine: Gesetz der Ukraine vom 15. November 2024 Nr. 1871. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1871-20#Text>.

ABSCHNITT 4

SONDERBERICHT

ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

Bestimmte Befugnisse und/oder Behörden oder berufliche Selbstverwaltungsorgane sind in den von der Regierung kontrollierten Gebieten noch nicht wiederhergestellt worden, was dazu führt, dass bestimmte Rechte nicht wahrgenommen werden können, und in einigen Fällen sieht das Gesetz keine Gründe für die Entlassung (Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses) von Beamten vor, die die besetzten Gebiete nicht verlassen haben und nicht weiterhin in ukrainischen Strukturen arbeiten.

Eine wichtige Errungenschaft und Motivation für die Aufrechterhaltung der Rechtsbeziehungen mit der Bevölkerung der gesamten Ukraine war die Genehmigung des Abkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union über die Befreiung von der Visumpflicht und die damit verbundene Möglichkeit der ungehinderten Einreise in die jeweiligen Länder für ukrainische Bürger mit biometrischen Pässen. Auch die aktive Umsetzung von Digitalisierungsinstrumenten für verschiedene Verwaltungsdienste, einschließlich der Schaffung eines einheitlichen Webportals für öffentliche Dienste namens Diia und dessen Befüllung mit einer großen Anzahl öffentlicher Dienste.

Eine der größten Herausforderungen für den Staat im Zusammenhang mit der anhaltenden Besetzung wird die Fähigkeit sein, den ukrainischen Rechtsraum in den befreiten Gebieten wirksam und ohne erhebliche Verletzungen oder Einschränkungen der Rechte der Bürger wiederherzustellen. Dies wirft die Frage auf, wie die Ukraine mit den zahlreichen Dokumenten, Entscheidungen usw. der Besatzungsbehörden umgehen soll, die die Eigentums- und Nicht-Eigentumsrechte der Bürger betreffen.

Es geht also um die Entwicklung von

Maßnahmen, die der Russischen Föderation entgegenwirken sollen, indem sie die Bevölkerung der besetzten Gebiete zwingen, alle Dokumente und das Eigentum in die russische Rechtswirklichkeit zu übernehmen. Trotz des Entwurfs einer Strategie für die Wiederherstellung der Staatsgewalt und die Wiedereingliederung der Bevölkerung in den enteigneten Gebieten der Ukraine und des von der Regierung unter Beteiligung von Experten entwickelten Plans²⁶² wurde das Dokument noch nicht verabschiedet.²⁶³ Das Fehlen eines solchen Dokuments und einschlägiger Beschlüsse wird nicht nur die Wiedereingliederungsprozesse in den befreiten Gebieten erheblich erschweren, sondern löst bereits jetzt unter der Zivilbevölkerung der VBG-Ukraine große Ängste aus, da die möglichen Folgen für ihre Rechte in den Lebensbedingungen nach der Befreiung der Gebiete und der Wiederherstellung des ukrainischen Rechtsrahmens ungewiss sind.

Soziale Bindungen. Unmittelbar nach der Besetzung der ukrainischen Gebiete schuf die Russische Föderation für die dortige Zivilbevölkerung Bedingungen, bei denen die soziale Unterstützung fast zur einzigen Überlebensebene wurde, und der Zugang zu verschiedenen Formen der sozialen und medizinischen Versorgung wurde in der Folge nur nach Erhalt russischer Pässe und anderer Dokumente ermöglicht, d.h. faktisch durch den Zwang eines Treueeids auf den Besatzer und den Nachweis der Loyalität gegenüber der Regierung des Aggressors.²⁶⁴ Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Inanspruchnahme bestimmter Therapien und des Zugangs zu bestimmten Arzneimitteln für Bewohner des VBG der Ukraine während der Besatzung

²⁶² Der Entwurf der Strategie für die Wiederherstellung der Staatsmacht und die Wiedereingliederung der besetzten Gebiete wurde vorgestellt. Ukrinform. 10.04.2024. URL: <https://www.ukrinform.ua/rubric-politics/3850878-vidbulasa-prezentacia-proektu-strategii-vidnovlenna-derzvladi-ta-reintegracii-deokupovanih-teritorij.html>

²⁶³ Vereschtschuk: Strategie zur Wiederherstellung der Staatsmacht und zur Wiedereingliederung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten wird bis Ende Juni verabschiedet. Interfax-Ukraine. 29.05.2024. URL: <https://interfax.com.ua/news/general/989863.html>

²⁶⁴ Weitere Informationen zu den Mustern und Maßnahmen der Russischen Föderation bei der Verletzung von Menschenrechten in verschiedenen Gebieten zur Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten finden Sie in Abschnitt 3.

ng eingeschränkt und blieb mancherorts nur unter der Bedingung bestehen, in das von der Regierung kontrollierte Gebiet der Ukraine zu reisen. Dementsprechend war nach der Besetzung bestimmter Gebiete im Jahr 2014 der Zugang zu medizinischen Leistungen ein wichtiger Grund für regelmäßige Besuche in den von der Regierung kontrollierten Gebieten.

Gleichzeitig erließ die Ukraine nach Beginn der Besetzung Beschränkungen für den Zugang zu Rentendienstleistungen für Bewohner des ukrainischen VBG, was wiederum zu diskriminierenden Praktiken, Verletzungen von Eigentumsrechten und einer künstlichen Förderung des Anstiegs der Zahl der Binnenvertriebenen führte und den Aggressor dabei unterstützte, die Beziehungen zwischen den Bürgern und dem Staat zu kappen.²⁶⁵ Gegenwärtig bedürfen bestimmte Fragen im Zusammenhang mit Renten für Menschen, die in der VBG leben oder aus der VBG weggezogen sind, einer zusätzlichen Regelung (so wurde beispielsweise noch kein angemessener Mechanismus für den Bezug von Renten durch Bürger der vorübergehend besetzten Halbinsel Krim eingerichtet, der eine Bestätigung des Nichtbezugs von Renten aus der Russischen Föderation erfordert).

Nach dem umfassenden Einmarsch in die Russische Föderation ist das Problem der Erfassung und Entschädigung von Verletzungen, die durch Feindseligkeiten verursacht wurden, akut geworden. Gleichzeitig werden beispielsweise die einschlägigen Verfahren zur Feststellung des Zusammenhangs zwischen Invalidität und durch Feindseligkeiten verursachten Verletzungen immer noch nicht berücksichtigt und gelten nicht für Einwohner des VBG der Ukraine.

Eine wichtige Errungenschaft in der Politik des Staates zur Unterstützung der eigenen Bevölkerung in der TOTEN Ukraine²⁶⁶ war die gesetzliche Konsolidierung verschiedener Arten von sozialem und rechtlichem Schutz für Personen, bei denen der Entzug der persönlichen Freiheit infolge eines bewaffneten Angriffs auf die Ukraine festgestellt wurde, und ihre Familienangehörigen. Auch wenn bestimmte Praktiken der zuständigen Kommission, die die Feststellung des relevanten Sachverhalts prüft, verbessert werden müssen (in Bezug auf die Bewertung und Berücksichtigung von Dokumenten und Beweisen zur Bestätigung des Sachverhalts usw.), ist diese Unterstützung durch den Staat selbst ein wichtiges Signal und eines der Instrumente zur Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Bürgern, die unter der Verfolgung durch den Besatzer leiden, oft gerade wegen ihrer Position zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine und des Widerstands gegen die Besatzung.

Verbindungen im Bildungsbereich. Eine weitere Herausforderung für die Ukraine ist die Notwendigkeit, der groß angelegten und systematischen Politik der Besatzer entgegenzuwirken, die den Bildungsraum der besetzten Gebiete militarisiert und Kindern und Jugendlichen aus diesen Gebieten den Zugang zum ukrainischen Bildungswesen verwehrt.²⁶⁷ Zu den wichtigen Errungenschaften des Staates in diesem Bereich gehören die folgenden: die Verlegung von mehr als 23.000 Studierenden von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den VBG der Ukraine in die von der Regierung kontrollierten Gebiete der Ukraine seit 2014; die Verlegung (Verlagerung) bestimmter Bildungseinrichtungen aus den VBG

²⁶⁵Fürs Alter verdient und ohne Rente: Warum Rentner von der Krim vor Gericht Zahlungen einklagen. Suspilne. Krym. 29.10.2024. URL: <https://suspilne.media/crimea/867461-zaroblali-na-starist-i-zalisilisa-bez-pensii-comu-pensioneri-z-krimu-cerez-sud-dobivautsa-viplat/>

²⁶⁶Über den sozialen und rechtlichen Schutz von Personen, denen die persönliche Freiheit infolge eines bewaffneten Angriffs auf die Ukraine entzogen wurde, und ihrer Familienangehörigen: Gesetz der Ukraine vom 1. Januar 2025 Nr. 2010. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2010-20#Text>.

²⁶⁷Weitere Informationen zu den Mustern und Maßnahmen der Russischen Föderation bei der Verletzung von Menschenrechten in verschiedenen Gebieten zur Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten finden Sie in Abschnitt 3

der Ukraine; die Aufhebung der Lizenzen von etwa 30 Hochschulen, die in den VBG der Regionen Krim, Donezk und Luhansk verbleiben; und die Einrichtung von Bildungszentren «Krim-Ukraine» und «Donbas-Ukraine». Die folgenden Entscheidungen und Praktiken des Staates wirkten sich positiv auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen aus den VBG der Ukraine aus: die Einführung der Möglichkeit, die externe Form der Bildung für Kinder zu nutzen, die in den VBG der Ukraine lebten (wohnhaft waren); die Anerkennung von in den VBG der Halbinsel Krim erzielten Bildungsergebnissen für die Zulassung vor 2014; die Bereitstellung von Sozialstipendien und staatlicher gezielter Unterstützung für Binnenvertriebene für die Berufs-, Hochschul- und Universitätsbildung.

Die anhaltende Besetzung, die Folgen der umfassenden Invasion und die erheblichen Auswirkungen des Aggressorlandes auf das Bildungssystem erfordern jedoch neue Lösungen und Strategien. So berücksichtigt beispielsweise die Regelung des Rechts auf Einschreibung im Rahmen von Quoten für Personen aus den ukrainischen VBG nicht die Folgen der umfassenden Invasion, oder das System für den Zugang zur beruflichen Bildung trägt den Besonderheiten der ukrainischen VBG noch immer nicht Rechnung. Derzeit enthält die Gesetzgebung eine diskriminierende Bestimmung, wonach Kinder aus VBG der Ukraine einen speziellen Kurs über die Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine und die Bekämpfung der russischen Propaganda sowie die Entwicklung allgemeiner kultureller und staatsbürgerlicher Kompetenzen belegen müssen.²⁶⁸ Es gibt nach wie vor kein Verfahren zur Anerkennung der in Bil-

dungseinrichtungen in den VBG der Ukraine erworbenen Bildungsabschlüsse, wie es im Gesetz der Ukraine «Über die Änderung bestimmter Gesetze der Ukraine zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen von Personen, die sich in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine aufhalten» vorgesehen ist, was die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Jugendlichen in den besetzten Gebieten sowie ihre Fähigkeit, ihre unabhängige Karriere in dem von der Regierung der Ukraine kontrollierten Gebiet zu verfolgen, erheblich behindert.²⁶⁹

Angesichts der Bedeutung von Kindern und Jugendlichen für das Land im Allgemeinen und für künftige Reintegrationprozesse im Besonderen, angesichts des Ausmaßes der Folgen der anhaltenden Besatzungspolitik im Bildungsbereich und ihrer negativen Auswirkungen auf junge Menschen aus den besetzten Gebieten muss der Staat dringend seine Bildungsstrategie stärken, Konzepte für die Reintegration von Kindern und Jugendlichen, die unter der Besatzung standen, entwickeln und umsetzen und das Bildungssystem nach der Befreiung der ukrainischen Gebiete wiederherstellen.

Informationsbeziehungen. Die Beschlagnahme des Informationsraums, die völlige Zerstörung ukrainischer und ausländischer unabhängiger Medien, die Verfolgung von Journalisten und groß angelegte Propaganda sind ein weiteres mächtiges Instrument der Russischen Föderation zur Vorbereitung und Führung eines Krieges, zur Beschlagnahme von Gebieten und zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über diese Gebiete.²⁷⁰ Um dieser Politik des Besatzers entgegenzuwirken, bedarf es daher erheblicher Ressourcen und koordinierter Anstrengungen der relevanten Akteure bei der Entwicklung

268 Über die Änderung einiger Gesetze der Ukraine über die Anerkennung von Bildungsabschlüssen von Personen, die sich in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine aufhalten: Gesetz der Ukraine vom 21. November 2023 Nr. 3482-IX. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/3482-20#Text>.

269 Echte Mechanismen zur Bestätigung der Ausbildung von Jugendlichen aus VBG sollten vorhanden sein: Menschenrechtsaktivisten geben eine Erklärung ab. ZMINA. 21.11.2024. URL: <https://zmina.ua/statements/mayut-zapraczyuvaty-realni-mehanizmy-pidtvordzhennya-osvity-molodi-z-tot-pravozahysnyky-zrobyly-zayavu/>.

270 Weitere Informationen zu den Mustern und Maßnahmen der Russischen Föderation bei der Verletzung der Menschenrechte in verschiedenen Gebieten zur Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten finden Sie in den Abschnitten 1 und 2 dieses Berichts

der Informationspolitik sowie der effektiven Arbeit aller Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung anderer Lösungen zum Schutz der Rechte der Bewohner des VBG der Ukraine. In den Jahren der anhaltenden Besetzung hat die ukrainische Regierung Schritte zur Entwicklung und Umsetzung von Informationsstrategien für die besetzten Gebiete unternommen. So wurde 2018 die Strategie zur informationellen Wiedereingliederung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol angenommen²⁷¹, und 2021 genehmigte der Präsident der Ukraine die Strategie zur Informationssicherheit, von der sich einige Elemente auf das VBG der Ukraine beziehen²⁷². Die Umsetzung dieser Strategien ist jedoch nach wie vor unzureichend koordiniert, oft ohne angemessene Ressourcen und hängt von institutionellen und personellen Veränderungen in den für die Umsetzung zuständigen Behörden ab. Oft werden den ukrainischen Bürgern von den verschiedenen Behörden und ihren Vertretern widersprüchliche Botschaften vermittelt (z. B. in Bezug auf die erzwungene Ausstellung von Reisepässen unter der Besatzung).²⁷³ Die größte Herausforderung bei der Umsetzung der Informationsstrategie ist jedoch nach wie vor das Fehlen oder die Unzulänglichkeit staatlicher Entscheidungen über die praktische Ausübung der Rechte von Bewohnern der ukrainischen VBG in den von der Regierung kontrollierten Gebieten, was die Fähigkeit und Wirksamkeit jeglicher Informations- und Kommunikationspolitik zur Aufrechterhaltung der Kommunikation mit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten erheblich beeinträchtigt.

Die Hauptrolle in der staatlichen Kommunikation mit den Bewohnern der

vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine spielten im Allgemeinen die zuständigen zentralen Exekutivbehörden (bis vor kurzem das Ministerium für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine) sowie einige zuständige regionale Behörden, einschließlich derjenigen im Exil. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts ist die Website des Ministeriums für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine jedoch noch nicht betriebsbereit und kann von den Nutzern nicht als Quelle für konzentrierte und strukturierte Informationen für die Bewohner des VBG der Ukraine genutzt werden. Die Kommunikation des neu geschaffenen Ministeriums für nationale Einheit der Ukraine richtet sich hauptsächlich an Ukrainer im Ausland und Binnenvertriebene. Die Tatsache, dass die Regierung sich nicht sicher ist, welche Priorität die Wiedereingliederung und der Schutz der Rechte der Bewohner des ukrainischen Übergangsgebiets haben, sendet ein deutliches negatives Signal an die Bürger aus diesen Gebieten.

Zivilgesellschaftliche Menschenrechts- und Dienstleistungsorganisationen, die die Bewohner der besetzten Gebiete unterstützen, spielen eine wichtige Rolle beim Aufbau und der Aufrechterhaltung von Informationsverbindungen mit der gesamten Ukraine. Sie werden oft zu Vermittlern von bestimmten Möglichkeiten und notwendigen Informationen für die Menschen. Die Arbeit der unabhängigen Medien, einschließlich der Online-Medien, ist ebenfalls wichtig für die Informationsbeziehungen, und die Vereinfachung ihrer Arbeit durch das ukrainische Mediengesetz trägt nur dazu bei, ein einheitliches Informationsfeld

271 Über die Genehmigung der Strategie der informationellen Reintegration der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol: Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 27. Dezember 2018, Nr. 1100-p. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1100-2018-%D1%80#Text>.

272 Über den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 15. Oktober 2021 «Über die Strategie der Informationssicherheit»: Dekret des Präsidenten der Ukraine vom 28. Dezember 2021 Nr. 685/2021. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/685/2021#Text>

273 Vereshchuk forderte die Bewohner der besetzten Gebiete auf, keine russischen Pässe anzunehmen. UNIAN. 01.05.2023. URL: <https://www.unian.ua/war/primusova-pasportizaciya-na-okupovanih-teritoriyah-ukrajini-vereshchuk-zrobila-zayavu-12240561.html>.

SONDERBERICHT
ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION
VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

und Beziehungen zu den in den VBG lebenden Bürgern aufrechtzuerhalten.

Zahlreiche Beschwerden von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Experten auf dem Gebiet der Informationskommunikation blieben jedoch bisher unbeachtet, darunter auch die Tatsache, dass in der Nähe des VBG kein analoges Fernsehen eingerichtet wurde. Das ukrainische Digitalfernsehen ist für die Bewohner der besetzten Gebiete nicht zugänglich. Auch das Funktionieren des ukrainischen Rundfunks und der Zugang zu diesem ist kompliziert. Experten kritisieren seit langem die Aktivitäten des Fernsehsenders Dim, den die Behörden seit einiger Zeit als Sender für die besetzten Gebiete positionieren. All dies verschlechtert den Zustand und die Möglichkeiten der Kommunikation zwischen den ukrainischen Behörden und der Bevölkerung und schließt die Bevölkerung der besetzten Gebiete praktisch von dieser Kommunikation aus.

Religiöse Bindungen. Eine weitere Herausforderung im Hinblick auf die Bekämpfung des russischen Einflusses auf die Zivilbevölkerung, einschließlich des Einflusses der Propaganda, war die Tätigkeit der UOC-MP in der Ukraine.²⁷⁴ So versäumten es die Vertreter dieser Kirche nicht nur, die bewaffnete Aggression Russlands gegen die Ukraine zu verurteilen, sondern verbreiteten auch aktiv russische Narrative unter der Zivilbevölkerung und trugen zur russischen Inbesitznahme ukrainischer Gebiete bei, beginnend mit der Besetzung der Halbinsel Krim.²⁷⁵ Vor diesem Hintergrund begannen die russischen Behörden nach der Besetzung der ukrainischen Gebiete

eine systematische Verfolgung bestimmter Religionsgemeinschaften, darunter Vertreter muslimischer Religionsgruppen, der Zeugen Jehovas und der Religionsgemeinschaft der Orthodoxen Kirche der Ukraine (UOC-KP).²⁷⁶

Ein wichtiger Schritt des Staates im Zusammenhang mit dem Schutz der orthodoxen Kirche in der Ukraine und der Verringerung des russischen Einflusses auf sie und ihre Gemeindemitglieder war die Entscheidung des Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus, dem Primas der Orthodoxen Kirche der Ukraine, Metropolit Epifaniy von Kyjiw und der ganzen Ukraine (Link), das Tomos der Autokephalie zu gewähren, dem eine lange Arbeit des Staates und der Öffentlichkeit vorausgegangen war.²⁷⁷ Derzeit sind mehr als 1800 religiöse Gemeinschaften und Klöster von der UOC-MP zur OCU gewechselt. Nach Angaben des SBU wurden seit Beginn der russischen Invasion Strafverfahren gegen mehr als 100 Geistliche der UOC-MP eingeleitet, weil sie die bewaffnete Aggression Russlands offen unterstützen und gerechtfertigt haben; gegen fast 50 von ihnen wurde eine Verdachtsanzeige erstattet, und mehr als 20 von ihnen wurden gerichtlich verurteilt.²⁷⁸

Eine weitere wichtige Entscheidung des Staates in diesem Zusammenhang war die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 3894-IX²⁷⁹ «Über den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung im Bereich der Tätigkeit religiöser Organisationen» im Jahr 2024, das die Beendigung der Tätigkeit religiöser Organisationen vorsieht, die mit der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine verbunden sind. Das Gesetz verbietet die Tätigkeit

274 Wie lange wird die russisch-orthodoxe Kirche in der Ukraine existieren? Ukrainer. 02.04.2022 URL: <https://www.ukrainer.net/rpc/>

275 Siehe Abschnitt 1 für weitere Einzelheiten (Abschnitt 1.2).

276 Weitere Einzelheiten finden Sie in Abschnitt 3.

277 Nach Erhalt des Tomos verkündete Epiphaniy die Gründung der autokephalen orthodoxen Kirche der Ukraine. Radio Liberty. 06.01.2019 URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/news/29693853.html>

278 Parlament verabschiedet Gesetz zum Verbot der UOC (MP) in der Ukraine – Abgeordnete. Radio Liberty. 20.08.2024. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/news-moskovskyy-patriarkhat-zaborona/33085530.html>.

279 Über den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung auf dem Gebiet der Tätigkeit religiöser Organisationen: Gesetz der Ukraine vom 20.08.2024. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/card/3894-20>

religiöser Organisationen, die von einem Staat geleitet werden, der eine Aggression gegen die Ukraine ausübt. Religiöse Organisationen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie mit der Russisch-Orthodoxen Kirche zusammenarbeiten, müssen von einer Expertenkommission überprüft werden, und wenn solche Verbindungen festgestellt werden, haben sie Zeit, sich aufzulösen oder ihre Tätigkeit per Gerichtsbeschluss einzustellen. Gleichzeitig vertrauten bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes laut nationalen Umfragen 82 % der Ukrainer der UOC-MP nicht, und 83 % der befragten Bürger waren der Meinung, dass der Staat in gewissem Maße in die Aktivitäten der UOC-MP eingreifen sollte, darunter 63 %, die ein vollständiges Verbot dieser Kirche befürworteten.²⁸⁰

Gleichzeitig haben die ukrainischen Behörden trotz der systematischen Verfolgung und des Drucks auf die OCU durch die Besatzungsbehörden der Krim, einschließlich der rechtswidrigen Beschlagnahme von Kirchengebäuden aus ihrer Nutzung, den einschlägigen Regierungsbeschluss über die Eintragung des staatlichen Eigentums an der Kathedrale der Krimdiözese der OCU in Simferopol noch nicht umgesetzt. Auch ein Ersuchen an die Behörden, in Kyjiw Räumlichkeiten für die Verwaltung der Krim-Diözese und eine Kirche für Gottesdienste zur Verfügung zu stellen, ist nach wie vor ungelöst.²⁸¹ Gleichzeitig halten der Metropolit von Simferopol und von der Krim mit Unterstützung von Vertretern der Gemeindemitglieder aus den Reihen der von der Halbinsel vertriebenen Personen eine solche Entscheidung für den Schutz der Rechte der Religionsgemeinschaft für wichtig.²⁸²

Wirtschaftliche Bindungen. Die wirtschaftliche Einflussnahme in den besetzten Gebieten ist für den Besatzer zu einem mächtigen Instrument geworden, um die zivilen Beziehungen zur Ukraine zu kappen.²⁸³ Änderungen des Währungssystems, der Zwang zur Neuregistrierung von Unternehmen und Eigentumsrechten ukrainischer juristischer und natürlicher Personen nach russischem Recht mit der Möglichkeit des Entzugs dieser Rechte im Falle der Weigerung, sich neu registrieren zu lassen, wurden zu Hebeln der Unterwerfung der Bevölkerung unter die russische Rechtswirklichkeit. Darüber hinaus zeigt die anhaltende Besetzung ukrainischer Gebiete die Tendenz der Russischen Föderation, die Bedingungen für den Rückgang kleiner und mittlerer Unternehmen in den besetzten Gebieten zu schaffen, und mancherorts ist es aufgrund der Folgen der Feindseligkeiten, der Enteignung und Beschlagnahmung von Eigentum und Land durch die Besatzungsgruppen usw. schlichtweg unmöglich, Geschäfte zu machen. All dies wiederum schafft in der VBG-Ukraine Bedingungen, unter denen die wirtschaftliche Sicherheit der Zivilbevölkerung direkt von der Bereitschaft abhängt, für die Besatzungsbehörden oder Besatzungsunternehmen verschiedener Art zu arbeiten. Gleichzeitig ist die Arbeit in der Privatwirtschaft und die Entwicklung eines eigenen Unternehmens in der VBG-Ukraine, die es scheinbar ermöglicht, nicht mit den Besatzern in Kontakt zu treten, nach wie vor unmöglich, ohne Steuern an die Besatzungsbehörden zu zahlen und sich nach russischem Recht registrieren zu lassen.

280 Wie sollte die Politik der Regierung und das Vertrauen in die ukrainisch-orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) aussehen? KIIS. 07.05.2024 URL: <https://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=1404&page=1>

281 Einige Fragen der Übernahme der Kathedrale der Heiligen Gleichen-zu-Apostel Fürst Wolodymyr und Fürstin Olha in staatliches Eigentum und Schutz des Rechts auf Weltanschauungs- und Religionsfreiheit der Gläubigen der Krim-Diözese der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Orthodoxe Kirche der Ukraine): CMU-Resolution Nr. 1213 vom 28. Oktober 2022: <https://www.kmu.gov.ua/npas/deyaki-pitannya-prijnyattya-u-derzhav-a1213>

282 Metropolit Klyment kritisierte die Regierung für ihre Untätigkeit in religiösen Fragen der ethnischen Ukrainer auf der besetzten Krim. ZMINA, 13.05.2024 URL: <https://zmina.info/news/mytropolyt-klyment-rozkrytykuvav-uryad-za-bezdiyalnist-u-religijnyh-pytannyah-etnichnyh-ukrayincziv-v-okupovanomu-krymu/>

283 Siehe Abschnitt 3.6 zu den Mustern und Maßnahmen der Russischen Föderation bei der Verletzung von Menschenrechten in verschiedenen Gebieten zur Unterwerfung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Gleichzeitig hat der ukrainische Staat in den Jahren der russischen bewaffneten Aggression keine angemessene Strategie oder vorhersehbare Politik zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bevölkerung der besetzten Gebiete gezeigt. So wurde beispielsweise sechs Monate nach der Besetzung der Krim ein Gesetz über die so genannte freie Wirtschaftszone «Krim» verabschiedet. Trotz des angeblichen Wunsches, das Wirtschaftsleben auf der vorübergehend besetzten Halbinsel zu erhalten, wurde diese Absicht nicht verwirklicht. Die verabschiedeten Normen bildeten vielmehr die Grundlage für die weitere Einführung diskriminierender Beschränkungen des Zugangs zu ukrainischen Bank- und anderen Finanzdienstleistungen für ukrainische Bürger, die im VBG der Krim registriert sind (dieser Ansatz galt nicht für alle besetzten ukrainischen Gebiete). Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Bürgern der Krim, insbesondere im Bankensektor, und dem Staat. Die entsprechenden Gesetze und Beschränkungen wurden erst 2021 von der Werchowna Rada der Ukraine aufgehoben.²⁸⁴

Während der Staat seit Beginn der Besetzung der ukrainischen Gebiete im Jahr 2014 stillschweigend zugestimmt hat, dass Bürgerinnen und Bürger unter der Besetzung eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben (oder angesichts der formalen Bedingungen der freien Wirtschaftszone auf der Krim sogar Loyalität), wurden nach Beginn der umfassenden russischen Invasion im Jahr 2022 die Strafgesetze geändert, um verschiedene Formen der Kollaboration

zu bestrafen. Dazu gehören insbesondere Begriffe wie «wirtschaftliche Tätigkeit» oder die Weitergabe von «materiellen Ressourcen», die in der Ermittlungs- und Gerichtspraxis äußerst weit und unbestimmt ausgelegt werden. Nach Recherchen von Menschenrechtsorganisationen kann diese Kategorie von Straftaten nach derzeitiger Praxis Lebensmittel, jede Arbeitstätigkeit im VBG der Ukraine, auch gegen nicht-finanzielle Vergütung, und die Zahlung von Steuern an den Aggressorstaat umfassen.²⁸⁵ Derartige Vorgehensweisen können sich negativ auf den Wiedereingliederungsprozess auswirken und tragen bereits jetzt dazu bei, die Ängste der Bevölkerung im ukrainischen VBG zu verstärken und dementsprechend die Bindungen zum Staat abzubrechen.

Die derzeitige Situation bei der Entwicklung von Entschädigungsmechanismen für beschädigtes oder zerstörtes Eigentum und andere Verluste als Folge der russischen Aggression gibt ebenfalls Anlass zur Sorge. Das unter der Schirmherrschaft des Europarats eingerichtete Register für Schäden, die durch die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursacht wurden, hat nur das Mandat, sich mit den Folgen und Verlusten nach der umfassenden Invasion der Russischen Föderation im Jahr 2022 zu befassen.²⁸⁶ Daher wird sich das Fehlen einer angemessenen Kommunikation und von Maßnahmen seitens des Staates negativ auf das Gefühl der Unterstützung durch den ukrainischen Staat für die Bewohner der seit 2014 von der Russischen Föderation besetzten Gebiete auswirken. Die einschlägige Gesetzgebung über die Bilanzierung von

284 Über die Aufhebung des Gesetzes der Ukraine «Über die Einrichtung der Freien Wirtschaftszone «Krim» und über die Besonderheiten der Wirtschaftstätigkeit in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine» sowie über die Änderung einiger gesetzlicher Akte der Ukraine: Gesetz der Ukraine vom 21. November 2021 Nr. 1618-IX. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1618-20>.

285 In der Ukraine gibt es bereits mehr als 8.000 Fälle von Kollaboration: Was ist mit ihnen los? Hier ist der Bericht von Menschenrechtsaktivisten. ZMINA. 02.08.2024. URL: <https://zmina.ua/media/v-ukrayini-uzhe-ponad-8-tysyach-sprav-pro-kolaboracziom-shho-z-nymy-ne-tak-perekazyemo-zvit-pravozahysnykiv/>.

286 Über die Erstellung eines erweiterten Teilabkommens über das Register der durch die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursachten Schäden: Resolution CM/Res(2023)3 vom 12. Mai 2023. URL: <http://surl.li/fmcswl>

Eigentum²⁸⁷, das infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation beschädigt oder zerstört wurde, sieht derzeit die Bilanzierung von beweglichem und unbeweglichem Eigentum vor, das seit 2014 beschädigt oder zerstört wurde. Tatsächlich wird jedoch nur das seit dem 24. Februar 2022 beschädigte oder zerstörte unbewegliche Wohneigentum verbucht. Die Bilanzierung von beweglichem Vermögen, unbeweglichem Vermögen, das kein Wohneigentum ist, Vermögen, zu dem der Zugang verloren wurde, und jeglichem Vermögen aus diesen Kategorien wurde erst 2022 eingeführt.

Zu den positiven Praktiken des Staates in dieser Hinsicht gehören Versuche, eine Prüfung der durch den Krieg²⁸⁸ oder die Besetzung bestimmter Regionen²⁸⁹ entstandenen Verluste sicherzustellen, sowie die Entwicklung von Plänen für die Wiederherstellung bestimmter Regionen, die derzeit besetzt sind. So wurden beispielsweise auf Initiative der Behörden Strategien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau bestimmter besetzter Regionen entwickelt und vorgelegt, wie Strategy for the Recovery of Crimea after De-occupation²⁹⁰, das Konzept für den Wiederaufbau von Melitopol und der Plan für die Wiederbelebung von Mar-

iupol²⁹¹. Und die Notwendigkeit, Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung zu entwickeln, wird auf staatlicher Ebene als eine der wichtigsten Aufgaben zur Überwindung der Kriegsfolgen anerkannt.²⁹² Bislang handelt es sich jedoch um Entwicklungen, die sich auf den Wiedereingliederungs- und Erholungsprozess auswirken werden²⁹³, aber keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Bevölkerung des VBG der Ukraine haben, der lange Zeit besetzt war.

III. Die Antwort des Staates an die Bevölkerung auf die Frage, wie Gerechtigkeit erreicht werden kann, beschränkt sich heute weitgehend auf die Justiz, was sowohl wichtig ist, um die Unvermeidbarkeit der Bestrafung internationaler Verbrechen zu gewährleisten, als auch eine gewisse Einschränkung der Instrumente zur Erreichung der Gerechtigkeit und eine Herausforderung für die Kapazität des Justizsystems darstellt.

Seit dem Beginn der russischen Aggression im Jahr 2014 wurde der Großteil der Arbeit zur Dokumentation von Menschen-

287 Über die Entschädigung für die Beschädigung und Zerstörung bestimmter Kategorien von Immobilien infolge von Feindseligkeiten, terroristischen Handlungen und Sabotage, die durch die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursacht wurden, sowie über das staatliche Register des infolge von Feindseligkeiten, terroristischen Handlungen und Sabotage, die durch die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursacht wurden, beschädigten und zerstörten Eigentums: Gesetz der Ukraine vom 11. Dezember 2024 Nr. 2923-IX. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2923-20#Text>.

288 Bericht über die direkten Schäden an der Infrastruktur durch die Zerstörung infolge der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine ab Anfang 2024. Kiewer Hochschule für Wirtschaft. April 2024. URL: https://kse.ua/wp-content/uploads/2024/04/01.01.24_Damages_Report.pdf; Draft Recovery Plan of Ukraine Materialien der Arbeitsgruppe «Audit of losses incurred as a result of the war». Offizielle Website des Ministerkabinetts der Ukraine. Juli 2022. URL: <https://www.kmu.gov.ua/storage/app/sites/1/recoveryrada/ua/audit-of-war-damage.pdf>; Umweltschäden durch den Krieg. Offizielle Website des Ministeriums für Umweltschutz und natürliche Ressourcen der Ukraine. 16.07.2021. URL: <https://ces.org.ua/assessment-of-ukraines-economic-losses-from-crimea/>

289 Bewertung der wirtschaftlichen Verluste der Ukraine durch die vorübergehende Besetzung der Halbinsel Krim. Zentrum für Wirtschaftsstrategien. 16.07.2021. URL: <https://ces.org.ua/assessment-of-ukraines-economic-losses-from-crimea/>

290 Strategie für die Wiederherstellung der Krim nach der De-Okkupation. Offizielle Website der Mission des Präsidenten der Ukraine in der ARC. 12.09.2023. URL: <https://ppu.gov.ua/documents/strategiia-vidnovlennia-krymu-pislia-deokupatsii/>.

291 Das Konzept der Erholung von Melitopol. Neustart. URL: <https://www.restartfuture.org/projects/koncepciya-vidnovlennya-melitopolya>.

292 Ein Plan für die Wiederbelebung der Stadt Mariupol. Website des Projekts Mariupol Reborn. URL: <https://remariupol.com/>

293 Ihor Marchuk: Die ökologische und wirtschaftliche Wiederherstellung der besetzten Gebiete ist eine wichtige Aufgabe für die Regierung und das Parlament. Offizielle Website der Werchowna Rada der Ukraine. 05.11.2024. URL: https://www.rada.gov.ua/news/news_kom/255331.html; Wirtschaftlicher Wiederaufbau der Region Donezk – Pläne und Hindernisse. Anti-Krisen-Medienzentrum. 12.08.2024. URL: <https://acmc.ua/ekonomichne-vidnovlennya-donechchyny-plany-ta-perepony/>.

SONDERBERICHT
ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION
VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

rechtsverletzungen im Land von Menschenrechtsorganisationen geleistet, die im Gegensatz zu staatlichen Strukturen manchmal nicht nur Zugang zu diesen Gebieten hatten, sondern auch ein größeres Vertrauen bei Zeugen und Opfern. Im Jahr 2016 begann die systematische Entwicklung der Arbeit und der Architektur des nationalen Strafverfolgungssystems für die Untersuchung internationaler Verbrechen. Spezialisierung und Verabschiedung der entsprechenden Strategie der Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, Stärkung der Ermittlungsbehörden auf der Krim im Exil und seit 2019 die Einrichtung separater spezialisierter Struktureinheiten in den Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften in den Regionen Donezk und Luhansk, die sich mit Straftaten befassen, die während der bewaffneten Aggression begangen wurden, sowie mit damit zusammenhängenden internationalen Straftaten. In der Folge wurde innerhalb der PGO die zuständige Abteilung für die Überwachung von Strafverfahren bei im Kontext bewaffneter Konflikte begangenen Straftaten eingerichtet, wodurch das Strafverfolgungssystem in die Lage versetzt wurde, angemessen auf die weitreichenden Folgen der russischen Invasion im Jahr 2022 zu reagieren.

In den letzten zehn Jahren hat der Staat eine einzigartige Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen Menschenrechtsorganisationen und Staatsanwälten und

Strafverfolgungsbehörden bei der Dokumentation von Straftaten, der Sammlung von Beweisen und der Arbeit mit digitalem Beweismaterial bei fehlendem Zugang zur Begehung einer Straftat, der Förderung der beruflichen Entwicklung, der Vorbereitung (auch gemeinsam mit NRO) von Beschwerden an die Anklagebehörde des IStGH und der Interaktion mit ihr, dem Aufbau des Vertrauens der Opfer in das Ermittlungssystem usw. gemacht.²⁹⁴ Nach dem Beginn der groß angelegten Invasion in Russland und den entsprechenden Änderungen der Strafprozessgesetze in Bezug auf die Prüfung und Untersuchung von Fällen in Abwesenheit (in Abwesenheit des Verdächtigen oder Beschuldigten) führen immer mehr Fälle zu Gerichtsurteilen.²⁹⁵ Gleichzeitig hat der Staat trotz der Anerkennung der Zuständigkeit des IStGH für Kriegsverbrechen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine erst 2024 das Römische Statut des IStGH und seine Änderungen ratifiziert und arbeitet derzeit an der Umsetzung von Rechtsvorschriften im Bereich der Strafjustiz.²⁹⁶

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts wurden nach den öffentlichen Daten auf der OGP-Website mehr als 150 Tausend internationale Verbrechen und mehr als 20 Tausend Verbrechen gegen die Grundlagen der nationalen Sicherheit während der umfassenden russischen Invasion in der Ukraine registriert. Gleichzeitig veröffentlicht die OGP keine vergleichbaren Informationen über zahlreiche Verbrechen, die

294 «Grundlage des Informationsberichts an den Internationalen Strafgerichtshof waren die Materialien des Strafverfahrens der Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim über die illegale Verfolgung von Journalisten auf der Krim» – Igor Ponochovny. Offizielle Website der Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol. 25.02.2021. URL: https://ark.gp.gov.ua/ua/news.html?_m=publications&_t=rec&id=290053&fp=150

295 Internationale Zusammenarbeit der Generalstaatsanwaltschaft. Schlüsselbereiche und Ergebnisse. Systematische Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Offizielle Website der Generalstaatsanwaltschaft. 12.02.2024. URL: <https://gp.gov.ua/ua/posts/miznarodne-spivrobotnictvo-ofisu-generalnogo-prokurora-klyucovi-napryami-ta-rezultati>.

296 Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine an den Internationalen Strafgerichtshof über die Anerkennung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs durch die Ukraine für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von hochrangigen Staatsbeamten begangen wurden und die zu besonders schwerwiegenden Folgen und zum Massenmord an ukrainischen Bürgern während der friedlichen Proteste zwischen dem 21. November 2013 und dem 22. Februar 2014 führten, 25. Februar 2014, Nr. 790-VII. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/790-18#Text>; Zur Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine «Über die Anerkennung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs durch die Ukraine für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die von hochrangigen Beamten der Russischen Föderation und Führern der terroristischen Organisationen der DVR und der LPR begangen wurden und zu besonders schwerwiegenden Folgen und zum Massenmord an ukrainischen Bürgern geführt haben»: Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 4. Februar 2015 Nr. 145-VIII URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/145-19#Text>

von den Besatzern seit Beginn der Aggression im Jahr 2014 begangen wurden. Der Umfang und die Bandbreite der Verbrechen sind also um ein Vielfaches größer, und ihre Untersuchung in einem solchen Ausmaß ist eine Herausforderung für jedes Strafverfolgungs- und Justizsystem. Der Aufbau und die Gewährleistung wirksamer Ermittlungen zu internationalen Verbrechen, insbesondere zu solchen, die unter der Besatzung begangen wurden, erfordert daher eine weitere erhebliche Stärkung der Kapazitäten des vorgerichtlichen Ermittlungs- und Justizsystems, Änderungen des Straf- und Strafprozessrechts, die Stärkung der Kapazitäten der Anwaltschaft und den Aufbau eines Systems zum Schutz und zur Unterstützung von Opfern und Zeugen.²⁹⁷

Gleichzeitig haben zahlreiche Studien, insbesondere der soziologischen Gruppe «Rating»²⁹⁸, in den letzten Jahren einen stetigen Trend zur Gerechtigkeit vor allem durch die Gewährung von Gerechtigkeit für schwerste Verbrechen aufgezeigt. Auch der Staat kommuniziert das Thema Gerechtigkeit weiterhin vor allem durch die Gewährleistung von Gerechtigkeit für Kriegsverbrechen.

Dementsprechend ist das Strafverfolgungssystem zu einem zentralen Anlaufpunkt für alle Erwartungen der Opfer von Krieg und Besatzung in Bezug auf Gerechtigkeit in der Zeit nach dem Krieg geworden.²⁹⁹ Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Studie über die Einstellung der Öffentlichkeit zu internationalen Kriegsverbrechen in der Ukraine, dass Gerechtigkeit für die Opfer schwerster Verbrechen zwar wichtig ist (über 90% der Befragten), aber 83% nicht an dieser Gerechtigkeit teilnehmen wollen. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an,

dass übermäßiger bürokratischer Aufwand, mangelnde Informationen und langwierige Verfahren Hindernisse für die Gerechtigkeit der Opfer darstellen. Mehr als 60 Prozent sind der Meinung, dass Abwesenheitsverfahren, in denen derzeit die meisten kriegsbezogenen Prozesse stattfinden, ineffektiv sind. Unter den Anträgen auf staatliche Unterstützung werden am häufigsten soziale (42%) und psychologische (38%) Hilfe sowie physischer Schutz (26%) genannt.

Daher bestätigen sowohl die Forderung der Gesellschaft als auch die internationalen Ansätze zur Überwindung der Kriegsfolgen, dass Gerechtigkeit für internationale Verbrechen nur ein Element der Gewährleistung von Gerechtigkeit ist.³⁰⁰ Die Vernachlässigung der anderen Komponenten kann nicht nur die Fähigkeit des Staates einschränken, einen sicheren Wiederaufbau zu schaffen und die Folgen des Krieges zu überwinden, sondern auch ein erhebliches Hindernis für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Bevölkerung der derzeit besetzten Gebiete darstellen. So wurde beispielsweise nach Beginn der groß angelegten Invasion das nationale Strafrecht dahingehend geändert, dass auch die Kollaboration strafbar ist. Artikel 111 Absatz 1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs muss überarbeitet werden, da er nicht mit den Erfordernissen der Rechtssicherheit und der Wiedereingliederungsmaßnahmen für Personen, die keine sozial gefährlichen Handlungen begangen haben, vereinbar ist. Derzeit führt das Strafverfolgungssystem Tausende von Verfahren gegen ukrainische Staatsbürger, die in der einen oder anderen Form mit den Besatzern zusammenarbeiten oder in der Besatzung geblieben sind und dort weiterarbeiten. Dieser Schritt

297 Bedarfsermittlung für das ukrainische Justizsystem: Den Opfern und Überlebenden des bewaffneten Konflikts eine sinnvolle Gerechtigkeit zukommen lassen. Website der Ukrainischen Rechtsberatungsgruppe. 2024. URL: <https://ulag.org.ua/reports-and-materials/needs-assessment-ukraines-justice-system/>.

298 Forschung «Gerechtigkeit im Kontext der russischen bewaffneten Aggression». Website der soziologischen Gruppe «Rating». 13.08.2024. URL: <https://ratinggroup.ua/research/ukraine/justice-context-russian-armed-aggression.html>.

299 Ergebnisse der Studie des Charkiwer Instituts für Sozialforschung «Einstellungen der Bevölkerung zu internationalen Kriegsverbrechen in der Ukraine». Website der Ukrainischen Rechtsberatungsgruppe. 2024. URL: <http://surl.li/jhbylr>.

300 Übergangsjustiz. Offizielle Website des UNDP. URL: <https://www.undp.org/rolhr/justice/transitional-justice>

wurde als eine Art Vorbeugung gegen eine solche Zusammenarbeit zu Beginn der umfassenden russischen Invasion gesehen. Der Staat hat jedoch nach wie vor keine andere Antwort auf die Zusammenarbeit der Bürger mit den Besatzern als die strafrechtliche Ahndung. Dies führt nicht nur zu einer zusätzlichen übermäßigen Belastung des Strafverfolgungssystems. Es ist auch eine Quelle von Ängsten für die Mehrheit der Bürger aus den besetzten Gebieten, die keine sozial gefährlichen Handlungen begangen haben, und damit ein wesentlicher Bestandteil des Zusammenbruchs der Beziehungen zur Bevölkerung der TOTEN Ukraine.

Langfristige öffentliche Meinungsumfragen zeigen einen stetigen Trend, dass die Ukrainer dazu neigen, das Ausmaß der Verurteilung der Handlungen von Zivilisten unter der Besetzung zu verringern, sowie die Möglichkeit, zusätzliche außergerichtliche Mechanismen einer solchen Verantwortung anzuwenden, insbesondere durch die Verhinderung/Entlassung derjenigen, die mit den Besatzern kollaboriert haben.³⁰¹ Diese und andere Trends zeigen einmal mehr, dass die Gewährleistung eines Gefühls der Gerechtigkeit nach einem Krieg nicht allein auf die Instrumente der Justiz reduziert werden kann und sollte.

Daher müssen der staatliche Kommunikationsansatz und die allgemeine Reaktion auf die Forderung der Gesellschaft nach Gerechtigkeit konzeptionell überarbeitet werden. Die Behörden sollten Themen wie dem sozialen Zusammenhalt und der Bekämpfung der Stigmatisierung von Bewohnern der VBG-Ukraine und Binnenvertriebenen zusätzliche Aufmerksamkeit widmen. Das Thema Gedächtnis- und Erinnerungspolitik auf staatlicher und regionaler Ebene bedarf sorgfältiger Aufmerksamkeit und wird dazu beitragen, soziale

Spannungen und Konflikte im Zusammenhang mit der künftigen Erholung in den befreiten Gebieten zu verringern. Vetting (oder Lustration) kann ein weiteres Instrument sein, um Gerechtigkeit und Sicherheit zu erreichen und das Vertrauen in die Gemeinschaften wiederherzustellen, auch in den befreiten Gebieten. Dieses Instrument wird nicht nur die übermäßige Kriminalisierung verschiedener Formen der Zusammenarbeit mit den Besatzern beseitigen, sondern auch dazu beitragen, die Ängste der VBG-Bevölkerung zu zerstreuen, was ein wichtiger Bestandteil der geplanten Politik zur Wiederherstellung des Lebens nach der Räumung ist.

IV. Die politischen und rechtlichen Maßnahmen, die die ukrainischen Behörden ergriffen haben, um der russischen Aggression und den Menschenrechtsverletzungen im VBG der Ukraine zu begegnen, sind wichtige Präzedenzfälle für die Erfassung und Bewertung der Folgen der Besetzung. Gleichzeitig wird die Reaktion internationaler politischer und menschenrechtlicher Mechanismen auf die Menschenrechtsverletzungen im VBG der Ukraine von der Russischen Föderation weitgehend ignoriert. Diese Maßnahmen sind zumeist deklaratorischer Natur und dienen nicht der praktischen Gegensteuerung und dem Schutz vor Verstößen.

Seit Beginn der Besetzung ukrainischer Gebiete im Jahr 2014 hat die Ukraine auf internationaler Ebene eine aktive Position zu politischen und rechtlichen Maßnahmen gegen die russische Aggression und Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten eingenommen.

³⁰¹Fast 90 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass neben den Gerichtsverfahren zusätzliche Mechanismen zur Gewährleistung der Gerechtigkeit (Lustrationskommissionen, Wahrheitsfindung über die Kriegereignisse, Entschädigung der Opfer) eingesetzt werden sollten. Die Studie «Gerechtigkeit im Kontext der russischen bewaffneten Aggression». Website der soziologischen Gruppe «Rating». 2024. URL: <https://ratinggroup.ua/research/ukraine/justice-context-russian-armed-aggression.html>.

MIT WELCHEN MITTELN BESETZT UND UNTERJOCHT RUSSLAND DIE BEVÖLKERUNG IN DEN VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE?

So wurde am 27. März 2014 die erste Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen A/RES/68/262³⁰² verabschiedet, in der die territoriale Integrität und Einheit der Ukraine unterstützt und jegliche territoriale Veränderung, insbesondere durch das sogenannte «Referendum», das unter der Kontrolle russischer Truppen auf der besetzten Krim organisiert und abgehalten wurde, für unrechtmäßig erklärt wurde. Die Resolution wurde von 100 Ländern unterstützt. Und am 7. April 2022 verabschiedete die UN-Generalversammlung als Reaktion auf Russlands groß angelegte Invasion in der Ukraine, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen führte, die Resolution ES-11/3³⁰³, um Russlands Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat auszusetzen.

Während der bewaffneten Aggression verabschiedeten internationale und interparlamentarische Organisationen Dutzende von Resolutionen zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine und zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in der VBG-Ukraine.³⁰⁴

So legt die Ukraine der UN-Generalversammlung seit 2016 jährlich Resolutionen zur Menschenrechtssituation in den von der Russischen Föderation vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine vor. Im Jahr 2023 wurde der Geltungsbereich der Resolution auf alle vorübergehend von der Russischen Föderation besetzten Gebiete der Ukraine erweitert, was sich im Titel des Dokuments widerspiegelt: «Lage der Menschenrechte in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol». Ziel der Resolution ist es, die Rechte der

ukrainischen Bürger zu schützen, die internationale Aufmerksamkeit auf die Frage der Menschenrechte in den vorübergehend von der Russischen Föderation besetzten Gebieten der Ukraine zu lenken und eine genaue Überwachung durch die Vereinten Nationen sicherzustellen. Insbesondere erstellt der UN-Generalsekretär einschlägige Berichte zur Umsetzung der Resolution (11 Berichte sind bereits veröffentlicht worden) usw.

Seit 2014 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats fast 40 Resolutionen verabschiedet, in denen sie Russlands Handlungen verurteilt, die auf die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine abzielen, sowie grobe Menschenrechtsverletzungen³⁰⁵, die Verfolgung und Verletzung der Rechte indigener Völker in den besetzten ukrainischen Gebieten und andere Resolutionen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Folgen der Aggression.

Im Sommer 2014 verabschiedete der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen die Resolution 26/30 «Zusammenarbeit und Unterstützung für die Ukraine im Bereich der Menschenrechte», mit der die Praxis regelmäßiger interaktiver Dialoge über die Ukraine eingeführt wurde, insbesondere zur Erörterung der Berichte des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte über die Lage in der Ukraine, die auf der Grundlage der Arbeit der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine erstellt wurden. Außerdem wurden vier weitere Resolutionen verabschiedet, von denen eine insbesondere die Einsetzung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen in

302 Territoriale Integrität der Ukraine: Von der Generalversammlung angenommene Resolution Nr. 68/262. Offizielle Website der Vereinten Nationen. 27.03.2014. URL: <https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FRes%2F68%2F262&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False>.

303 Aussetzung der Mitgliedschaftsrechte der Russischen Föderation im Menschenrechtsrat: von der Generalversammlung angenommene Resolution Nr. ES-11/3. Offizielle UN-Website. 08.04.2022. URL: <https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FRES%2FES-11%2F3&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False>.

304 Siehe Anhang 1 mit einer Liste von Resolutionen und anderen wichtigen internationalen Dokumenten, in denen die russische Aggression und die Menschenrechtsverletzungen in der VBG verurteilt werden, die vom Außenministerium der Ukraine auf Ersuchen des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments erstellt wurde.

305 Zusammenarbeit und Unterstützung für die Ukraine auf dem Gebiet der Menschenrechte: Resolution 26/30 des UN-Menschenrechtsrates vom 15. Juli 2014. URL: <https://digitallibrary.un.org/record/775246?ln=ru&v=pdf>

SONDERBERICHT ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE

der Ukraine vorsieht, deren Aufgabe es ist, Verletzungen der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und andere Verbrechen im Zusammenhang mit der russischen Aggression zu untersuchen, zu dokumentieren und die Täter zu ermitteln, um die Verantwortlichkeit sicherzustellen. Und mehr als 20 weitere Entschlüsse des Europäischen Parlaments zu den Folgen eines umfassenden Krieges, einschließlich Menschenrechtsverletzungen infolge der russischen Besetzung eines Teils der Ukraine.

Darüber hinaus hat die Werchowna Rada der Ukraine während des Krieges wiederholt einschlägige Erklärungen abgegeben³⁰⁶, an internationale Organisationen und Parlamente der Welt appelliert³⁰⁷, die russische Aggression, grobe Menschenrechtsverletzungen als Folge der Besetzung ukrainischer Gebiete, illegale «Wahlen»³⁰⁸ in den besetzten Gebieten oder die Bedeutung der Entwicklung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung der VBG zu verurteilen.³⁰⁹ Dies ist nicht nur wichtig, um die Aufmerksamkeit auf das Problem der Menschenrechtsverletzungen infolge der russischen Aggression außerhalb des Landes zu lenken, sondern auch, um eine spezifische innenpolitische Agenda innerhalb des Landes zu bilden und Unterstützung für die eigenen Bürger unter der Besetzung zu signalisieren.

Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums haben die Parlamente von mindestens 40 ausländischen Staaten mehr als 240 Resolutionen verabschiedet, in denen sie die territoriale Integrität der Ukraine unterstützen, Aggression, Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen der Rechte indigener Völker infolge der vorübergehenden Besetzung bestimmter Teile der Ukraine durch die Russische Föderation seit 2014 verurteilen usw. Gleichzeitig haben zum Beispiel keine afrikanischen Parlamente Beschlüsse zur Unterstützung der Ukraine gefasst. Gleichzeitig haben viele Länder dieses Kontinents auch unter Kriegen gelitten und standen vor der Herausforderung, die Folgen schwerster Verbrechen gegen ihre Zivilbevölkerung zu überwinden.

Zu den wichtigen Initiativen der Ukraine, auch zur Förderung von Menschenrechtsverletzungen als Folge der Besetzung, gehört die Gründung der Internationalen Krim-Plattform³¹⁰ und des Globalen Friedensgipfels³¹¹ im Jahr 2021 sowie die Unterstützung ihrer Arbeit.

Diese und andere Ereignisse und Entscheidungen auf internationaler Ebene sind nicht nur für die Fortsetzung der «Nichtanerkennungs»-Politik, die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland und die Verbreitung von Informationen über schwere

306 Zur Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine «Über die Zurückweisung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation und die Überwindung ihrer Folgen» Entschlüsselung der Werchowna Rada der Ukraine vom 21. April 2015, Nr. 337-VIII. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/337-19#Text>

307 Zur Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine «Über die Aggression der Russischen Föderation im Schwarzen und Asowschen Meer sowie in der Straße von Kertsch»: Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 20. September 2022 Nr. 2595-IX. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2595-IX#Text>; Über den Appell der Werchowna Rada der Ukraine an die Vereinten Nationen, das Europäische Parlament, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die Parlamentarische Versammlung der NATO, die Parlamentarische Versammlung der OSZE, die Parlamentarische Versammlung der GUAM und die nationalen Parlamente der Welt zur Anerkennung der Russischen Föderation als Aggressorstaat: Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 27. Januar 2015 Nr. 129-VIII. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/129-19#Text>.

308 Über den Appell der Werchowna Rada der Ukraine an die Regierungen und Parlamente ausländischer Staaten, internationale Organisationen und parlamentarische Versammlungen im Zusammenhang mit der Durchführung von «Präsidentenwahlen» durch die Russische Föderation in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine: Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 14. März 2024 Nr. 3609-IX. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/3609-IX#Text>.

309 Über die Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine über die Beständigkeit der staatlichen Politik der Ukraine bei der Räumung und Wiedereingliederung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol: Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 4. September 2024 Nr. 3949-IX. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/3949-IX#Text>.

310 Offizielle Website der Internationalen Krim-Plattform. URL: <https://crimea-platform.org/>

311 Heute ist der Tag, an dem die Welt beginnt, einem gerechten Frieden näher zu kommen – Rede des Präsidenten der Ukraine auf der ersten Plenarsitzung des Weltfriedensgipfels. Die offizielle Website des Präsidenten der Ukraine. 15.06.2024. URL: <https://www.president.gov.ua/news/sogodni-den-koli-svit-pochinaye-nablizhati-spravedlivij-mir-91561>.

Menschenrechtsverletzungen unter der Besatzung wichtig, sondern auch für den weiteren Rückgewinnungs- und Räumungsprozess, wenn die Ukraine und die Welt vor der Frage stehen, wie die staatliche Kontrolle über die zuvor besetzten Gebiete wiederhergestellt werden kann. Gleichzeitig sind die im Laufe der Jahre von der UN-Generalversammlung, dem UN-Menschenrechtsrat, der PACE und anderen Organisationen verabschiedeten Resolutionen keine rechtsverbindlichen Dokumente, sondern haben beratenden Charakter und werden von der Russischen Föderation weitgehend ignoriert.

Entscheidungen der einschlägigen internationalen Gerichte, deren Zuständigkeit von der Russischen Föderation oder der Ukraine erweitert wurde (wie im Falle des IStGH), könnten für die Russische Föderation verbindlich sein. Der Staat wendet sich in enger Zusammenarbeit mit ukrainischen Menschenrechtsorganisationen häufig an fast alle wichtigen internationalen Menschenrechtsmechanismen. So reichte die Ukraine 2017 eine Klage beim Internationalen Gerichtshof ein, weil Russland gegen seine Verpflichtungen aus dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung verstoßen habe. Im selben Jahr entschied der Gerichtshof über die Anwendung einstweiliger Maßnahmen gegen Russland, wonach Russland auf der besetzten Krim Folgendes zu tun hat 1) es zu unterlassen, die Rechte der krimtatarischen Gemeinschaft auf die Aufrechterhaltung ihrer repräsentativen Institutionen, einschließlich des Mejlis des krimtatarischen Volkes, aufrechtzuerhalten oder neue Einschränkungen vorzunehmen; 2) den Zugang zum Unterricht in ukrainischer Sprache zu gewährleisten. Am

31. Januar 2024 verkündete der Gerichtshof das endgültige Urteil in dieser Rechtssache und entschied, dass Russland gegen das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung verstoßen hat, indem es sein Bildungssystem auf der vorübergehend besetzten Krim seit 2014 so eingeführt hat, dass die ukrainische Sprache extremen Beschränkungen unterworfen ist.

Als Reaktion auf die zahlreichen Verwaltungspraktiken der Russischen Föderation in den besetzten Gebieten, die zu Menschenrechtsverletzungen führen, hat die Ukraine mehrere Anträge an den EGMR gestellt.

In der Folge stellte der EGMR in seinen Urteilen in der Rechtssache Ukraine gegen Russland (betreffend die Krim) (Nr. 20958/14 und Nr. 38334/18)³¹² in einem für seine Praxis recht kurzen Zeitraum fest, dass das Gebiet der Halbinsel Krim mindestens seit dem 27. Februar 2014 (d. h. vor dem sogenannten «Referendum») unter der Kontrolle der Russischen Föderation steht. Er erkannte auch die Existenz solcher Verwaltungspraktiken der Russischen Föderation an, die zu Menschenrechtsverletzungen im VBG der Halbinsel Krim führen, wie das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen und das Fehlen wirksamer Ermittlungen, Misshandlungen, rechtswidriger Freiheitsentzug, die rechtswidrige automatische Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft, die Verfolgung religiöser Organisationen, die nicht der russisch-orthodoxen Kirche angehören, die Einstellung der Tätigkeit ukrainischer Medien, das Verbot öffentlicher Versammlungen und die Inhaftierung ihrer Organisatoren sowie die entschädigungslose Enteignung des Eigentums von Zivilpersonen und Privatunternehmen.

In einem weiteren Urteil in der Rechtssache Ukraine und die Niederlande gegen

³¹² Rechtssache Ukraine gegen Russland (Krim) (Anträge Nr. 20958/14 und 38334/18). HUDOC-Datenbank der Rechtsprechung des EGMR. 25.06.2024. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-235139>.
Rechtssache Nr. 20958/14 und Nr. 38334/18, Ukraine gegen Russland (betreffend die Krim). Website des Virtuellen Museums der russischen Aggression. URL: <https://rusaggression.gov.ua/ua/sprava-ukraina-proty-rosii-shchodo-krymu-za--2095814-ta--3833418-0cff9808a21c12019f8f5c3357383f40.htm> |

**SONDERBERICHT
ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION
VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE**

Russland (Nr. 8019/16, Nr. 43800/14 und Nr. 28525/20)³¹³, werden die betreffenden Gebiete in der Ostukraine seit dem 11. Mai 2014 von der Russischen Föderation kontrolliert. Der Gerichtshof bestätigte auch das Vorhandensein eines systematischen Musters bei den von der Ukraine in ihrer Beschwerde angeführten Hauptverletzungen, einschließlich Tötungen, Gefangennahmen, Folter usw.

Diese Entscheidungen legen nicht nur den Zeitpunkt des Beginns der Besetzung ukrainischer Gebiete durch Russland fest, was auf rechtlicher Ebene die Thesen der russischen Propaganda über den «Willen des Volkes» und den «freiwilligen Beitritt» der Gebiete widerlegt. Außerdem werden damit wichtige rechtliche Präzedenzfälle für Verstöße infolge der Besetzung geschaffen, die die Grundlage für die weitere Verantwortung Russlands für solche Verstöße bilden, einschließlich des Wunsches Russlands, in Zukunft in den Europarat zurückzukehren.³¹⁴

Derzeit prüft der EGMR drei weitere Klagen der Ukraine gegen Russland, die die Tötung russischer Oppositioneller (Nr. 10691/21), die Beschlagnahmung ukrainischer Seeleute und Schiffe in der Meerenge von Kertsch im Jahr 2018 (Nr. 55855/18) und die Verbrechen des russischen Militärs während der umfassenden Invasion der Ukraine (Nr. 11055/22) betreffen.

Nach der Annahme der entsprechenden Erklärungen zur Anerkennung der Zuständigkeit des IStGH durch die Werchowna Rada der Ukraine im November 2013 und der Entwicklung und Stärkung des nationalen Strafverfolgungssystems hat der Staat außerdem seine Arbeit zu den Folgen internationaler Verbrechen intensiviert. Insbesondere wurde das Strafprozessrecht um Bestimmungen zur Zusammenarbeit mit dem IStGH ergänzt. Derzeit befasst sich der IStGH aktiv mit den Folgen des Krieges in der Ukraine (seit 2014 im Rahmen einer vorläufigen Prüfung der Lage und seit März 2022 im Rahmen einer Untersuchung auf Ersuchen von 42 Staaten). Seit 2025 ist die Ukraine Vollmitglied des IStGH. Die Anklagebehörde des IStGH hat bereits vier Haftbefehle ausgestellt, unter anderem gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin³¹⁵ und hochrangige Militärbefehlshaber.³¹⁶ Dies ist für die russische Führung bereits zu einem bedeutenden Hindernis für die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen geworden³¹⁷, aber es besteht die Tendenz, dass einzelne Mitgliedsstaaten die vom IStGH ausgestellten Haftbefehle ignorieren.³¹⁸

Obwohl die Umsetzung der oben erwähnten Entscheidungen internationaler Gerichte aufgrund der Haltung Russlands und seiner Missachtung seiner internationalen Verpflichtungen seit Beginn der Aggression weitgehend aufgeschoben

313 Rechtssache Ukraine und Niederlande gegen Russland (Anträge Nr. 8019/16, 43800/14 und 28525/20). HUDOC-Datenbank zur Rechtsprechung des EGMR. 30.11.2022. URL: <https://hudoc.echr.coe.int/fre?i=001-222889>.

314 Am 16. September 2022 ist Russland gemäß der Entschließung des Ministerkomitees des Europarates CM/Res(2022) über die Beendigung der Mitgliedschaft der Russischen Föderation im Europarat nicht mehr Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention. Offizielle Website des Ministerkomitees des Europarats. 16.03.2022. URL: <https://rm.coe.int/0900001680a5da51>

315 Lage in der Ukraine: IStGH-Richter erlassen Haftbefehle gegen Wladimir Wladimirowitsch Putin und Maria Aleksejewna Lwowa-Belowa. Offizielle Website des IStGH. 17.03.2023. URL: <https://www.icc-cpi.int/news/situation-ukraine-icc-judges-issue-arrest-warrants-against-vladimir-vladimirovich-putin-and>.

316 Lage in der Ukraine: ICC-Richter erlassen Haftbefehle gegen Sergej Iwanowitsch Kobylasch und Viktor Nikolajewitsch Sokolow. 05.03.2024. URL: <https://www.icc-cpi.int/news/situation-ukraine-icc-judges-issue-arrest-warrants-against-sergei-ivanovich-kobylash-and>.

317 Putin wird nicht am G20-Gipfel in Brasilien teilnehmen, wo er aufgrund eines ICC-Haftbefehls festgenommen werden soll. Suspilne Nachrichten. 18.10.2024. URL: <https://suspilne.media/861163-putin-ne-poide-na-g20-u-braziliu-de-jogo-mali-b-arestuvati-za-orderom-mks/>

318 Putin ist zum SCO-Gipfel nach Kasachstan gekommen, sie haben das Recht, ihn zu verhaften. ZMINA. 03.07.2024. URL: <https://zmina.info/news/putin-pryihav-do-kazahstanu-na-samit-shos-tam-mayut-pravo-jogo-areshtuvaty/>.

wurde, sind sie in der internationalen Rechtspraxis eindeutig zu wichtigen Präzedenzfällen geworden. Sie dienen auch der Prävention potenzieller Versuche, in die territoriale Integrität von Ländern auf der ganzen Welt einzugreifen, und definieren ein breites Spektrum von Menschenrechtsverletzungen und die Verantwortung für solche Verletzungen als Folge von Aggression und Gebietsbesetzung. Darüber hinaus sollte die Umsetzung dieser Beschlüsse in Zukunft eine der Anforderungen an Russland sein, wenn es in die zivilisierte Welt zurückkehrt, als Bedingung für die Aufhebung des Sanktionsregimes, usw.

Bei der Bewertung der Leistungen und Ergebnisse des Staates im Bereich der internationalen Lobbyarbeit und des Menschenrechtsschutzes im Rahmen internationaler Rechtsplattformen ist es wichtig, die einzigartige Erfahrung der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und Nichtregierungsorganisationen bei der Dokumentation russischer Verbrechen unter der Besetzung, der Entwicklung rechtlicher Schutzstrategien, der Vorbereitung von Klagen vor internationalen Gerichten und der weiteren Förderung des Themas Menschenrechtsverletzungen unter der Besetzung auf der internationalen Agenda zu berücksichtigen. Oft waren es Nichtregierungsorganisationen, die als erste bestimmte von der Russischen Föderation im Zuge der Besetzung begangene Verbrechen dokumentierten und sich auch um die Einrichtung einschlägiger internationaler Menschenrechtsmechanismen bemühten usw. Diese Erfahrung ist eine wichtige Errungenschaft und stärkt die Fähigkeit des Staates, nicht nur allen Opfern des Krieges Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sondern auch Vertrauen in die Regierung aufzubauen und die Beziehungen zur Bevölkerung der gesamten Ukraine zu pflegen.³¹⁹

V. Praktiken und Muster der von Russland in der VBG begangenen Menschenrechtsverletzungen werden auf internationaler Ebene meist im humanitären und nicht im sicherheitspolitischen Kontext betrachtet und bewertet. Dies schränkt die Möglichkeiten ein, auf russische Aggressionen zu reagieren und ihnen entgegenzuwirken.

Wie bereits erwähnt, haben die ukrainische Regierung und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen während der anhaltenden russischen Aggression erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Politik der Nichtanerkennung von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht durch die Russische Föderation im VBG der Ukraine in Resolutionen verschiedener internationaler und zwischenstaatlicher Gremien sowie in Beschlüssen von Regierungen und Parlamenten der Partnerländer zu konsolidieren. Darüber hinaus wurde im Urteil des EGMR im Fall Ukraine gegen Russland (betreffend die Krim) die Existenz zahlreicher Verwaltungspraktiken anerkannt, die zu Menschenrechtsverletzungen infolge der russischen Besetzung der Halbinsel führen.

Die Ergebnisse der Analyse zahlreicher Quellen in diesem Bericht deuten darauf hin, dass die Russische Föderation Menschenrechtsverletzungen instrumentalisiert, um ukrainische Gebiete zu erobern und deren Bevölkerung zu unterwerfen. Die tatsächliche Thematik des Einsatzes und der Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen zur Inbesitznahme von Territorien, zur Unterwerfung der Bevölkerung und zur Führung eines Angriffskrieges erfordert eine eingehende Untersuchung, insbesondere unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer europäischer Länder. So hat die Verabschiedung einer Reihe von internationalen Instrumenten

³¹⁹ Die OSZE unterstützte den Aufruf der HRMMU, den Moskauer Mechanismus für ukrainische zivile Geiseln ins Leben zu rufen. MIPL. 29.02.2024. URL: <https://mipl.org.ua/obsye-pidtrymala-zaklyk-mipl-zapustyty-moskovskij-mehanizm-shhodo-ukrayinskyh-czyvilnyh-zaruchnykiv>

zum Schutz der Menschenrechte und zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten nach dem Zweiten Weltkrieg, darunter die Europäische Menschenrechtskonvention³²⁰ und die einschlägige Genfer Konvention³²¹, den weltweiten Konsens in diesen Fragen wirksam gefestigt. Daher stellen derartige kriminelle Praktiken in der modernen Geschichte eine große Herausforderung für das Überdenken von Sicherheitsmaßnahmen und den Schutz demokratischer Staaten dar.

Die Folgen der russischen Aggression in der Ukraine sind von staatlichen, nationalen und internationalen Organisationen ausführlich dokumentiert worden. Die Plattformen, auf denen diese wichtigen Themen angesprochen werden, konzentrieren sich meist auf humanitäre und Menschenrechtsfragen und nicht auf Sicherheitsfragen. Gleichzeitig schaffen die gesammelten Daten und die Aktivitäten der ukrainischen Behörden im Hinblick auf die europäische Integration und die Zusammenarbeit mit der NATO ein Feld für die Untersuchung solcher bewährten Praktiken am Beispiel der russischen Aggression gegen die Ukraine, die zunächst massive Praktiken der Verletzung von Bürgerrechten als Mittel zur Inbesitznahme von Gebieten und zur Unterwerfung der dortigen Bevölkerung einsetzte. Der Ansatz, solche massiven Verstöße als bewusste Methode der Kriegsführung und als Bedrohung für die Sicherheit von Staaten zu bewerten, muss neu überdacht werden.

So ist beispielsweise die Bewertung möglicher Risiken und hybrider Bedrohungen, insbesondere für europäische Länder, die geografisch an Russland angrenzen, seit

langem Gegenstand von Studien und Bewertungen nicht nur auf zwischenstaatlichen Plattformen für Menschenrechte, sondern auch auf sicherheitspolitischen Plattformen.³²² 2Als Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine ergreifen die NATO-Mitgliedstaaten Maßnahmen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen zu stärken, die insbesondere von Russland gegen sie eingesetzt werden (Cyberangriffe, Desinformation, Erpressung in den Bereichen Energie und Migration).³²³

Der Staat und zivilgesellschaftliche Organisationen Unternehmen bereits einige Versuche, die Folgen und Herausforderungen von Menschenrechtsverletzungen infolge der Besetzung ukrainischer Gebiete in die Sicherheitsagenda aufzunehmen. So zum Beispiel im Rahmen der Schwarzmeersicherheitskonferenz, die Teil der Internationalen Krim-Plattform ist (ein Mechanismus, der darauf abzielt, die Krim zu enteignen und die Sicherheit im Schwarzen Meer, in Europa und weltweit wiederherzustellen).

Die in diesem Bericht analysierte Praxis der russischen Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen für die Kriegsführung kann von Russland weiter verallgemeinert und ausgeweitet werden, um Feindseligkeiten vorzubereiten und durchzuführen oder das Territorium anderer Staaten zu besetzen. Genau das zeigen die Erfahrungen mit der russischen Besetzung ukrainischer Gebiete von 2014 bis 2024.

Es gibt bereits viele Beispiele für die hybride Einflussnahme Russlands auf die Zivilbevölkerung in den NATO-Mitgliedstaaten, wie die Beeinflussung demokratischer Wahlen durch Informationstechnologie

320 Europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950: https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/995_004#Text

321 Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949. URL: https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/995_154

322 Die NATO begrüßt die Eröffnung des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen. Offizielle Website der NATO. 11.04.2017. URL: https://www.nato.int/cps/uk/natohq/news_143143.htm.

323 Symposium in Finnland bringt Experten und Industrie zusammen, um die Reaktion der NATO auf hybride Bedrohungen zu stärken. Offizielle Website der NATO. 18.12.2023. URL: https://www.nato.int/cps/uk/natohq/news_221179.htm?selectedLocale=uk.

und soziale Medien in Rumänien³²⁴, oder die Beeinflussung der baltischen Staaten durch Massenpassportierung und Kolonisierung ihrer Bürger, oder die Beeinflussung religiöser Vereinigungen durch Personen im Ausland, die eine Aggression unterstützen oder zum Krieg aufrufen,³²⁵ oder die systematische Informationsbeeinflussung durch eigene Propagandamedien³²⁶, usw. Gleichzeitig könnte die bedeutende Entwicklung der Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz in den letzten Jahren die Effizienz der Sammlung und Analyse einer großen Menge von Daten über bestimmte Vorbereitungsmuster für die Einnahme von Gebieten und Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, die von Russland in Drittländern genutzt werden könnten, optimieren und erhöhen, wobei die Erfahrungen der Ukraine zu berücksichtigen sind.³²⁷

Daher kann die Untersuchung der Erfahrungen der Ukraine bei der Auseinandersetzung mit den umfangreichen russischen Praktiken der Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen zur Unterwerfung ukrainischer Gebiete und der

ukrainischen Bevölkerung sowohl für die Stärkung des Schutzes und der Wiederherstellung der Rechte von Kriegsopfern als auch für den Aufbau von Sicherheit in der Region und die Umgestaltung und Stärkung der NATO-Fähigkeiten von Bedeutung sein. In der Ukraine könnte beispielsweise ein Exzellenzzentrum nach dem Vorbild des Netzwerkes der Exzellenzzentren³²⁸, die als Katalysator für die Umgestaltung und Stärkung der NATO-Fähigkeiten fungieren, eingerichtet und unter Beteiligung interessierter Staaten entwickelt werden. Der Schwerpunkt eines solchen Zentrums könnte auf der Sammlung von Daten (auch aus Drittstaaten), der Analyse und der Entwicklung von Lösungen auf der Grundlage von NATO-Standards liegen, um dem Einsatz von Zivilrechtsverletzungen und demokratischen Instrumenten zur Vorbereitung und Führung von Kriegen und zur Eroberung von Gebieten entgegenzuwirken. Solche Aktivitäten können eine wichtige Ergänzung und ein eigenes Fachgebiet zur Erweiterung der Untersuchung hybrider Methoden der Kriegsführung werden³²⁹, die u.a. bereits im Fokus der NATO steht.

324 USA fordern Untersuchung der russischen Einmischung in rumänische Wahlen. Radio Liberty. 05.12.2024. URL: <https://www.radiosvoboda.org/a/news-dzhordzhesku-rumuniya-vybory-rosiya-vtruchannya-ssha/33227697.html>.

325 Lettland beginnt mit der Ausweisung russischer Staatsbürger. Postimees. 18.01.2024. URL: <https://maailm.postimees.ee/7940928/lati-alustab-vene-foderatsiooni-kodanike-valjasaatmise-protsessi>.

326 Estnische Regierung billigt Gesetzentwurf zum Abbruch der Beziehungen zu ROC. Postimees. 23.01.2025. URL: <https://rus.postimees.ee/8178172/pravitelstvo-estonii-utverdilo-zakonoprojekt-o-razryve-svyazey-s-rpc>.

327 Russische Propagandakanäle in Deutschland gesperrt. Deutsche Welle. 28.09.2024. URL: <https://www.dw.com/uk/u-nimeccini-zablokuvali-pokaz-rosijskih-propagandistskih-kanaliv/a-70351961>.

328 Exzellenzzentren. Offizielle Website der NATO. URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_68372.htm.

329 Erfahren Sie mehr über die Arbeit des Hybrid CoE-Büros in Helsinki, Finnland. Offizielle Website des Hybrid CoE. URL: <https://www.hybridcoe.fi/>.

Empfehlungen

Auf der Grundlage der Ergebnisse des Sonderberichts wurden zentrale Empfehlungen für die ukrainischen Behörden und die internationalen Partner formuliert, die dazu beitragen sollen, die systematische Bekämpfung und Reaktion auf den Einsatz verschiedener Besatzungsinstrumente durch die Russische Föderation zu verbessern, auch durch die Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen.

Ukraine:

- in allen Ministerien der Regierung die Positionen der Abgeordneten zu VBG-Fragen, zum Schutz der Rechte von Binnenvertriebenen und der im VBG der Ukraine lebenden Bevölkerung sowie zur Politikgestaltung in Bezug auf die Opfer der Folgen der russischen bewaffneten Aggression einzuführen;
- systematisch Informationen zu sammeln und die von der Russischen Föderation im ukrainischen VBG angewandten Politiken und Praktiken zu analysieren und sicherzustellen, dass diese Analysen bei der Gestaltung und Anpassung der staatlichen Politik gegenüber dem ukrainischen VBG verwendet werden, insbesondere durch die Einrichtung eines Analysezentrums, das dem zuständigen zentralen Exekutivorgan innerhalb der Regierung untersteht;
- Entwicklung und systematische Umsetzung von Maßnahmen gegen die russische Politik bei der rechtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und informationellen Integration der Zivilbevölkerung des ukrainischen VBG sowie von Praktiken und Entscheidungen, die die Aufrechterhaltung rechtlicher Bindungen mit der Bevölkerung des ukrainischen VBG erleichtern (z. B. Anerkennung rechtlich bedeutsamer Tatsachen, Erleichterung des Erwerbs von Passdokumenten, Beseitigung bestehender diskriminierender Praktiken beim Zugang zu Rechten und Dienstleistungen usw.)
- Einrichtung und Sicherstellung des Betriebs des Exzellenzzentrums zur Erforschung und Entwicklung von Lösungen gegen die Verletzung der Rechte der Zivilbevölkerung und der Kriegsregeln als Mittel zur Vorbereitung und Durchführung von Kriegen und zur Eroberung von Gebieten (Sammlung von Daten, auch aus Drittländern, deren Analyse, Entwicklung von Sicherheitslösungen auf der Grundlage von NATO-Standards, deren Verbreitung und Ausarbeitung von Ausbildungsprogrammen, Stärkung von Fachleuten in diesem Bereich usw.), wobei die interessierten NATO-Mitgliedstaaten an der Einrichtung und Entwicklung des Zentrums beteiligt werden;
- Gewährleistung der vollständigen Umsetzung der staatlichen Strategie für Binnenvertreibung bis 2025 und des dazugehörigen operativen Aktionsplans sowie Ausarbeitung einer Strategie und eines entsprechenden Plans für den nächsten Zeitraum zur Unterstützung von Binnenvertriebenen, die aufgrund von Schwierigkeiten mit dem Arbeitsmarkt, Wohnungsmangel usw. gezwungen sind, in die VBG-Ukraine zurückzukehren;
- Entwicklung und Verabschiedung einer staatlichen Strategie für den Zugang zur Bildung für Kinder und Jugendliche aus den VBG der Ukraine, einschließlich der Förderung der Motivation und der Gewährleistung ihres Zugangs zu Bildungsdienstleistungen in den von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine;
- Zugang zu analogem Fernsehen und ukrainischem Rundfunk in den Gebieten in der Nähe des VBG der Ukraine zu schaffen, um die Suche und Entwicklung

alternativer moderner Wege und Kanäle der Kommunikation mit den Bewohnern des VBG der Ukraine zu gewährleisten;

- Stärkung der Fähigkeit der Strafjustiz, die schwersten Verbrechen, die im Rahmen einer bewaffneten Aggression gegen die Ukraine begangen wurden, durch Verbesserung der Rechtsvorschriften und der Ausbildung zu ahnden;
- Entwicklung und Umsetzung eines Modells zur Wiederherstellung der Strafjustiz in den enteigneten Gebieten der Ukraine unter Nutzung der Erfahrungen der Staatsanwälte und Ermittlungsbehörden in den seit 2014 besetzten Regionen der Ukraine;
- Gewährleistung der Untersuchung von Verwaltungspraktiken, die zu Menschenrechtsverletzungen und internationalen Verbrechen im VBG der Ukraine führen, einschließlich der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung derjenigen, die an der Einleitung und Durchführung dieser Praktiken beteiligt sind;
- Identifizierung und Umsetzung anderer Instrumente neben der Justiz, um Gerechtigkeit zu erreichen, z. B. Erinnerungs- und Gedenkpolitik, Unterstützung der Opfer, Wiederherstellung des Vertrauens in die Behörden usw.;
- Förderung der wissenschaftlichen und akademischen Forschung über die Politik und die Maßnahmen der Russischen Föderation, die der vorübergehenden Besetzung bestimmter Regionen der Ukraine vorausgingen.

Internationale Partner:

- Territoriale Integrität der Ukraine weiterhin zu unterstützen, indem sie alle von der Russischen Föderation besetzten Gebiete als ukrainisch und die Folgen ihrer illegalen Eingliederung in die Russische Föderation als null und nichtig anerkennt (Nichtanerkennung der aufgezwungenen russischen Staatsbürger-

schaft, der Subjektivität aller gewählten oder ernannten «Behörden» in diesen Gebieten usw.)

- Militärische Unterstützung der Regierung zu verstärken, um die von der Ukraine kontrollierten Gebiete zu schützen und einer möglichen Inbesitznahme weiterer Gebiete und massiven Verletzungen der Rechte der dortigen Zivilbevölkerung unter Besetzung entgegenzuwirken;
- Einrichtung eines Exzellenzzentrums in der Ukraine (ähnlich dem Netzwerk von Exzellenzzentren zur Unterstützung der Umgestaltung der NATO) zu unterstützen, um Lösungen zu erforschen und zu entwickeln, die dem Einsatz von Verletzungen der Rechte der Zivilbevölkerung und der Regeln des Krieges als Mittel zur Vorbereitung der Besetzung und anschließenden Eroberung von Gebieten entgegenwirken;
- Systematische Überwachung und Bekämpfung des Missbrauchs demokratischer Instrumente durch Russland (Betrieb von Kulturzentren, Abhaltung von Wahlen und Referenden, Ausstellung von Pässen für russische Bürger) sowie russischer Narrative in Kultur, Medien und Bildung im Ausland;
- Förderung der Untersuchung der Praktiken und Muster systematischer Menschenrechtsverletzungen, der Gewalt gegen Zivilisten und des Einsatzes demokratischer Institutionen als Instrumente der Kriegsführung gegen Drittländer (Georgien, Moldau, Republik Itschkeria und andere) durch die Russische Föderation;
- Unterstützung des Aufbaus und der Entwicklung ukrainischer Studien und akademischer Forschung, des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Praktiken bei der Überwindung der Kriegsfolgen sowie der Unterstützung und Wiedereingliederung von Kriegsgeschädigten;

**SONDERBERICHT
ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION
VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE**

- Wirksamkeit interparlamentarischer, politischer und rechtlicher internationaler Instrumente zu fördern, um dem Einsatz massiver Menschenrechtsverletzungen als Mittel zur Gebietseroberung wirksam entgegenzuwirken, unter anderem durch die Gewährleistung der Unvermeidbarkeit der Bestrafung solcher Verletzungen und Verbrechen.



**MIT WELCHEN MITTELN BESETZT UND
UNTERJOCHT RUSSLAND DIE BEVÖLKERUNG
IN DEN VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE?**



**SONDERBERICHT
ZUR LAGE IN DEN VON DER RUSSISCHEN FÖDERATION
VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE**



**MIT WELCHEN MITTELN BESETZT UND
UNTERJOCHT RUSSLAND DIE BEVÖLKERUNG
IN DEN VORÜBERGEHEND BESETZTEN GEBIETEN DER UKRAINE?**



Омбудсман України
Ombudsman of Ukraine